Nr. 8. 17. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503.
Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 11. Januar 1900. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Bülows Endziel.

Herr v. Bülow, der Staatssekretär des Auswärtigen, hätte am Mittwoch Gelegenheit gehabt, mit seiner Gedanken Fülle über die Politik der Welt im Reichstag die Vertreter des Volks zu begnaden. Er ist zwar nicht auf die Sauhatz gegangen, aber er that etwas Aehnliches. Er reiste nach Stettin und taufte den Doppelschrauben-Dampfer „Deutschland", den der „Vulkan" hergestellt. Die Ansprache aber, die der witzige Herr bei dieser Gelegenheit hielt, hatte — so wird offiziell verkündigt — „etwa" folgenden Wortlaut:

„Euere Majestät! Meine Herren! Vor 52 Jahren, im Jahre 1847, wurde in Hamburg eine Gesellschaft gegründet zum Zwecke der Segelschiffahrt zwischen Hamburg und New York. Sie wurde mit einem Kapital von nur 450 000 M. gegründet. Heute ist ihr Aktienkapital angewachsen auf 65 Millionen Mark. Der Raumgehalt ihrer Schiffe hat längst die Zahl von 400 000 Tonnen überschritten. Sie beschäftigt auf ihren Seedampfern, auf ihren Flußfahrzeugen und am Lande 9000 Personen. Im verflossenen Jahre legten ihre Schiffe fast 4 Millionen Seemeilen zurück. Vor wenigen Wochen ist für dieselbe Gesellschaft auf derselben Werft der Reichspostdampfer „Hamburg" vom Stapel gelaufen, mit welchem die Gesellschaft in den Reichspostdienst mit dem fernen Osten eingetreten ist, den sie gemeinsam mit ihrem Bremer Bruder, dem „Norddeutschen Lloyd", betreiben wird. Diese Gesellschaft, die während des letzten halben Jahrhunderts mit dem Bremer Lloyd zur größten Reederei-Gesellschaft der Welt emporstieg, ist die „Hamburg-Amerika-Linie", deren Flotte heute ein neues Schiff eingereiht werden soll für die Fahrt auf jener Hochstraße des Nordatlantischen Verkehrs, die uns mit dem befreundeten Volke der Vereinigten Staaten von Amerika verbindet.

Dieses Schiff ist erbaut worden auf der Werft des „Vulkan", der seine Laufbahn einst in ebenso bescheidener Weise begonnen hat wie die „Hamburg-Amerika-Linie" und heute auf seinen sieben Hellingen mit 8000 Arbeitern nicht nur unserer Marine, sondern auch den Marinen fremder Nationen alle Schiffs-Typen vom Torpedoboot bis zum stärksten Panzer und vom Flußschiff bis zum größten Ozean-Schnelldampfer liefert. Das vom „Vulkan" erbaute Schiff der „Hamburg-Amerika-Linie", welches wir heute seinem Element übergeben wollen, soll das mächtigste Schiff der Welt werden und an Schnelligkeit alle heute in Fahrt befindlichen Schiffe übertreffen.

Es ist ein langer und mühsamer Weg, der von kleinen Anfängen bis zu diesem stolzen Fahrzeug geführt hat. Und wie sich die „Hamburg-Amerika-Linie" in immer großartigerer Weise entwickelte, wie der Stettiner „Vulkan" seine Leistungsfähigkeit mehr und mehr steigerte, so hat während dieser selben Periode unser Vaterland begonnen wiederzugewinnen, was seit den Tagen der Hansa verloren gegangen war. Seit dem Untergange der Hansa, die zu Grunde ging, weil das alte Reich sie nicht genügend stützte, weil damals der deutsche Kaufmann keine genügende staatliche Rückendeckung fand, wandte sich Deutschland von der See ab. **Während dreier Jahrhunderte** ging es uns **wie dem Peter in der Fremde unserer alten Erzählung, dem es vor der Fahrt über das Meer gruselte,** uns, die wir einst fremde Länder mit Kolonien besetzt, Barbaren zur Gesittung geführt, den Erdball mit unseren Faktoreien überzogen hatten. Erst als die Nation durch unseren großen Kaiser, durch die unsterblichen Berater unseres großen Kaisers, durch die Opferwilligkeit und Vaterlandsliebe aller Stämme und Schichten des deutschen Volkes ihre staatliche Einheit wiedererrungen hatte, besann sie sich wieder auf das alte Hansenwort: „Mein Feld ist die Welt" und betrat sie wieder das **Theater der Weltpolitik.** Denn unsere gegenwärtige überseeische Politik ist hervorgegangen aus unserem gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung, der wiederum die Folge war der Schaffung des Reichs. Als deutsche Arbeit sich ihre Stellung auf dem Weltmarkt erobert hatte, mußte unsere auswärtige Politik der Entfaltung unserer wirtschaftlichen Kräfte folgen. Unsere heutige überseeische Politik und unsere heutige Weltpolitik haben sich aus unserem wirtschaftlichen Wachstum mit Notwendigkeit ergeben. Heute fühlen wir mehr und mehr, **daß ein Volk, das sich von der See abdrängen läßt, im Weltgetriebe beiseite steht wie der Statist, der sich im Hintergrunde herumdrückt, während vorn auf der Bühne die großen Rollen agieren.** Deutschland, dessen Handel sich während der letzten vier Jahrzehnte von 2½ Milliarden im Jahre 1860 auf 8½ Milliarden im Jahre 1897 gehoben, das seit 30 Jahren die Tonnage seiner Handelsmarine verfünfzehnfacht hat, das in Handel, Verkehr und Schiffahrt an die zweite Stelle aufgerückt ist, Deutschland darf weder im wirtschaftlichen noch im politischen Wettbewerb zurückbleiben. Deutschland, das dem Meere so ungeheure Werte anvertraut hat, welches längst nicht mehr nur Binnenvolk im Herzen Europas, sondern auch Welthandelsmacht im Vordertreffen der Konkurrenz ist, muß auch zur See stark genug sein, um deutschen Frieden, deutsche Ehre und deutsche Wohlfahrt überall wahren zu können. Und wenn wir auf diesem uns vom Schicksal vorgezeichneten Wege Hindernisse zu überwinden und schwierige Stellen zu passieren haben, so wird uns das weder irre machen noch niederbeugen. **Mutig, stetig und energisch müssen und wollen wir dem Endziele entgegenschreiten.**

Und nun soll dieses schöne Schiff seinen Namen erhalten. Der Name, den dieses Schiff erhalten soll, ist der Name, den auch das erste Schiff der „Hamburg-Amerika-Linie" getragen hat, jenes kleine Segelschiff, das am 15. Oktober 1848 von Hamburg nach New York mit 226 Passagieren in See stach, ist derjenige Name, der von allen irdischen Namen uns der teuerste ist, der höchste und heiligste — der Name Deutschland! Ich taufe Dich auf den Namen „Deutschland".

Nachdem die Schaumweinflasche am Steven des Schiffes zerschellt war, fuhr Graf Bülow fort: „Segne Gott dieses Schiff, das den Namen unseres Landes trägt, er schütze es auf allen seinen Fahrten, er schütze Freundschaft und Verkehr zwischen uns und den Vereinigten Staaten, er schütze deutsche Arbeit, deutschen Fleiß und deutsche Tüchtigkeit, er gebe uns Frieden und Eintracht im Innern, sichere Wehr, Macht und Stärke nach Außen, er schirme und segne Deutschland. Und wie dieses Schiff den anderen Schiffen über sein soll, so viele ihrer die Meere durchkreuzen, so möge immerdar für jeden Deutschen Deutschland Deutschland über alles sein, über alles auf der Welt. Wir aber vereinigen uns in dem Rufe, der zusammenfaßt, was wir fühlen, hoffen und erstreben. Der Führer der Nation, Seine Majestät der Kaiser und König lebe hoch!"

Das ist ein echter Bülow, diese phantasievolle Taufrede. Die Herren von heute sehen sich immer mehr im Theaterkostüme, als ob sie bereits von Wildenbruch oder gar vom Poesiemajor Lauff dramatisiert worden seien. Sie schwelgen in der platten, lärmenden Bildersprache neudeutschen Militärgeistreichtums, es rollt in ihren Tiraden das krachende Pathos des dramatischen R's, es pulst in ihnen die Begeisterung eines Unteroffiziers, der an patriotischen Festtagen in märchenhaft klirrender Ritterrüstung pomphaft stolziert und ahndevoll Deutschland eine wunderherrliche Zukunft kündet.

Es paßt zu diesem Gehaben, daß der ungemein witzige Herr, der sich mit erstaunlichem Eifer seine Gemeinplätze an der Sonne zu erobern sucht — wenn er einst nicht mehr regiert, wird er sich mit einigem Eifer bei Scherl oder Mosse in die höhere, die brillante Berichterstattung einleben können — die seit einigen Jahrtausenden nicht unbeliebten Vergleiche vom Theater bevorzugt. Er spricht altertümlich von dem Theater der Weltpolitik, das deutsche Volk soll nicht im Hintergrunde wie der Statist sich herumdrücken, während vorn auf der Bühne die großen Rollen agieren oder wohl richtiger agiert werden. Und diese Sehnsucht, auf dem Theater vorn als Heldentenor zu agieren, bedeutet für Herrn v. Bülow sogar — das Endziel. Ein rechtes Komödianten-Endziel: Im Wasserkarneval als Solist vorn an der Rampe zu glänzen.

Bildet das Theater die Quelle der Bülowschen Bilder, so muß die Geschichte statt sachlicher Beweisführung herhalten. Es hat sich für die Methode der Geschichtsanwendung bereits eine Schablone herausgebildet. Ist vom Militarismus die Rede, so wird, je nach dem rhetorischen Zweck, an Jena oder Sedan erinnert. Wird aber der Marinismus verherrlicht, so marschiert unvermeidlich die selige Hansa auf, die in der heutigen Seeromantik die Rolle des Kyffhäuserschläfers spielt. Es ist schon sehr naiv, historische Erscheinungen des Mittelalters unmittelbar auf unsere Verhältnisse zu übertragen. Ein außerordentlicher Mut gehört aber dazu, eine so komplizierte Erscheinung, wie die Hansa, mit irgend einer willkürlichen durch die heutige Flottenagitation gerade gebotenen Formel abzuthun, die mit der historischen Wahrheit nichts, aber gar nichts zu thun hat. Die Historiker sind sich bis jetzt nicht völlig einig über die Ursachen des Aufstiegs und des Untergangs der Hansa. Sicher aber ist, daß die Hansa nicht deshalb zu Grunde gegangen ist, weil der deutsche Kaufmann am Reich nicht die nötige staatliche Rückendeckung gefunden hat. Das genaue Gegenteil entspricht eher den Thatsachen. Die Hansa, die in ihren Ursprüngen bis ins 11. Jahrhundert hinab und bis ins 17. hinaufreicht und die sich keineswegs auf die Grenzen des heutigen Reiches beschränkt, sondern einen Teil der Niederlande, Rußlands und Oestreichs mit umfaßte, erhielt ihre Bedeutung und ihre Entwicklungsmöglichkeit gerade durch die staatliche Zersplitterung und sie erlag wesentlich der Selbstsucht der dynastischen Konkurrenz. Die wachsende Gewalt der Landesherren zerbrach den selbständigen Handelsbund der Städte. Es ist eine prächtige Satire auf das Bülowsche Klagelied über den Verfall der Hansa, daß die Auflösung der Hansa gerade von einer Hohenzollernthat datiert. 1442 löste Kurfürst Friedrich II. die märkischen Städte von der Hansa los. Durch die Eifersucht der Fürsten wurde die unabhängige Städterepublik der Hansa zerstört, die gerade ihre Kraft aus der staatlichen Schwäche und der fürstlichen Ohnmacht zog. Das lehrt die Geschichte von der Hansa. Natürlich liegt hier nicht die einzige Ursache. Vielmehr kamen verkehrstechnische, nautische, allgemein wirtschaftliche und politische Momente hinzu, um Blüte und Verfall dieses Händlerbundes zu erklären. Freilich, eine Schiffs-Taufrede bedarf keiner geschichtlichen Wahrheit, sondern nur eines blendenden Spiels mit geschichtlichen Vokabeln.

Außer den Märchen von der Hansa und dem Peter aus der Fremde nebst den Vergleichen aus der Theaterwelt vermag Herr v. Bülow keinerlei Argumente für die Flottenpläne anzuführen; denn seine Hinweise auf die großartige Entwicklung des deutschen Handels sind doch der schneidendste Beweis gegen die Seeromantik: Dieser gewaltige Aufschwung ist ja ohne die Weltmacht- und Weltschlacht-Flotte erreicht worden.

Taufreden sind keine politischen Kundgebungen; und man dürfte sich füglich eine Kritik solcher Festansprachen, auf denen Champagnerschaum zersprüht, ersparen, wenn es nicht heute Mode geworden wäre, die gesamte Politik im Stil solcher Taufreden zu treiben, wenn nicht Herr v. Bülow für ein vom Stapel laufendes und eines Taufgrußes bedürftiges Panzerschiff auch — den Reichstag hielte.

*

Beim Festmahl zu Ehren des neuen Schiffes hielt dann Herr v. Bülow noch eine Rede, in der er u. a. bemerkte:

Als Staatssekretär des Aeußern habe ich die Pflicht, unsere auswärtige Politik in dem Geleise zu halten, das der größte Staatsmann unserer und wohl aller Zeiten, Fürst Bismarck, vorgezeichnet hat (Bravo), im Geleise ruhiger Stetigkeit, friedlicher Besonnenheit, fester Sicherheit und Würde, die dem Deutschen Reiche das Vertrauen der anderen Kabinette erworben haben und die ein festes Fundament des europäischen und des Weltfriedens bilden. . . . Wir alle halten an der Hoffnung fest, daß die Vertreter des deutschen Volkes mit oft bewährter Vaterlandsliebe und Einsicht, in Würdigung der Weltlage und unserer Lage in der Welt, in Würdigung der Notwendigkeit und der Gefahren unserer Lage, der Verstärkung unserer Seestreitkräfte auch diesmal ihre Zustimmung nicht versagen werden. (Lebhafter Beifall.) Meine Herren! Ich habe oft gedacht, daß doch ein tiefer Sinn darin liegt, daß der Flottengedanke und die Einheitsbewegung ungefähr gleich alt sind. — Der erste Antrag auf Ausrüstung eines deutschen Kriegsschiffes wurde gestellt in Baden in demselben Jahre 1817, wo die Wartburgfeier stattfand. Als 1840 das Lied vom freien deutschen Rhein ertönte, trat der Vorkämpfer für deutsche Seemacht, Friedrich List, in die publizistischen Schranken. 1848 flammten der Einheits- und Flottengedanke gleichzeitig auf und wurden zwei Jahre später zusammen eingesargt, um gleichzeitig wieder aufzuerleben. Im Jahre 1867 wurde gleichzeitig der Norddeutsche Reichstag und die Norddeutsche Marine geboren, die sich vier Jahre später in den deutschen Reichstag und die deutsche Flotte verwandelten. Sie sehen also, daß im Grunde der Reichstag und die Flotte Geschwister sind. (Heiterkeit und lebhafter Beifall.) Wir hoffen alle, daß der Bruder seiner Schwester weiter verhelfen möge zu Wachstum, Stärke und Größe, auf daß die Mutter Germania auch weiter an diesen beiden Kindern ihre helle Freude habe. (Lebhafter Beifall.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Januar.

Der Reichstag

begann Mittwoch, nachdem er sein eignes, sehr bescheidenes Budget — viel zu bescheiden infolge der nicht gezahlten Diäten — erledigt hatte, die Debatte über das Reichsamt des Innern und die von demselben untrennbare Socialreform — oder Nicht-Socialreform. Denn das, was wir Reichsdeutsche Socialreform nennen, das nennen die Engländer Arbeits- oder Fabrik-Gesetzgebung, und sie haben das Ding zehnmal besser als wir. Der Name macht's nicht; und die Größe der Reklame pflegt ja auch sonst im umgekehrten Verhältnis zum Wert der Ware zu stehen. Eingeleitet wurde die Debatte wie immer von Herrn Kaplan Hitze, und dieser hielt die nämliche Rede wie immer. Es ist vieles zu wünschen und zu thun übrig, aber „Freund, ich bin zufrieden, geh' es wie es will". Nur keine Ueberstürzung. „Immer langsam vorhn, immer langsam voran!" Kurz, die bekannten Melodien, die ja auch im Reichsamt des Innern gesungen werden und denen Herr v. Posadowsky vergnügt lauschte. Nach dem Süßholzsafte des katholischen Kaplans der Vogelleim des agrarischen Gimpelsängers. Der Vogelleim des Herrn Oertel aus Sachsen mag recht gut gekocht sein, allein es gehen keine Gimpel mehr auf den Leim. Welche Begriffe dieser glatte Geschäftspolitiker von Socialreform hat, erhellt zur Genüge aus der Thatsache, daß ihm sogar das bißchen Arbeiterschutz in der Bäckerei zu viel ist. Um ein paar rückständige Bäckermeister auf seinen Vogelleim zu locken, opfert er Gesundheit und Leben von hunderttausend Arbeitern. Für die „Socialreform" schwärmt aber der Mann des Vogelleims ebenso wie der Mann des Süßholzsaftes. Jedoch lange nicht in so warmen Worten, wie der dritte Redner, Herr Kommerzienrat Möller, der Hohepriester des Kapitalismus. Der Fuchs, welcher den Gänsen predigte, floß nicht so über von Liebe zu seinen Mitgeschöpfen, wie er von Liebe zu den Arbeitern und zur Socialreform. Zur richtigen Socialreform: der Socialreform, „die ich meine", d. h. die er meint, die Herr Hitze meint, die Herr Oertel meint und die Herr Posadowsky meint. Denn im Grund sind sie alle einig. Ein Herz und eine Seele, so weit das Gold des Ausbeutertums klingt, und dem goldenen Kalb heimliche, dem Gott im Himmel öffentliche Lieder gesungen werden.

Anders denkt nur die Socialdemokratie, als deren Vertreter heute Fischer und Wurm sprachen. Das war ein ander Lied und ein anderer Text! Kein Heiapopeia vom fürsorglichen väterlichen Staat, der sich seiner „Wohlthaten" rühmt. Nicht weichmütige Klagen über das Elend der Welt, sondern Anklagen gegen die heutige Gesellschaft, die das Elend verschuldet und gegen den Staat, der sein Siegel darauf drückt. Die Socialreform, kärglich selbst auf dem Papier, und das bißchen, was gut ist, nur auf dem Papier. Die Fabrikinspektion ein Messer ohne Stiel und Klinge. Zweierlei Maß in der Arbeitergesetzgebung, zweierlei Maß in der Rechtsprechung. Von oben hat der Arbeiter nichts zu erhoffen — er muß auf sich selbst allein bauen, sich organisieren! Das war, was die socialdemokratischen Vertreter zu sagen hatten. Und wie eine Fabrikinspektion gar nicht möglich sei ohne die Mitwirkung der organisierten Arbeiter, wie aber Herr v. Berlepsch, der viel gerühmte „Socialreformer", durch seinen Geheimerlaß aus dem Jahre 1896 den Fabrikinspektoren ausdrücklich allen Verkehr mit den Arbeiterorganisationen verboten habe. Und wie in Preußen die Fabrikinspektion schlechter sei und die Arbeiter-Gesetzgebung überhaupt schlechter gehandhabt werde als im übrigen Deutschland.

Das alles mußte Herr Posadowsky anhören. Und zur Sache wußte er kein Wort zu sagen.

Morgen wird er mehr zu hören bekommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats.

Preußischer Landtag.

Das **Abgeordnetenhaus** wählte Mittwoch auf Antrag des Freikonservativen v. Steugel das Präsidium der vorigen Session — v. Kröcher (kons.) als Präsidenten, v. Heeremann (C.) und Dr. Krause (natl.) als ersten bezw. zweiten Vicepräsidenten — durch Zuruf wieder, da die Freisinnigen ihre ursprüngliche Absicht, Wahl durch Stimmzettel zu beantragen, aufgegeben haben. Fast die ganze Sitzung wurde durch eine mehr als einstündige Rede des Finanzministers v. Miquel ausgefüllt. Ueber diese Rede ist ein abschließendes Urteil vorläufig um so weniger abzugeben, als sie gerade in ihren wichtigsten Teilen einfach unverständlich war — selbst im Saale war der Minister nicht zu verstehen, wie der Abgeordnete v. Eynern nachher ausdrücklich konstatierte. Die Presse wird also wohl oder übel auf den stenographischen Bericht warten müssen. Soviel allein ist schon jetzt zu sagen, daß die Miquel-Rede sich durch außergewöhnliche Flauheit und Lauheit auszeichnete; das rosige Gemälde, das die Thronrede von der Finanzlage entwarf, erscheint nach den Ausführungen des Ministers denn doch in dunklere Tinten getaucht. Aengstlich vermieden hat Miquel, wie es von ihm ja auch gar nicht anders zu erwarten stand, die junkerlichen Agrarier und Kanalgegner zu reizen; von irgendeiner irgendwie nachdrücklichen Empfehlung des Mittellandkanals findet sich in seiner Rede kaum eine leise Spur. Matten Inhalts und mit leiser Stimme gesprochen, vermochte die Rede keinen Eindruck bei den Abgeordneten zu erwecken; in Scharen verließen die Landboten den Saal; von denen, die im Saale verblieben, verteilte sich die größere Hälfte in zwanglose Gruppen, die sich an Privatgesprächen delektierten; nur ein kleines Häuflein war so pflichteifrig oder so miquelbegeistert, daß es sich eng um die Tribüne zusammendrängte, um keines der Worte zu verlieren, die dem „Gehege der Zähne" des Finanz-Odysseus entflohen. Am Schluß erhob sich die Stimme des Ministers ein wenig: sich in eine künstliche Begeisterung hereinredend, sprach er von den schweren Tagen preußischer Geschichte am Anfange dieses Jahrhunderts und erzielte ja denn auch vereinzelten Beifall. Nach der oben bereits inhaltlich mitgeteilten Bemerkung des nationalliberalen Abg. v. Eynern schloß um 1 Uhr die Sitzung und das Abgeordnetenhaus vertagte sich auf Donnerstag. — Der nächste Tag ist der Beratung der konservativen Interpellation über die Maßregelung der Landräte usw. gewidmet. Auf die Haltung der Regierung darf man gespannt sein. —

Das **Herrenhaus** hielt eine etwa einstündige Sitzung ab, in deren Verlauf es u. a. die Mitteilung von dem Ergebnis der **Prozesse** entgegennahm, die mit der Genehmigung des Hauses gegen die „Volkswacht" in Breslau und den **„Vorwärts"** in Berlin angestrengt worden sind.

Im Falle der „Volkswacht" ist eine Verurteilung des Preßsünders zu einem Monat Gefängnis erzielt worden. Der „Vorwärts" aber mußte zum Leidwesen der Herrenhäusler straflos ausgehen, da sein verantwortlicher Redacteur, gegen den sich die Klage richtete, unser treuer Genosse Jacobey, inzwischen verstorben war. Die nächste Sitzung findet Donnerstag um 11 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Gesetzentwurfs über die Zwangserziehung verwahrloster Kinder.

Vorübergehend — austoben.

Die neueste Aeußerung des Kaisers über die Socialdemokratie, die er für eine vorübergehende Erscheinung hält, die sich austoben werde, wird vielfach für eine Absage an die Politik des starken Mannes, des Zuchthauses und der Ausnahmegesetze gehalten. Wir erkennen in dieser Aeußerung das Bemühen, in der Zeit des Flottenkampfes das Zuchthausgesetz in den Hintergrund zu schieben, und wir meinen deshalb, die Scharfmacherpresse hat es gar nicht nötig, verlegen über diese scheinbare Rückkehr zum Kurse von 1890 zu schweigen, denn selbst in jener Zeit des socialpolitischen Reformeifers kündete der Kaiser am 14. Mai 1889 beim Empfang der streikenden Bergleute:

> Für mich ist jeder Socialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind. Merke ich daher, daß sich socialdemokratische Tendenzen in die Bewegung mischen und zu ungesetzlichem Widerstand anreizen, so würde ich mit unnachsichtlicher Strenge einschreiten und die volle Gewalt, die mir zusteht — und die ist eine große — zur Anwendung bringen.

Man braucht also nicht einmal an die Glanzzeiten der Stummschen Herrschaft, an die „Rotte von Menschen, die nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen"; an die „hochverräterische Schar", „die Tiere, die an der Wurzel der deutschen Eiche nagen", nicht an Bielefeld und Oeynhausen erinnern. Wir haben es also nur mit einer durch die gegenwärtige politische Lage bedingten Zurückhaltung zu thun.

Trotzdem sind die Scharfmacher verängstigt. Die antisemitische „Staatsbürger-Zeitung" übt an der kaiserlichen Aeußerung in der Form Kritik, daß sie eine irrtümliche Wiedergabe vorschützt. Sie nimmt an,

> „daß Professor Riedler sich in der Wiedergabe der Kaiserworte geirrt hat. Eine Parteibewegung, die seit 30 Jahren ihre parlamentarische Vertretung im Reichstage hat, deren Fraktion 57 Mann stark ist, für die bei der letzten Wahl die größte Zahl von Stimmen abgegeben wurde, kann man wohl nicht als eine vorübergehende Erscheinung betrachten. Auch tobt die Socialdemokratie nicht mehr, sie hat längst ausgetobt, sie arbeitet heute still und zielbewußt daran, die Herrschaft an sich zu reißen und ihren Zukunftsstaat aufzurichten, in dem weder der Thron noch der Altar eine Stätte findet. In der Aeußerung Riedlers spiegelt sich wohl die Ansicht gewisser Katheder-socialisten, nicht aber die Anschauung des Kaisers wieder."

Die „Germania" findet es auffällig, daß der „Vorwärts" in seiner gestrigen Besprechung den Satz nicht erwähnt habe, und glaubt daraus schließen zu dürfen, daß uns die Meinung, wir seien eine vorübergehende Erscheinung und würden uns austoben, nicht passe. Aber die „Germania" irrt in ihrer Voraussetzung. Wir haben den Satz nicht nur kritisiert, sondern sachlich widerlegt, indem wir bemerkten:

> „Daß die Technik allerdings an sich geeignet wäre, die Erkenntnis der socialen Probleme zu fördern, beweist gerade die Socialdemokratie, deren Lehre wesentlich mit auf dem technischen Verständnis beruht, die deshalb auch nicht eher vorübergehen, nicht eher sich austoben kann, als die notwendigen Konsequenzen aus der technischen Entwicklung im socialistischen Sinne gezogen sind."

Wir meinen also, daß die mildere Aeußerung des Kaisers über die Socialdemokratie eine Erscheinung ist, die vorübergehen wird, wenn sich die Flottenpläne ausgetobt haben, daß aber die Socialdemokratie gerade wegen der vom Kaiser wohl gewürdigten technischen Entwicklung nicht vorübergehen kann, ehe die Technik die notwendig aus ihr folgende socialistische Organisation gefunden hat. —

* * *

Deutsches Reich.

Die Sehnsucht nach dem Volke.

Die ganze Unwissenheit unserer „Gebildeten" über das Wesen und das Streben der Socialdemokratie offenbart sich darin, daß man sich dem Wahne hingiebt, das Proletariat könne zu dem Militarismus eine andere Stellung einnehmen, als es einmütig geschieht. Da wird den Arbeitern vorgerechnet, wieviel sie an dem Schiffsbau verdienten — eine Schweinburgsche Anrufung der kurzsichtigsten Selbstsucht, die schon darum vergeblich ist, weil die Arbeiter wissen, daß sie selbst diese unproduktiven Ausgaben bezahlen müssen. Schon gelegentlich der vorigen Flottenvorlage hat Auer zu diesem Argument bemerkt:

> „Hier kommen wir auf einen Einwurf unserer Gegner, welche uns sagen, daß die Socialdemokraten eigentlich für die Flottenvorlage stimmen müßten, weil Tausende von Arbeitern dabei beschäftigt werden könnten; aber wäre es da nicht vernünftiger, wenn schon Geld und zwar Millionen verwendet werden sollen, angeblich um die Arbeiter zu beschäftigen, dann solche Arbeiten zu verrichten, die dem gesamten Volke zu gute kommen? Wie viel Schulhäuser könnten nicht beispielsweise für die 300—400 Millionen gebaut werden, die für den Neubau für Schiffe verlangt werden?! Kommen doch in Deutschland durchschnittlich 60 Kinder auf einen Lehrer — in Preußen noch bedeutend mehr — aber nur 8 Soldaten auf einen Unteroffizier und 25 auf einen Offizier! Wenn das deutsche Volk so reich wäre, Hunderte von Millionen für Schiffe übrig zu haben, wie schön wäre es nicht, wenn dafür in Ostelbien nicht mit Stroh gedeckte Schulhäuser gebaut, oder Lungenheilanstalten errichtet würden, wie solches von den Aerzten dringend gefordert wird."

Ein anderer Trick ist, zu behaupten, die Socialdemokratie sei durch die Flottenvorlage in die ärgste Verlegenheit versetzt. Wenn es für uns eine Verlegenheit giebt, so ist es der Ueberreichtum an Gründen gegen den Flottenrummel. Seit dem 18. Oktober, da mit einer bewunderungswürdigen Rapidität die akademischen Flottenfexer ihr Herz entdeckten, haben wir einen großen Teil unseres Raumes tagtäglich der Abwehr der Marinetollheiten widmen müssen. Kein Argument der Schweinbürger und Seehelden, das nicht zerfetzt wurde. Widerlegungen unserer Beweisführungen haben wir bisher nirgends gefunden. Oder soll der blöde Schwindel eine Widerlegung sein, den die „Tägl. Rundschau" sich ersonnen hat, die frech und dumm behauptet:

> Der „Vorwärts" hat sich noch bis heute zu keiner sachlichen Bekämpfung der deutschen Flottenbestrebungen aufschwingen können, und wenn er ja einmal den Versuch dazu macht, so schreibt er Herrn Richters „Freisinnige" ab. Die eigenen Mittel scheinen in dieser Frage völlig zu versagen; vielleicht deswegen, weil der „Vorwärts" weiß, daß die Ausführungen, die er aus Parteitaktik machen müßte, in den Arbeiterkreisen auf lebhaftesten Widerspruch stoßen würden und daß jede sachliche Diskussion seine Position schwächen müßte. Aus diesem Grunde ist wohl auch **von der Parteileitung die Losung ausgegeben worden, den „Versammlungen der Wasserphantasten" möglichst ferne zu bleiben und sich in keine Diskussion einzulassen.** Wenn man über eine Sache nichts zu hören bekommt, über sie nichts erfährt und nicht über sie spricht, kann man auch unmöglich für sie gewonnen oder zu ihr „verführt" werden — das ist alterprobte ultramontane Weisheit, die jetzt von der Socialdemokratie kopiert wird. Es frägt sich nur, ob sich auch die deutschen Arbeiter von ihren Parteihäuptlingen wie die Unmündigen behandeln lassen. Wir glauben fast, daß sie die öden Schimpfereien des „Vorwärts" satt haben und, wenn anders die Sage von ihrem Wissensdrange nicht eitel Humbug ist, auch einmal danach verlangen werden, sachlich das Für und Wider der Flottenvergrößerung erörtert zu hören.

Da die Flottenphantastik für die durch den 18. Oktober 1899 Erleuchteten und Erweckten ein junges Gefühl ist, so begreift man die Verwunderung dieser Leutchen, daß wir uns viel weniger über die für uns längst entschiedenen Fragen erregen als die Kinder der jüngsten Weisheit.

Aber wir sind doch nicht schuld, daß in die öden Flottenversammlungen niemand hinein gehen mag. Die eigenen Leute der Wasserparteien sind ja nicht, sogar durch Freibillets und Lichtbilder nicht, für die große Sache zu haben, und nun sollen wir den trüben Veranstaltern die Säle füllen helfen, indem wir unsere Genossen in die Versammlungen als Stassage „abkommandieren". Daß diese Sehnsucht nach unserer Beihilfe sich in die Form des albernen Märchens kleidet, die Parteileitung habe die Losung ausgegeben — wie hat sie das gemacht? — daß die Arbeiter den Veranstaltungen der Wasserfreunde fern bleiben sollen, entschuldigen wir als einen Ausfluß der Betrübnis über die mangelnde Werbekraft der Lichtbilder-Possen.

Nun aber soll die Sache anders werden. Die „Historische Vereinigung" hat an die Professoren Delbrück, Schmoller, Sering und Wagner das Ersuchen gerichtet, in einer öffentlichen Volksversammlung die Frage zu beantworten, ob die breiten Massen des Volkes ein Interesse an einer starken Kriegsflotte hätten, und man hat die Genossen Auer, Bebel, Heine und Schippel ersucht, das Korreferat zu übernehmen.

Die Sehnsucht, zum Volk herabzusteigen, um Statisten für ihre Schaustellungen zu ködern, ist begreiflich. Aber wir bezweifeln, daß unsere Freunde geneigt sein werden, durch ihre Hilfe wirkliches Volk zu den Flottenbegeisterten zu führen. Wenn wir zum Volke zu sprechen wünschen, dann ist es auf dem Platze.

Die Beamtenmaßregelungen. Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat folgende Interpellation eingebracht:

> „Inwiefern erachtet die königliche Staatsregierung die im vorigen Sommer im Anschluß an die Abstimmung dritter Lesung über die Kanalvorlage gegenüber einer Anzahl von Staatsbeamten von ihr getroffenen dienstlichen Maßnahmen im Einklang mit den Vorschriften der Artikel 83 und 84 der Verfassung?"

Die Anfrage hat, so fügt die „Kons. Korr." hinzu, nicht sowohl den Zweck, die den betreffenden Beamten zugefügte Unbill zur Sprache zu bringen, als vielmehr den, in der Oeffentlichkeit festzustellen, ob es ferner politischen Beamten überhaupt möglich sein wird, in Parlamenten thätig zu sein. Müßte befürchtet werden, daß diese Beamten auch fernerhin für ihre Abstimmungen dienstlich zur Verantwortung gezogen würden, so wäre es so ziemlich ausgeschlossen, daß man in Wählerkreisen Landräte noch für geeignet hielte, ihnen parlamentarische Mandate anzuvertrauen.

Die Regierung dürfte versuchen, die Maßregelung als — keine Maßregelung darzustellen und sich so aus der Affaire zu ziehen. Es wird auf das Junkertum ankommen, ob es gelingt, die Minister zu zwingen, Farbe zu bekennen. Am Donnerstag wird die Interpellation bereits verhandelt werden. —

Die Kaiserrede über die Technik kritisiert der fromme „Reichsbote" in seiner Weise:

> „Die Technik hat bis jetzt die moralischen bezw. socialen Gesichtspunkte mehr in den Hintergrund treten lassen und sich auf ihre maschinellen Leistungen beschränkt und das wird auch in Zukunft so sein. Das liegt in ihrer Natur und deshalb neigt sie auch vielfach zur materialistischen Weltanschauung hin, wie das ja auch der Professor Dr. Riedler zugab. Der Materialismus hat in sich aber keinen Antrieb zur Besserung der Lage der Armen, sondern soweit die Geschichte reicht, hat er allezeit das materielle Interesse zu seinem Leitstern gemacht, und dazu gehört in erster Linie die möglichst größte und billigste Ausnutzung der Arbeitskräfte der Arbeiter. Das war so und ist so und wird immer so sein, wo der Materialismus herrscht."

Der „Reichsbote" will also den Kaiser warnen, die „materialistische" Technik allzusehr zu fördern. —

Der preußische Staatshaushalts-Etat für 1900

schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 2 472 266 033 M. ab. Von den Ausgaben entfallen auf das Ordinarium 2 305 856 751 M. oder 119 080 088 M. mehr als im laufenden Jahre, auf das Extra-Ordinarium 166 409 282 M. oder 26 901 247 M. mehr.

Bei den staatlichen Betriebsverwaltungen ist im Ordinarium ein Mehrüberschuß von 29,0 Millionen veranschlagt. Davon entfallen 15,2 Millionen auf die direkten Steuern, bei denen die Einkommensteuer mit 14 Millionen und die Ergänzungssteuer mit 1 Million mehr in Ansatz gebracht sind, 4,8 Millionen auf die Eisenbahnverwaltung, 4,6 Millionen auf die Forstverwaltung, 3,9 Millionen auf die Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung und 2,7 Millionen auf die indirekten Steuern. Ein Minderüberschuß von 291 800 M. ergiebt sich bei der Domänenverwaltung. Endlich tritt ein Minderüberschuß von 1,6 Millionen dadurch hervor, daß der Erlös aus Ablösungen von Domänengefällen usw. bei dem Domänenetat in Wegfall kommt.

Die Dotationen und die allgemeine Finanzverwaltung weisen im Ordinarium ein Mehr von 3,9 Millionen Mark auf. Das veranschlagte Mehr berechnet sich bei der Verwaltung der öffentlichen Schuld auf vier Millionen, denen ein kleiner Minderbedarf bei der allgemeinen Finanzverwaltung gegenübersteht.

Bei den eigentlichen Staatsverwaltungen ist die Einnahme um 6,9 Mill. höher veranschlagt, davon entfallen u. a. 1,8 Mill. Mehreinnahmen auf Kosten und Geldstrafen bei der Justizverwaltung. Einer Mindereinnahme von 277 000 M. begegnen wir bei der Handels- und Gewerbeverwaltung infolge Ueberlegung der periodischen Dampfkessel-Untersuchungen an die Dampfkessel-Ueberwachungsvereine. — Der Ausgabebedarf im Ordinarium der eigentlichen Staatsverwaltungen erhöht sich um 5 Mill. Im Etat des Finanzministeriums sind an Mehrausgaben 2 Millionen zur weiteren Erhöhung des Civilpensionsfonds, 1½ Millionen an gesetzlichen Witwen- und Waisengeldern und 180 000 M. zur Förderung und Befestigung des Deutschtums im Osten. Von den dauernden Mehrausgaben der Justizverwaltung von insgesamt 3 632 300 M. sind zu erwähnen 774 000 M. Gehälter für neue Stellen für 76 Richter und 24 Staatsanwälte, 2¼ Millionen Wartegelder aus Anlaß der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausgeschiedener richterlicher Beamten. Von Minderausgaben kommen in Betracht 300 000 M. aus Anlaß der Neuordnung des Gerichtsvollzieherwesens. Unter den Mehrausgaben des Ministeriums des Innern sind zu erwähnen 276 000 M. für die Polizeiverwaltung in Berlin und Umgegend, 95 600 M. für die Polizeiverwaltung in den Provinzen und 244 000 M. für die Landgendarmerie. Bei der landwirtschaftlichen Verwaltung betragen die dauernden Mehrausgaben 1,1 Mill.; außerdem sind im Extraordinarium zur Verstärkung verschiedener Dispositionsfonds nicht nur die im laufenden Jahre zur Verfügung gestellten Beträge von zusammen 540 000 M. wieder ausgebracht, sondern noch weitere 60 000 M. bereit gestellt. Die dauernden Mehrausgaben des Kultusministeriums betragen 1,8 Mill., und zwar 400 000 M. infolge des Gesetzes, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Volksschullehrer, 150 000 M. zur Unterstützung der Witwen und Waisen von vor dem 1. April 1900 verstorbenen Volksschullehrern, während die bisherigen Anforderungen für die Versorgung der Hinterbliebenen von Volksschullehrern mit zusammen 1,8 Mill. M. als Minderausgabe erscheinen. Von den Mehrausgaben für das Elementar-Unterrichtswesen sind hervorzuheben 200 000 M. behufs allgemeiner Erleichterung der Volksschullasten, 80 000 M. zu Beihilfen an Schulverbände wegen Unvermögens für die laufenden Ausgaben der Schulunterhaltung, 500 000 M. zu Zuschüssen für die Alterszulagekassen der Volksschullehrer und -Lehrerinnen, 300 000 M. zur Errichtung neuer Schulstellen und 200 000 M. zu Pensionen für Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen.

Von den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben entfallen 96,2 Millionen auf die Betriebsverwaltungen, darunter 86,8 Millionen auf die Eisenbahnverwaltung und 69,9 Millionen auf die eigentlichen Staatsverwaltungen.

Das „Berliner Tageblatt" glaubt einige frühere Aeußerungen unserer Parteigenossen Auer und Heine über Flottenrüstungen an die Seite des Rotherschen Eroberungs-National-Socialismus und in Gegensatz zu der vom „Vorwärts" in dieser Frage eingenommenen Haltung stellen zu dürfen. Das beweist nur, daß der Flottenkoller dem Blatte das Unterscheidungsvermögen benommen hat. —

Einen schlimmen Verdacht äußert das Paderborner Centrumsblatt. Es meint nämlich, man gehe in der Frage der Schiffsbeschlagnahme recht schüchtlich vor, um dann im Reichstage sagen zu können: „Ja, wir wären gern schneidiger gewesen, aber wir konnten es nicht, weil wir keine genügenden Schiffe haben!" So urteilt man, fügt das Blatt hinzu, in weiten Kreisen über unsere Regierung, und angesichts der Methode, mit welcher die Agitation für die Paradeschiffe getrieben wird, kann man kaum eine andere Meinung mehr hegen. Nach Lourenzo Marquez hat man zwei der erbärmlichsten Kähne geschickt, die wir haben, und nun wird dem Volke eingeredet, wir hätten keine anderen, während eine ganze Anzahl so zur Verfügung steht, daß sie längst in Südafrika hätten sein können. Man will sie, wie man annehmen muß, nicht verwenden, um nur Stimmung für die Linienschiffe zu machen, die wir gar nicht nötig haben, als zu Paraden.

Ein Stimmungsbild aus Centrumskreisen! —

Der gesetzliche Achtstundentag für Bergarbeiter wurde in der Kommission des bayrischen Landtages für Beratung des neuen Berggesetzes beschlossen. Die acht Stunden verstehen sich einschließlich der Seilfahrt. Bei Gefahr im Verzuge oder falls solche Bestimmung in der Arbeitsordnung vorgesehen ist, bei vermehrten Aufträgen, kann die tägliche Arbeitszeit auf zehn Stunden verlängert werden, jedoch nur für höchstens 30 Arbeitsschichten im Jahre. Für heiße und nasse Strecken soll die Bergbehörde entsprechend kürzere Arbeitszeit anordnen.

Ob dieser Kommissionsbeschluß Gesetz wird, ist freilich noch zweifelhaft, denn der Regierungsvertreter wandte sich entschieden gegen die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit.

Die leidige Spionenriecherei hat den reichsländischen Polizeibehörden, wie wir bereits gestern meldeten, abermals zu einem gründlichen Reinfall verholfen. Aus den Reichslanden wird uns zu der Affaire noch geschrieben: Zu Anfang November v. J. wurden, wie s. Z. gemeldet, in Straßburg der frühere elsässische Staatsangehörige Jacques Lohr, zur Zeit in Brüssel wohnhaft, sowie der in Bischheim, einem Vorort Straßburgs, ansässige Reisende Albin Dubois unter dem Verdacht der Spionage verhaftet. Anlaß zu dieser Maßregel gaben einige Briefe, die von den Angehörigen Lohrs aus Brüssel an die Adresse von Dubois gesandt worden waren, um von diesen an Lohr, der einige Tage bei ihm auf Besuch weilte, ausgehändigt zu werden. Die Verhaftung der beiden erfolgte auf offener Straße, als sie sich abends auf dem Heimwege zur Wohnung Dubois befanden. Da beide Männer in Straßburg wohl bekannt sind, das beste Ansehen genießen und in durchaus geregelten Verhältnissen leben, erregte ihre Festnahme großes Aufsehen. Niemand glaubte an ihre Schuld. Trotzdem lehnte die Staatsanwaltschaft eine für den Fall ihrer vorläufigen Freilassung angebotene Kaution von beträchtlicher Höhe ab. Dubois, gegen den nicht das geringste Verdachtsmoment aufzutreiben war, wurde dann Ende November aus der Haft entlassen, während man Lohr erst jetzt, also nach vollen zwei Monaten, wieder auf freien Fuß setzte unter gleichzeitiger Einstellung des gegen ihn und Dubois eingeleiteten Verfahrens. Lohr hat unterdessen seine Stellung in einem Brüsseler Handelshause verloren; auch Dubois war durch die über ihn verhängte Untersuchungshaft in seinem Berufe schwer geschädigt. Von einer Entschädigung der beiden Männer für die ihnen aus der folgenschweren behördlichen Maßregel erwachsenen moralischen und materiellen Nachteile ist im Lande der „besten Rechtsgarantien" natürlich keine Rede. —

Aus Sachsen. (Eig. Ber.) Dresden, 9. Januar. Dem Landtag ist neuerdings von der Regierung ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, der eine **Aenderung des sächsischen Einkommensteuer-Gesetzes** bezweckt. Der Entwurf lag dem vorigen Landtag schon vor, wurde aber nur in der zweiten Kammer erledigt. An deren damalige Beschlüsse lehnt sich der neue Entwurf an. Nach ihm sollen in Zukunft von Einkommensteuer ganz befreit sein: die reichs- und landesgesetzlichen Berufsgenossenschaften, Kranken- und Pensionskassen, die ausschließlich kirchlichen, gemeinnützigen, werkthätigen, Besoldungs- oder Pensionszwecken dienenden Stiftungen rc., Konkursmassen und bestimmte Arten von Versicherungsgesellschaften. In dem früheren Entwurfe war auch die Befreiung der Gemeinden vorgesehen, die Regierung ist diesmal davon abgekommen, weil diesem Gedanken seiner Zeit widersprochen wurde. Der Reingewinn der Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht (Genossenschaften, Konsumvereine) soll nicht mehr voll, sondern nur zur Hälfte zur Steuer herangezogen werden, auch werden die zur Bildung von

Reservefonds und Schuldentilgung zu verwendenden Ueberschüsse nicht mehr mit besteuert. Eine kleine Erleichterung für physische Personen, die allerdings für den Arbeiter fast nicht in Frage kommt, besteht darin, daß vom steuerpflichtigen Einkommen die Beiträge zu Kranken-, Alters-, Unfall- und Invaliditäts-Versicherungen, Witwen-, Waisen-, Pensions- und Sterbekassen, soweit sie gesetzlich oder vertragsmäßig zu leisten sind, abgezogen werden dürfen. Das Einkommen in selbständigen Betrieben wird nicht mehr nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre, sondern nach dem letzten Geschäftsjahr veranschlagt. Die übrigen Aenderungen sind unwesentlicher Natur. Der Steuerausfall bei Durchführung dieser Aenderungen ist auf 230 000 M. berechnet. Es wird aber durch das Steigen der Erträge ein Ausgleich erwartet.

Für die Verlängerung bez. den Neubau von sechs Eisenbahnlinien verlangt die Regierung nach einer ausführlich begründeten Vorlage ziemlich 11 Millionen Mark. Außerdem sind noch zwei weitere Eisenbahnlinien, sowie die Anlegung zweier elektrischer Straßenbahnen projektiert, und die Vorlagen noch für diese Periode in Aussicht gestellt. Alle diese Pläne standen jetzt in der zweiten Kammer zur Verhandlung und wurden allgemein beifällig aufgenommen. In sehr scharfen Wendungen wurde dabei von verschiedenen Seiten bedauert, daß man in der ersten Kammer für eine Mäßigung des Tempos im Eisenbahnbauwesen eingetreten ist, um zu sparen. Die ländlichen Abgeordneten haben das als eine Benachteiligung des „platten Landes" empfunden. Die Angriffe richteten sich hauptsächlich gegen eine Rede des Dresdener Ober-Bürgermeisters Beutler, der sonst als anerkanntes Finanzgenie gilt. Heut gerieten auch bei der Gelegenheit der Großindustrielle Rietkammer und ein Regierungskommissar zusammen. Ersterer ist aus Interesse für die Großindustrie strikter Gegner des Schmalspursystems. — Im außerordentlichen Etat werden gegen 80 Millionen Mark für sonstige Herstellungen an Eisenbahnen, Vermehrung der Betriebsmittel ꝛc. gefordert. Hier wird es Abstriche geben. —

Ostpreußisches. Wir hatten kürzlich mitgeteilt, daß die Pächter der Rohrlampe am Ufer des Haffes mit Zwangsvollstreckung bedroht wurden, da sie infolge der Sturmfluten in schwerste Not und Zahlungsunfähigkeit geraten waren. Eine uns jetzt von der Regierung in Gumbinnen seltsamerweise unter dem Namen einer „Berichtigung" zugehende Zuschrift bestätigt, daß die Forstkasse zu Raukehmen Zwangsmaßregeln gegen die armen Pächter eingeleitet hatte, fügt aber hinzu, daß die Regierung, nachdem sie Kenntnis von dem Vorkommnis erhalten — wohl aus den socialdemokratischen Blättern? — jene Maßnahme rückgängig gemacht habe. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung verurteilte die Hirschberger Strafkammer den Tischlermeister Oskar Schindler zu zwei Monaten Gefängnis. Sch. hatte im Wortstreit mit einem Manne, der sich darauf berief, unter drei Kaisern gedient zu haben, mit etwas sehr vulgären Ausdrücken um sich geworfen. —

Geheimmittel.

Der Entwurf von Vorschriften über den Verkehr mit Geheimmitteln, der dem Bundesrat vorliegt, wird in der „Pharmazeutischen Ztg." mitgeteilt. Wir heben daraus die folgenden wesentlichen Bestimmungen hervor:

§ 2. Welche Stoffe, Zubereitungen und Gegenstände als Geheimmittel im Sinne dieser Vorschriften zu gelten haben, wird durch die Landescentralbehörde bestimmt. Als Geheimmittel werden in der Regel nicht erklärt Stoffe und Zubereitungen, die 1. in das deutsche Arzneibuch aufgenommen worden sind und unter der dort angewendeten Bezeichnung angeboten werden. 2. in der medizinischen Wissenschaft und Praxis als Heilmittel allgemeine Anerkennung gefunden haben; 3. lediglich als Desinfektionsmittel, kosmetische Mittel, Nahrungs- und Genußmittel angeboten werden. § 3. Die öffentliche Ankündigung von Geheimmitteln ist verboten. § 4. Die Gefäße und die äußeren Umhüllungen, in denen Geheimmittel abgegeben werden, müssen mit einer Inschrift versehen sein, welche den Namen des Geheimmittels und den Namen oder die Firma des Verfertigers deutlich ersehen läßt. Außerdem muß die Inschrift auf den Gefäßen oder den äußeren Umhüllungen den Namen oder die Firma des Geschäfts, in dem das Geheimmittel verabfolgt wird und die Höhe des Abgabepreises enthalten. Es ist verboten, auf den Gefäßen und äußeren Umhüllungen, in denen Geheimmittel abgegeben werden, Anpreisungen und besondere Empfehlungen, Bestätigungen, gutachtliche Aeußerungen oder Danksagungen, in denen eine Heilwirkung oder Schutzwirkung dem Geheimmittel zugeschrieben wird, anzubringen oder solche Anpreisungen, sei es bei der Abgabe von Geheimmitteln, sei es auf sonstige Weise zu verabfolgen. § 5. Auf die Verabfolgung von Geheimmitteln in den Apotheken finden die Vorschriften vom 13. Mai 1896, betreffend die Abgaben stark wirkender Arzneimittel usw., Anwendung. (Die starkwirkenden Arzneimittel dürfen nur auf ein ärztliches Rezept als Heilmittel an das Publikum abgegeben werden.) § 6. Geheimmittel, durch deren Verwendung die Gesundheit gefährdet wird, sowie solche Geheimmittel, durch deren Vertrieb das Publikum in schwindelhafter Weise ausgebeutet wird, dürfen nicht angeboten oder feilgehalten werden. Welche Geheimmittel diesem Verbote unterliegen, bestimmt die Landes-Centralbehörde.

Deutsche Besiedelung Kleinasiens.

Nicht nur Afrika wird jetzt als Eldorada für deutsche Auswanderer hingestellt. In neuester Zeit wird auch versucht, Propaganda für die Besiedelung Kleinasiens zu machen. In „kolonialen Kreisen" hat sich ein Ausschuß gebildet, der die deutsche Besiedelung Anatoliens ins Auge gefaßt hat. Dieser Ausschuß hielt am Montag eine Versammlung ab, in der ein Major Schlagintweit über die Aussichten deutscher Kolonien in Kleinasien sprach.

Seinen Ausführungen trat Dr. v. Siemens, der Vorsitzende der anatolischen Bahngesellschaft, entschieden gegenüber. Es wird darüber berichtet:

Die Türkei betrachte mit Recht Anatolien als den Hauptstützpunkt des Islams und werde daher jede christliche Kolonisation überaus ungern sehen. Die Erwerbung freien Grundbesitzes sei kaum ausführbar, da der Allodbesitz in der Türkei nur eine verschwindende Ausnahme bilde; das türkische Grundrecht ist eben seinem innersten Wesen nach ein Lehnsrecht und der Sultan letzten Endes alleiniger Besitzer des Lehnslandes. Er rathe dringend davon ab, den Plänen einer Besiedelung von Kleinasien weiter nachzuhängen und empfehle vielmehr die Besiedelung von Südwestafrika. Die dort sich bietenden Elementarhindernisse seien weit leichter zu überwinden, als die aus dem Charakter des Islams sich ergebenden politischen Schwierigkeiten in Anatolien. Die Anatolische Eisenbahn-Gesellschaft denke auch gar nicht daran, den politischen Pionier für eine deutsche Kolonisation zu spielen. Sie sei ein rein geschäftliches Unternehmen, das für Deutschland insofern von Interesse sei, als es der Industrie und dem Bauunternehmertum Verdienst schaffe. Und da es statistisch unanfechtbar erwiesen sei, daß die deutsche Landwirtschaft die deutsche Bevölkerung mit dem nötigen Brotkorn zu versehen nicht im stande sei, so seien auch in Bezug auf die deutsche Volksernährung der Bahn große nationale Aufgaben gestellt.

Die letzteren Mitteilungen über den Charakter der deutsch-anatolischen Bahn sind wenigstens deutlich. —

Zu den Schiffsbeschlagnahmen.

Der Reichs-Postdampfer „Herzog" ist von den britischen Behörden in Durban **freigegeben** worden.

Man hat also keine Kriegskonterbande gefunden und die Beschlagnahme ist ungerechtfertigt gewesen.

Dagegen wird nach einem Telegramm des „Standard" aus Durban die Ladung des „Bundesrat" gelöscht. Bisher ist aber nichts gefunden worden, was irgendwie verdächtig wäre.

Mittlerweile sind auch amtliche Aeußerungen zu den Beschlagnahmen aus London eingelaufen, aber noch keine endgültigen. Es verlautet, die Meinungsverschiedenheiten der beiden Regierungen über die Rechtsfrage seien noch nicht beseitigt, aber Aussichten auf eine Verständigung vorhanden. Nach Londoner Berichten betrifft der Gegensatz zwischen beiden Kabineiten die Frage, ob Nahrungsmittel, die für einen neutralen Hafen bestimmt sind, als Konterbande betrachtet werden können. In einem früheren Fall hat die englische Regierung selbst diese Frage sogar für den Verkehr mit feindlichen Häfen verneint.

* * *

London, 10. Januar. In einer Besprechung des Telegramms Kaiser Wilhelms an den König von Württemberg über die Flottenfrage hebt der „Standard" hervor, England hemme nicht, sondern begünstige vielmehr jede Maßregel, die dazu beitrage, daß Deutschland seinen Obliegenheiten als Kolonialmacht gebührend nachkomme. Was die Beschlagnahme von Schiffen betreffe, so brauche man in Berlin nicht zu befürchten, daß es England an Achtung fehlen lasse, und andererseits brauche man auf englischer Seite nicht Besorgnis zu hegen, daß die deutschen Staatsmänner nicht im Sinne einer auf Gegenseitigkeit beruhenden Höflichkeit den Engländern gegenübertreten. —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Aufhebung des Zeitungsstempels in Ungarn. Wie ungarische Blätter melden, gedenkt der Finanzminister Lukacs demnächst dem Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf auf Abschaffung des Inseraten-, Kalender- und Plakatenstempels zu unterbreiten. Der Inseratenstempel soll schon vom 1. Juli 1900, der Kalender- und Plakatenstempel aber erst vom 1. Januar 1901 aufhören. —

Frankreich.

Einen Konflikt mit San Domingo hat gegenwärtig Frankreich. Derselbe hat mehrere Ursachen. Erstens hat der gegenwärtige Präsident Jimenez jede Verantwortung für die von seinem Vorgänger in einer Entschädigungsangelegenheit eingegangenen Verpflichtungen abgelehnt. Außerdem wurde der französische Konsul aus Anlaß der von ihm infolge dieser Weigerung vorgenommenen Maßregeln auf der Straße insultiert und angegriffen und fand gerade noch Zeit, in seine Residenz zu flüchten, sonst wäre er vielleicht totgeschlagen worden. Die Neger aber umgaben sofort das Konsulat und stießen Todesdrohungen gegen den Konsul und Beleidigungen gegen Frankreich und die Franzosen aus, die sie die „Kapitulanten von Sedan", die „Feiglinge von Faschoda" ꝛc. schimpften. — Diese Vorgänge haben die französische Regierung bestimmt, dem Geschwaderkommandanten, Admiral Richard, der sich in St. Thomas befand, Befehl zum sofortigen Aufbruch nach San Domingo mit einem seiner Kreuzer zu erteilen, um den Konsul zu schützen, volle Genugthuung für die diesem angethane Beleidigung zu verlangen und auf die unverzügliche Befolgung des Vertrages von 1895 zu dringen. Die Angelegenheit ist für Frankreich um so unangenehmer, als sich San Domingo an der Weltausstellung beteiligen will und schon alle Vorbereitungen hierzu getroffen hat. —

England.

Eine neue Rede Balfours. London, 10. Januar. Balfour hielt auf der Jahresversammlung seiner Wähler in Manchester noch eine Rede, in der er die Behauptung, das Verhalten Englands in Südafrika sei von dem Wunsche eingegeben, das Reich durch reiche Gebiete zu vergrößern, als falsche Anschuldigung und Verleumdung bezeichnete. Großbritannien habe nichts zu gewinnen von dem Kriege, welcher viele Kosten verursache; aber über allen Ausgaben ständen die Menschenleben, welche kein Geld kaufen könne. Er hoffe, auf der nächsten Jahresversammlung von errungenen Siegen, von der Wiederherstellung des Friedens und der Einführung gleicher Rechte in ganz Südafrika sprechen zu können.

Aus der Wendung der gestern mitgeteilten Balfourschen Rede, daß der Krieg seitens Englands so geführt werden solle, daß ein Krieg mit Transvaal niemals wieder möglich werde, darf man wohl auf weitergehende Absichten schließen, als sie in der obigen Behauptung ausgedrückt sind, wonach England nicht daran denke, sich Gebiete anzugliedern. —

Die „Times" unterziehen die neueste Rede Balfours einer sehr scharfen Kritik. Zum Glück für die Regierung sei die Opposition im gegenwärtigen Parlament die schwächste der neueren Zeit, aber Balfour könne kaum voraussetzen, daß die Mehrheit der Nation seine Verteidigung der Kriegführung als hinlänglich annehmen werde oder könne. Die „Times" bezweifeln sehr, ob, falls der Krieg den britischen Waffen neue Niederlagen bringen sollte, die Nation fernerhin Vertrauen in die Regierung setzen werde oder ob es gerechtfertigt sein würde, dies zu thun. Andere Blätter urteilen nicht minder streng. —

Dänemark.

Kein neues Kommunal-Wahlgesetz in Dänemark. Es ist seiner Zeit berichtet, daß der Folkething eine fast alle Parteien befriedigende Reform des Kommunal-Wahlgesetzes angenommen hatte, an der jedoch der Landesthing so große Aenderungen vornahm, daß das neue Gesetz eine Verschlechterung des jetzt bestehenden würde. Dieser verschlechterte Antrag war nun im Folkething zur Beratung. Jetzt stellte sich auch hier die „Rechte" auf den Standpunkt des Landesthing. Es hätte keinen Zweck, die die Minoritäten erhaltende Verhältniswahl bei Herabsetzung des Census auf 800 Kronen anzunehmen, denn als Minoritäten könnten sie doch nichts ausrichten, und sie hofften darauf, daß bald das gemeinsame Vorgehen der Liberalen und Socialdemokraten in die Brüche gehen würde, und dann könnten sie wieder die Majorität erlangen. Aber Christensen von den Liberalen erklärte, daß das niemals geschehen werde, und unser Parteigenosse Hördum sagte, daß sie niemals einer Reform ohne Herabsetzung des Wahlcensus beistimmen würden. Der Antrag wird noch zweimal beraten, aber natürlich abgelehnt. —

Türkei.

Türkisches. Nach einer Meldung der Wiener „Politischen Korrespondenz" aus Konstantinopel ist Mukthar Pascha infolge seines bekannten auf Reformen drängenden Schreibens an den Sultan thatsächlich in Ungnade gefallen und sollte seines Postens als Oberkommissars der Hohen Pforte in Aegypten enthoben werden, was infolge des Eingreifens des Khedive Abbas bisher unterblieb. Durch die freimütige Sprache des Khedive sei jedoch die seit längerer Zeit bestehende Spannung zwischen ihm und dem Sultan noch vermehrt worden.

Nach Paris wird aus Konstantinopel gemeldet, Turkan-Pascha und Nouri-Bey, Delegierte der Haager Konferenz, seien amtlich nach Paris befohlen worden, um Mahmud Pascha aus patriotischen Gründen zu veranlassen, nach Konstantinopel zurückzukehren. —

Asien.

Die Pest auf den Philippinen. Ein Telegramm aus Manila berichtet, daß daselbst sechs Pesterkrankungen und vier Todesfälle konstatiert worden sind. In Numea sind achtzehn Pestfälle seit Weihnachten vorgekommen. Der Gouverneur ist überzeugt, daß die Seuche verschwinden werde, sobald Pestinjektionen in dem heimgesuchten Stadtviertel vorgenommen würden. —

Australien.

Perth, (West-Australien), 10. Januar. Infolge eines **Ausstandes der Eisenbahnangestellten** ist die Lage in dem Distrikt der Goldfelder ernst. Die Ausständigen bemächtigten sich der Lokomotive eines Zuges, der in Kalgoorlie zur Abfahrt bereit stand. Wenn der Ausstand fortdauert, wird sich Mangel an Nahrungsmitteln, Wasser und Heizmaterial einstellen und wahrscheinlich die Schließung der Minen die Folge sein. —

Die Hausarbeit in der Cigarrenindustrie.

Seit Jahren führen die organisierten Tabakarbeiter einen Kampf gegen die in der Tabak- resp. Cigarrenindustrie rapid sich ausbreitende Hausarbeit, deren ruinierende Wirkungen sich ebenso wohl auf wirtschaftlichem wie socialem und sanitärem Gebiet stark bemerkbar machen. Dieser Kampf konnte nicht ohne Eindruck auf die Unternehmerkreise der Tabakindustrie, selbst nicht auf die Regierung bleiben.

Ein Teil der Fabrikanten verspürt sehr unliebsam die Konkurrenz, die infolge der billigen Hausarbeiterlöhne möglich ist, und das ist für sie der Anlaß, Einschränkungen der Hausarbeit zu empfehlen. Nun giebt es freilich auch Unternehmer, die mit Rücksicht auf die die Arbeitergesundheit schädigenden Wirkungen zu ihrem Vorgehen gegen die Hausarbeit gelangen. Aber aus welchen Gründen auch Unternehmer jetzt Stellung gegen die Hausarbeit genommen haben mögen — alles, was sie zur Beseitigung der schädlichen Wirkung vorschlagen, wird, ja muß infofern wirkungslos bleiben, als sie das Uebel nicht an der Wurzel fassen wollen. Auch mangelt es an der nötigen Kenntnis von den Zuständen in der Hausindustrie.

Wohlweislich haben sich die Unternehmerorgane immer ausgeschwiegen über diese Zustände, sogar vertuscht haben sie diese, indem sie die Hausarbeit als eine wirtschaftliche Wohlthat für die Arbeiter bezeichneten. Das ist nur möglich, weil es an statistischem Nachweismaterial über die Ausbreitung und wirtschaftliche Bedeutung der Hausarbeit mangelt.

Deshalb haben die organisierten Tabakarbeiter stets dringend eine gründliche Untersuchung der Zustände in der Tabakindustrie von der Reichsregierung verlangt, ohne indes Entgegenkommen zu finden. Da befaßte sich endlich die Mindener Handelskammer mit der Sache und stellte in einigen westfälischen Bezirken Untersuchungen an, die zwar nicht umfassend waren, aber doch genug zu Tage förderten, um die Schäden der Hausarbeit in grellem Lichte erscheinen zu lassen. Die Folge war die bekannte Eingabe der Mindener Handelskammer an die Regierung, in der um eine gesetzliche Regelung der Hausarbeit ersucht wurde. Unterstützt wurde sie in anerkennenswerter Weise von einem Teil der Mindener Cigarrenfabrikanten.

Erst daraufhin schickte die Regierung einige ihrer Geheimräte in hausindustrielle Bezirke zu näherer Information. Genug des Elends mögen sie wohl da gesehen haben, aber es war ein sehr kurzer und diskreter Gelegenheitsbesuch, den sie einigen Hausarbeitern abstatteten. Gleichwohl kündigte Graf Posadowsky im Reichstage bundesrätliche Maßnahmen gegenüber der Hausindustrie an. Ziemlicher Mangel an Kenntnis der Cigarren-Hausindustrie wird sich bei diesen Maßnahmen zeigen. Es müßte eine gründliche Enquete, ausgeführt von der Reichs-Kommission für Arbeiterstatistik, veranstaltet werden.

Anläßlich dieser Vorgänge hat im Laufe des Jahres der „Verein für Socialpolitik" Untersuchungen anstellen lassen, deren Ergebnis jetzt in einer Schrift des Herrn E. Jaffé, Berlin, vorliegt: Hausindustrie und Fabrikbetrieb in der deutschen Cigarrenfabrikation. Diese Schrift ist ähnlichen Schriften jenes Vereins angereiht worden.

Der Verfasser giebt selbst zu, daß bei der Kürze der ihm zur Untersuchung zur Verfügung stehenden Zeit sowie infolge großen Mangels einer Litteratur über Anfänge und Entwicklung der Hausindustrie die Schrift „notgedrungen viel Skizzenhaftes und Unvollständiges" enthalte. Gleichwohl liefert auch sie einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur besseren Beurteilung der Cigarrenindustrie überhaupt, speciell aber der in ihr immer mehr um sich greifenden Hausarbeit.

Hier soll durch nur einige Angaben aus jener Schrift auf die Notwendigkeit gesetzlichen Einschreitens gegen die Hausarbeit hingewiesen werden.

Die Zahl der im Tabakgewerbe beschäftigten Personen stellt der Verfasser nach der Berufszählung von 1895 fest. Die Gesamtzahl betrug damals 153 080 Personen in den Hauptbetrieben, deren Zahl 19 357 betrug. Von den gewerbthätigen Personen waren 74 448 männliche und 78 632 weibliche. Wir bemerken, daß diese Zahlen für heute nicht mehr ausreichend sind, denn inzwischen hat sich die Tabakindustrie sehr entwickelt und allein in der Cigarettenfabrikation ist die Arbeiterzahl um Tausende gestiegen, da die Cigarettenfabrikation erstaunlich zunimmt.

Ergiebt sich schon hieraus eine Unsicherheit in Bezug auf die Gesamtzahl der im Tabakgewerbe beschäftigten Personen, so noch vielmehr hinsichtlich der Zahl der Hausarbeiter. Ueberwiegt beiläufig schon in obigen Zahlen die weibliche Arbeitskraft die männliche, so ist das in viel höherem Maße in der Hausindustrie der Fall, aber es fehlt eben hier an jedem sicheren Anhalt. Die Zahl der Hausarbeiter ist 1895 nach den Angaben der Hausindustriellen selbst festgestellt worden und betrug danach 23 958 Personen. Das ist offenbar ganz ungenügend, obschon 1895 eine Steigerung der Hausarbeiter auf obige Zahl von 15 086 im Jahre 1882 zu verzeichnen war. Es giebt eine nicht geringe Zahl von ländlichen Hausarbeitern, die die Cigarrenmacherei als Nebenarbeit betreiben — gerade die schädlichste Art der Hausarbeit, denn sie bietet Gelegenheit zur ärgsten Lohndrückerei und schmutzigsten Konkurrenz.

Vor allen Dingen macht sich also eine gründliche Untersuchung über den Umfang der Tabakindustrie nötig.

Von der Entwicklung der Hausindustrie sagt die Jaffésche Schrift ganz richtig, daß im Gegensatz zu anderen Gewerben die Hausarbeit eine neuere Erscheinung der Cigarrenfabrikation ist, die anfänglich nur in geschlossenen Fabrikbetrieben vor sich ging. Ueber die Ursache dieser Erscheinung bringt die Schrift verschiedene Angaben, aber sicher ist, daß der Hauptantrieb zu dieser Fabrikationsweise die billigere Herstellung der Waren stets gewesen ist. Die billigeren Arbeitskräfte auf dem Lande sind ein Lockmittel für den Fabrikanten, diese zu beschäftigen. Und da die Cigarrenmacherei keiner besonderen Hilfsmittel, Werkzeuge usw. bedarf, so wird die Förderung dieser Betriebsweise sehr erleichtert. Die Cigarrenmacher liefern die fertige Ware und müssen obendrein billiger arbeiten, als in der Fabrik. Außerdem ergiebt sich eine Ersparnis für die Unternehmer an Lokalmiete, Feuerung, Heizung, Hilfspersonal usw. usw.

Seitdem vollends die bekannte Bundesrats-Verordnung Vorschriften über die Größe der Fabrikräume je nach Zahl der Beschäftigten macht und andere sanitäre Einrichtungen bei der Fabrikation fordert, haben viele Fabrikanten es vorgezogen, nur Hausarbeit machen zu lassen. Andere dagegen, die an der Fabrikarbeit festhielten, verlegten die Fabriken auf das platte Land oder in kleine Städte, wo Häuser und Löhne billiger sind. So ist es gekommen, daß in manchen Städten, z. B. in Leipzig, jetzt kaum so viel Hunderte von Cigarrenarbeitern sind, wie früher Tausende.

Ueber den Umfang der Kinderarbeit kann die Jaffésche Schrift ebenfalls keine sichere Angabe machen, aber schon die in den Kreisen Minden, Lübbecke und Herford in Westfalen gewonnenen Resultate zeigen, wie tief das Uebel sitzt. Dort werden 5399 Kinder, 2992 Knaben und 2407 Mädchen beschäftigt. Auch diese Zahl ist aber noch nicht zuverlässig, die jüngsten Kinder werden in der Regel nicht als Abripper angegeben. Im Dorfe Ostscheid besuchten 61 Knaben und 89 Mädchen die Schule; davon allein waren 50 Knaben und 82 Mädchen zum Teil bis 6 Stunden pro Tag in der Cigarren-Hausindustrie beschäftigt. Die jüngste Klasse zählte 71 Schüler, von denen 53 arbeiteten. Herr Jaffé sagt dazu: Ein Kommentar ist hier wohl überflüssig. Und doch ist dies nicht das Schlimmste, denn es werden in der Hausindustrie eine Masse Kinder an die Arbeit gespannt, die die Schule noch gar nicht besuchen.

Nun die Wohnungsverhältnisse in der Hausarbeit. In der Wohnstube, wo gekocht wird und sich die Familie aufhält, wird in der Regel gearbeitet. Mit dem Koch- und Feuerungsdunst verbindet sich der Tabaksdunst der trocknenden Einlage, die über dem Ofen auf Rahmen getrocknet wird. Das giebt eine Temperatur, wie sie in der Hölle nicht schlimmer sein kann. Dazu kommt der Staub und die Unreinlichkeit, die nicht zu vermeiden ist, wo die Familie so

zusammengepfercht arbeitet. Kurz, mögen die Wohnungsverhältnisse an einigen Orten besser wie in anderen sein, die Jaffésche Schrift giebt zu, daß sie im allgemeinen ungünstig liegen.

Nur in Berlin — wo die Wohnungsverhältnisse infolge der hohen Mieten allerdings auch sehr ungenügende seien — sei die Lage der Heimarbeiter trotz des für Berliner Verhältnisse niedrigen Verdienstes im ganzen eine relativ nicht ungünstige. Was aber die „relativ nicht ungünstige Lage" schaffen soll, wird leider nicht gesagt. —

Unter speciellen Mißständen der Hausindustrie führt die Schrift noch an die Unreinlichkeit bei der Herstellung von Cigarren; die Gefahr, die durch die Arbeit Lungenschwindsüchtiger — die es unter den Cigarrenarbeitern besonders viele gebe — oder anderer Kranker entstehe, da die Möglichkeit der Kontrolle fehle; ferner „die unleugbare moralische Gefahr für den Arbeiter, der bei niedrigem Verdienst fortwährend der Versuchung ausgesetzt ist, sich an fremdem Eigentum zu vergreifen; sei es dadurch, daß er bei Herstellung der Cigarren den ihm vom Fabrikanten gelieferten Tabak durch minderwertigen ersetzt, sei es, daß er von den gefertigten Cigarren einige für sich zurückbehält."

Trotz all dieser Mißstände der Hausarbeit, die wir speciell kennen und die in der Schrift Jaffés „skizzenhaft" und „unvollständig", aber doch abscheuerregend zu lesen sind, findet er, daß die Cigarrenindustrie das große Verdienst habe, ärmeren Landstrichen mit zahlreicher Bevölkerung eine gewerbliche Beschäftigung neben der Landwirtschaft zu ermöglichen und Distrikten mit absterbender Hausindustrie die Möglichkeit geboten habe, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen.

Zu einem solchen Lobe können wir uns nicht aufschwingen, denn die Geschäftstüchtigkeit, für Arbeiten billige Löhne zu zahlen, ist wohl für den einzelnen Unternehmer ganz profitabel, volkswirtschaftlich aber durchaus verwerflich.

Es ist auch nicht richtig, wenn Herr Jaffé sagt, daß die Industrie nur in Gebieten mit billiger Arbeitskraft einen günstigen Boden für ihr Gedeihen finde. Gerade die billige Arbeitskraft in der Hausarbeit ermöglicht die Schmutzkonkurrenz, über die solidere Fabrikanten klagen und die der gesamten Industrie Schaden bereitet. Diese Jafféschen Ansichten sind wohl nur infolge unternehmerlicher Inspirationen entstanden und werden auch nur in Unternehmerkreisen Anklang finden.

Wenn wir nun zum Schluß die Vorschläge betrachten, die in der besprochenen Schrift zur gesetzlichen Regelung der Hausindustrie gemacht werden, geraten wir unwillkürlich auf den Gedanken, das „Skizzenhafte" und „Unvollständige" an der Darstellung sollte dem Verfasser erst recht die Notwendigkeit auferlegen, vorsichtig mit seinen Vorschlägen zu sein. Statt dessen bläst er voll ins Horn der Unternehmer, indem er schreibt:

„Ein Verbot der Hausarbeit wäre fürs erste nicht zu befürworten, da es zu tief in die Erwerbsverhältnisse einer großen Zahl von Familien eingreifen würde."

Es ist doch merkwürdig. Erst wird geschildert, wie peu à peu die Hausarbeit sich ausbreitet und die Verhältnisse der Arbeiter wie der gesamten Industrie verschlechtert, ferner wird die Gefahr hervorgehoben, daß der größte Teil der Industrie in die Hausindustrie übergehe, wenn nichts geschehe und dann mit einem Male ist die Hausarbeit eine Wohlthat für ärmere Distrikte, deshalb darf sie nicht beseitigt werden. Man sieht, der Verein für Socialpolitik versteht es vortrefflich, im Interesse der Unternehmer zu arbeiten.

Dem entspricht es auch, wenn in der Schrift Palliativmittel gegen die Hausarbeit verlangt werden, die das Uebel bestehen lassen: 1. Schaffung besserer gesundheitlicher Zustände; 2. Beschränkung (kein Verbot) der Kinderarbeit; 3. Verhinderung einer weiteren Ausdehnung der Hausindustrie. Und als Mittel, diesen Zweck zu erreichen, weiß die Schrift nur die Vorschläge der Mindener Handelskammer und des Deutschen Tabak-Vereins, der Unternehmerorganisation, anzuführen.

Die Mindener Handelskammer wünscht gesonderte Arbeitsräume von mindestens 2½ Meter Höhe, 10 Kubikmeter Luftraum für jede darin beschäftigte Person und Ventilationseinrichtung. Verbot des Tabaktrocknens über dem Ofen. Unterstellung der Hausindustrie unter die Gewerbe-Inspektion und polizeiliche Genehmigung zur Beschäftigung von Hausindustriellen. Verbot, Personen mit ansteckenden oder ekelhaften Krankheiten zu beschäftigen.

Der „Deutsche Tabakverein" will ein Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 10 Jahren, fremde Kinder sollen unter 13 resp. 14 Jahren überhaupt nicht beschäftigt werden dürfen. Schlafräume dürfen nicht als Arbeitsräume benutzt werden. Verbot des Tabaktrocknens über dem Ofen 2c.

Es ist nicht unsere Aufgabe, heute über diese Vorschläge zu diskutieren, die wir nicht für geeignet halten, die schwersten, die Volkswirtschaft schädigenden Mißstände der Hausarbeit zu beseitigen; die Beseitigung ist nur möglich durch das Verbot der Hausarbeit. Eine Uebergangszeit schlösse schädliche Wirkungen des Verbotes aus. Die organisierten Cigarrenarbeiter, deren Organisation einige anerkennende Worte in der Jafféschen Schrift findet, fordern darum nach wie vor das Verbot der Hausarbeit.

Herr Jaffé erhofft von den beschränkenden Vorschlägen, besonders der Forderung abgetrennter Arbeitsräume, daß dadurch die Arbeiter aus den größeren Städten wegen der hohen Wohnungsmiete auf das Land verdrängt werden. Und da eine vollständige Verlegung der Cigarrenindustrie in die ländlichen Bezirke doch nur als eine Frage von wenigen Jahren erscheine, so könne deshalb auch kein ausreichender Grund für ein Nichteingreifen gefunden werden.

Zunächst wird man abwarten müssen, ob, wann und wie die Regierung, die Maßnahmen ankündigte, eingreift.

Dann werden wir noch eingehend nachweisen, wie die Jafféschen Vorschläge schwächliche Palliative sind, die das Uebel fortwuchern lassen.

F. G.

Parlamentarisches.

Die Post in der Kommission.

Die Budgetkommission des Reichstages beriet Mittwoch den Etat der Post- und Telegraphenverwaltung. Der Referent **Möller**-Duisburg wies auf den Umstand hin, daß der Paketverkehr eigentlich immer noch Zuschuß erfordere. Die Ueberschüsse der Post rührten zumeist aus den günstigen Verträgen mit den Eisenbahnverwaltungen her. Staatssekretär **v. Podbielski** erklärte, daß auch ohne die Vergünstigung der Eisenbahnen die Postverwaltung noch Ueberschuß bringe. Die Berechnung des preußischen Finanzministers, der die Leistungen der Eisenbahnen auf 23 Millionen veranschlage, sei zu hoch. Die Anforderungen an die Post seien zu groß, sie sei überlastet, die Eisenbahnbeförderung sei heute schon sehr schwierig, so daß auf Abhilfsmittel gesonnen werde, wobei jedoch fiskalische Gesichtspunkte ausgeschlossen seien. Auch der Telegrammverkehr decke heute nicht die Kosten. Abg. **Müller**-Sagan (frs. Vp.) hebt die kulturelle Bedeutung des 5 Kilo-Paketverkehrs hervor. Auf dessen Anfrage teilt Staatssekretär **v. Podbielski** mit, daß Postmarken mit höheren Werten bis 5 M. besonders auf Wunsch der Kaufleute angefertigt worden seien. Diese Marken seien vornehmlich zur Frankierung größerer Postsendungen nach dem Auslande bestimmt. **Jahrhundert-Postkarten** seien 1½ Millionen Stück ausgegeben worden. Abg. **Singer** tadelt die Ausgabe der Jahrhundert-Postkarten, weil diese den Händlern mit Neujahrskarten eine erhebliche Konkurrenz machten. Er fragt ferner an, ob es richtig sei, daß die Einführung von **„D-Briefen"** geplant sei. Er würde das bedauern als eine Verteuerung des Briefportos. Am 5-Kilo-Paket dürfe nicht gerüttelt werden. Redner beklagt sodann, daß Berlin seitens der Postverwaltung gewissermaßen als Stiefkind behandelt werde. Die Stadtpostbriefe würden jetzt erheblich später bestellt als früher. Staatssekretär **v. Podbielski** erwidert, daß die Einführung der D-Briefe zwar von ihm angeregt sei, doch sei das vorläufig nur eine Idee, welche wohl nicht zur Ausführung kommen werde. Die Klagen Singers in Bezug auf Berlin seien unbegründet. Die Zahl der Briefkasten sei in letzter Zeit bedeutend vermehrt worden. Dr. **Lingens** (C.) befürwortet Erweiterung der Sonntagsruhe der Beamten. Abg. Prinz **Arenberg** (C.) regt angesichts der Ueberlastung der Eisenbahnen die Einführung eigener Postzüge an. Staatssekretär **v. Podbielski** bemerkt, daß die Sonntagsruhe für Beamte im letzten Jahre wiederum wesentlich erweitert worden sei. Eigene Postzüge würden, namentlich bei Tage, eine Verlangsamung der Bestellung zur Folge haben. Er sei unabläßig bemüht, der Allgemeinheit zu dienen, ohne fiskalische Nebengedanken. Das beweise u. a. auch die große Zunahme der Zahl der Auslandspakete infolge Verbilligung des Portos.

Die Einnahmen werden darauf nach den Ansätzen der Regierungsvorlage bewilligt, außer den Einnahmen aus dem Checkverkehr, die bei dem für diesen aufgestellten besonderen Etat erörtert werden sollen.

Bei den Ausgaben — Tit. 1: Staatssekretär 30 000 M. — bringt Abg. **v. Jazdzewski** (Pole) die **Versetzung polnischer Postassistenten** zur Sprache und fragt, ob diese Beamten principiell nur in anderen als den polnischen Provinzen angestellt werden sollen. Staatssekretär **v. Podbielski**: Eine derartige principielle Verfügung bestehe nicht. Die Versetzung erfolge auf Anregung der Oberpostdirektionen. Er sei gegen jedes parteipolitische Auftreten der Beamten. In den polnischen Landesteilen seien aber thatsächlich Postunterbeamte zur polnischen Agitation benutzt worden. Das könne die Verwaltung nicht dulden. Auf Anfrage des Abg. **Bebel** erklärt der Staatssekretär, daß demnächst Eilbriefe in Berlin zugelassen werden sollen. Die Abgg. **v. Jazdzewski, Singer** und **Eickhoff** (frs. Vp.) führen Beschwerde über Fälle von Wahlbeeinflussungen der Unterbeamten durch ihre Vorgesetzten. Abg. **Bassermann** (natl.) bringt die Angelegenheit zur Sprache, daß gegenüber den Gehaltsansprüchen ehemaliger Militäranwärter die Postverwaltung sich auf Verjährung berufen habe. Trotz der Resolution des Reichstages sträube sich die Postverwaltung auch jetzt gegen die Auszahlung. Staatssekretär **v. Podbielski**: Er bedaure, daß es noch zu keiner Verständigung gekommen sei. Aber das Erkenntnis des Kammergerichts halte die Verwaltung für irrtümlich, es müsse daher die Entscheidung des Reichsgerichts abgewartet werden. Der Einwand der Verjährung solle jedoch nicht erhoben werden. Diese Erklärung habe er im Einverständnis mit dem Reichskanzler abgegeben. Geh. Rat **Neumann** fügt noch hinzu, daß auch bisher von dem Einwand der Verjährung seitens der Verwaltung nur in solchen Fällen Gebrauch gemacht worden sei, in denen ein Privatmann im honetten Verkehr die Verjährung geltend mache.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird darauf bewilligt. — Die weitere Beratung wird vertagt. Donnerstag fällt die Sitzung der Budgetkommission mit Rücksicht auf die wichtige Verhandlung des Abgeordnetenhauses (Interpellation wegen Maßregelung politischer Beamten) aus.

Dem Herrenhause ist die übliche Uebersicht der von der Regierung gefaßten Entschließungen auf Beschlüsse des Hauses aus der letzten Session zugegangen. Von Interesse ist daraus nur der Beschluß der Regierung in Bezug auf den Antrag v. Below-Saleske und Genossen, betr. das Verbot des Besuchs von Schankstätten für die schulentlassene männliche und weibliche Jugend bis zum Alter von 17 Jahren und betr. die Unterstützung von Einrichtungen seitens der Kommunalverbände, welche jungen Leuten die Möglichkeit bieten, an Sonn- und Festtagen in angemessener Weise eine erfrischende und veredelnde Unterhaltung zu erlangen. Die Regierung antwortet darauf, daß sie Erhebungen darüber angeordnet hat, welche Bestimmungen nach der fraglichen Richtung hin bereits bestehen und in welchem Sinne und Umfange solche zweckmäßigerweise noch zu erlassen sein würden.

Partei-Nachrichten.

Bei der Wahl der Schulvorsteher in Limmer bei Hannover wurden die beiden Kandidaten der socialdemokratischen Arbeiter mit 208 gegen 75 Stimmen wiedergewählt.

Oestreichische Parteipresse. Infolge Aufhebung des Zeitungsstempels erscheinen von Neujahr als Wochenorgane: „Volkstribüne" (Wien), „Volksfreund" (Brünn), „Vorwärts" (Tachau), „Nordwestböhmische Volkszeitung" (Saaz), „Gleichheit" (Neunkirchen), „Wahrheit" (Brüx), „Nordböhmische Volksstimme" (Warnsdorf), „Volksrecht" (Mährisch-Schönberg), „Volkswille" (Falkenau an der Eger), „Wahrheit" (Linz), „Volkszeitung" (Innsbruck).

Zweimal wöchentlich erscheinen: „Der Freigeist" (Reichenberg) und „Freiheit" (Teplitz).

In der czechoslavischen Parteipresse sind folgende Veränderungen eingetreten: Dreimal wöchentlich erscheinen „Delnicks Listy" (Wien). Zweimal wöchentlich: „Svoboda" (Kladno), „Rovnost" (Brünn). Einmal wöchentlich: „Jiborecsky Delnik" (Budweis), Severocesky Delnik" (Teplitz), „Nova Doba" (Pilsen), „Duch Casu" (Witkowitz), „Jar" (Prag), „Cervonky" (Brünn).

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Die „Oberfränkische Volkszeitung"** wurde am Sonnabend konfisciert, weil in einer Notiz über Ordensverleihungen eine Beleidigung des Prinzregenten enthalten sein soll.

— **Der verantwortliche Redacteur des „Volksblattes für Anhalt"**, Genosse Herm. Günther, wurde von der Strafkammer in Dessau als Berufungsinstanz zu 100 M. Geldstrafe verurteilt wegen Beleidigung der Polizeiverwaltung in Köthen. In der ersten Instanz war auf 200 M. erkannt worden.

Aus der Frauenbewegung.

Ein Kongreß belgischer Arbeiterinnen ist für den 28. Januar nach Brüssel einberufen. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Bericht über den letzten Kongreß; die Organisation der Arbeiterinnen in Belgien; die Thätigkeit der socialistischen Deputierten zu Gunsten der Forderungen der Frauen; die Frage des „Suchens nach der Vaterschaft"; der Socialismus und die Frau.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ueber die Lohnbewegung der Bauanschläger verhandelte am 9. d. M. eine stark besuchte außerordentliche Generalversammlung der Schlosser-Innung und des Verbandes der Berliner Schlossereien und verwandter Gewerbe. Es wurde einstimmig beschlossen, die Meisterkommission zu beauftragen, die Verhandlungen mit der Lohnkommission der Bauanschläger weiterzuführen. Man möge versuchen, die Differenzen zu beseitigen und die Angelegenheit zu einem gedeihlichen Ende zu führen. Auch beschloß die Versammlung, das Resultat der Verhandlungen für die Mitglieder als zu Recht bestehend anzuerkennen. Die Versammlung erwartet, daß die Lohnkommission der Bauanschläger die gleichen Rechte erhält. Alle geleisteten Unterschriften von Mitgliedern der Innung und des Verbandes sind zurückzuziehen, und ist dem Obermeister hiervon Kenntnis zu geben.

Friedrichshagen. Wir geben unsern Kollegen hiermit bekannt, daß in der Werkstatt von Fechner der Tarif anerkannt ist.

Der Holzarbeiter-Verband.

Deutsches Reich.

Streikvergehen. Der Streik der Lederarbeiter in Wilster hat mehrere Prozesse zur Folge gehabt, die zum Teil recht hohe Strafen gegen die Angeklagten in Anwendung brachten. Dem Gerbereiarbeiter Winkler wurde zum Vorwurf gemacht, daß er den Arbeitswilligen Harder hinterlistig überfallen hat. Harder erklärte unter Eid, daß der Thäter einen dunklen Anzug getragen habe, er habe in dem Thäter den Angeklagten erkannt. Dagegen bekundeten vier andere Zeugen, daß der Angeklagte um diese Zeit einen hellen Anzug getragen und bei den Schneiderschen Eheleuten sich aufgehalten habe. Der Staatsanwalt beantragte wegen mangelnder Beweise kostenlose Freisprechung. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis und Tragung der Kosten, weil den Aussagen des Zeugen Harder voller Glauben zu schenken sei.

Eine andere Anklage richtete sich gegen den Arbeiter Jens, der, nachdem er von einigen Arbeitswilligen gereizt worden war, einem ihm entgegenstehenden Arbeiter eine schwere Verletzung beibrachte. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis.

Der Weißgerber Arno Köhler soll den Arbeitswilligen Ehlers „belästigt und beleidigt" haben. Die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung" veröffentlichte vor längerer Zeit einen Brief des Ehlers an den Angeklagten, worin E. ausdrücklich eingesteht, gegen K. aus „Rache" einen Strafantrag gestellt zu haben, welchen er retournehmen werde, wenn die Streikkasse ihm 10 Mark Reisegeld nach Hamburg gewähre. Trotzdem dieser Brief zu den Akten des Gerichts liegt, wird K. auf das eidliche Zeugnis des Ehepaares E. zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Wegen Streikpostenstehens sprach das Schöffengericht fünf Angeklagte frei.

Der Streik der Textilarbeiter bei der Firma Läderich u. Ko. in Mülhausen i. E. droht infolge des frivolen Verhaltens der vom Ausstand betroffenen Fabrikanten weiter um sich zu greifen. Die Herren lassen in der ihnen ergebenen Presse bekannt machen, daß ein Streik bei ihnen gar nicht existiere, wahrscheinlich um dadurch diejenigen, welche Unterstützungen für die Ausständigen zeichnen wollen, kopfscheu zu machen. Anderseits ließ die Firma dieser Tage in allen Arbeitsräumen eine Verfügung anschlagen, der zufolge allen Arbeitern und Arbeiterinnen auf den 15. d. M. gekündigt wird. Selbst ein Teil der bürgerlichen Presse warnt die Mülhauser Industriemagnaten vor einer derart herausfordernden Behandlung ihrer Arbeiter und den schwerwiegenden Folgen eines großen Ausstandes. Die Textilfabriken haben z. Z. vollauf zu thun und würden von einem solchen aufs empfindlichste getroffen werden.

Ausland.

Der Bergarbeiterausstand in Mährisch-Ostrau. Die Ausstands-Bewegung nimmt an Umfang zu. Am Karolinen- und Salomon-Schacht ruht die Arbeit vollständig, auf drei anderen Schächten wurde die Arbeit nachträglich eingestellt, die Arbeitseinstellung dürfte eine allgemeine werden. Die Forderung auf allen Schächten ist die Achtstundenschicht. Die österreichische Gewerkschaftskommission hat die Genossen Dr. Karpeles und Korinek nach dem Ausstandsgebiet entsendet.

Ein späteres Telegramm meldet:

Die Lage hat sich gebessert. Es dürfte noch heute eine Verständigung zwischen den Arbeitgebern und den Ausständigen erzielt werden.

Versammlungen.

Wilmersdorf. Der socialdemokratische Verein hielt am 3. Januar in Wittes Volksgarten seine Generalversammlung ab. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom 3. Quartal, der in Einnahme 104,05 M. und in Ausgabe 58,93 M. aufwies. Sodann wurde Schöbel zum Revisor gewählt. Bei Besprechung örtlicher Angelegenheiten wurde von mehreren Rednern Klage geführt, daß ein Ort von gegen 27 000 Einwohnern nicht ein eigenes Krankenhaus habe. Die im Kreise befindlichen Krankenhäuser kämen der Entfernung wegen für Wilmersdorf nicht in Betracht.

Schöneberg. Eine gut besuchte Versammlung der „Bau- und gewerbl. Hilfsarbeiter" fand am Sonntagnachmittag im Lokale bei Obst, Grunewaldstr. 110, statt. Genosse Schubert sprach über „Die Arbeiter im Klassenkampf". Nach einer kurzen Diskussion nahm man Stellung zu den bevorstehenden Gewerbegerichts-Wahlen. Als Kandidaten wurden Lange und Strauff gewählt. Auf Anregung des Genossen Dähne wurden als Beitrag zu den Agitationskosten 15 M. bewilligt.

Vom Kriegsschauplatz

liegen heute nur sehr spärlich Nachrichten vor. Insbesondere von dem Stande der Dinge in und vor Ladysmith hört man gar nichts aus London. Ein günstiges Zeichen ist das nicht.

Aus Brüssel verlautet dagegen, in den Kreisen der Transvaal-Gesandtschaft werde dem Mißerfolg des Boerenangriffs auf Ladysmith keine übertriebene Bedeutung beigelegt. General Joubert bereite schon einen neuen, noch kräftigeren Angriff vor, da seine Taktik dahingeht, das kleine Besatzungsheer des Generals White durch fortgesetzte Angriffe zu ermüden und zu dezimieren.

Ueber London wird vom Kriegsschauplatz aus Molteno berichtet: Von Sterkstroom aus wurde in der letzten Nacht ein größerer Erkundungszug unternommen, welcher ergab, daß die Boeren Stormberg mit beträchtlichen Streitkräften besetzt halten. Gleichzeitig wurden beträchtliche Vorräte mit Erfolg von Molteno fortgeschafft.

Also ein Rückzug!

Zur Afrikander-Bewegung.

Nach einer Meldung aus Kapstadt sind die dortigen amtlichen Kreise in großer Besorgnis vor einem revolutionären Anschlag. Die Wachen an dem Regierungspalast werden jede Nacht verdreifacht, sämtliche Truppen sind zusammengezogen, die Straßen durchziehen Patrouillen. Die Freiwilligen sind unter die Waffen gerufen und haben Befehl erhalten, sich zu konzentrieren. Auch im Hinblick auf diese gefährliche Bewegung haben die Engländer allen Grund, das Eintreffen der neuen Truppenverstärkungen herbeizuwünschen.

Letzte Meldungen.

London, 10. Januar. Die Abendblätter veröffentlichen die sensationelle Meldung, das Kriegsamt werde Maßregeln von außerordentlicher Wichtigkeit treffen. Sämtliche Miliztruppen, sämtliche Freiwilligen und sämtliche Specialcorps werden einberufen. Die gesamten Streitkräfte des Königsreichs werden mobilisiert. 50 000 Mann sollen nach Südafrika entsendet werden und gleichzeitig genügend Truppen vorhanden bleiben, um einer etwaigen europäischen Verwickelung Widerstand leisten zu können, die durch die Besitznahme der Delagoabai, welche die englische Regierung als notwendig betrachten wird, entstehen könnten.

Manchester, 10. Januar. Lord Balfour hielt heute abermals eine Rede, in welcher er die Regierung gegen den Vorwurf verteidigte, sie habe in Bezug auf die Kriegsvorbereitungen nicht ihre volle Pflicht gethan. Die Aufgaben, die dem Kriegsamt gestellt seien, wären besonders schwierige.

Kapstadt, 10. Januar. Lord Roberts und Lord Kitchener sind heute abend hier eingetroffen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

London, 10. Januar. (W. H.) Infolge der Verteuerung der Lebensmittel und der Kohlen in Südaustralien stehen die **Goldminen** in verschiedenen Distrikten seit gestern **vollständig still.** Man befürchtet **Ausschreitungen** seitens der Goldgräber, falls die Krise andauert.

Athen, 10. Januar. (W. H.) Die griechische Regierung lehnte das Ansuchen der Pforte, betreffend die **Auslieferung** der nach Griechenland geflüchteten Jungtürken, ab.

Rangun, 10. Jan. (W. T. B.) Der Häuptling von Soumu, einem der kleinen Schanstaaten zwischen China und dem Salwinfluße, schoß auf einen eingeborenen britischen Anführer und sieben Polizeisoldaten und droht jetzt, die Reserve-Eskorte der britischen Grenzkommission anzugreifen. Es sind Verstärkungen abgesandt worden. Die Angelegenheit betrifft einen lokalen Grenzstreit.

Verantwortlicher Redacteur: **Paul John** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin. **Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.**

Nr. 8. 17. Jahrgang. **1. Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Donnerstag, 11. Januar 1900.

Reichstag.

121. Sitzung vom 10. Januar 1900, 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

Zunächst wird ein schleuniger Antrag Dr. Rintelen und Genossen (C.), betreffend Aufhebung eines gegen den Abg. Frank (C.) schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats. Die Beratung beginnt mit dem Etat des Reichstags.

Bei Kapitel 2 Titel 1 regt

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (frs. Vp.) an, die Stenographen des Reichstags besser zu stellen, damit sie nicht auf Privatverdienst angewiesen seien.

Referent Vicepräsident **Schmidt** verspricht, diese Anregung in wohlwollende Erwägung zu ziehen.

Abg. **Rickert** (frs. Vg.) schließt sich dem Wunsche des Abgeordneten Dr. Müller an.

Der Titel wird genehmigt.

Bei Kapitel 7 wünscht

Abg. **Beckh**-Koburg (frs. Vp.), daß das Reichstagsgebäude nicht zu Festlichkeiten hergegeben werden möge, die mit dem Zweck des Reichstags in gar keiner Beziehung stehen.

Referent Vicepräsident **Schmidt** hält eine bloße Anregung nicht für zweckmäßig, sondern empfiehlt dem Abgeordneten Beckh, einen besonderen Antrag nach dieser Richtung zu stellen.

Das Kapitel wird genehmigt. Ebenso der Rest des Etats.

Es folgt der Etat des Reichsamt des Innern. Beim Titel Staatssekretär erklärt der

Abg. **Dr. Hitze** (C.):

Ich möchte an den Herrn Staatssekretär die Anfrage richten, wie weit die Erhebungen über die gewerbliche Beschäftigung von Kindern gediehen ist. Ein umfassender Bericht darüber ist uns noch nicht gegeben worden. Ferner möchte ich darauf hinweisen, daß die Kommission für Arbeiterstatistik mit ihren Aufgaben ziemlich fertig ist. Es fragt sich nun, welche Gebiete ihr weiter überwiesen werden sollen. Solche Gebiete giebt es eine ganze Reihe; ich erinnere nur an die Regelung der Verhältnisse kaufmännischer Gehilfen soweit sie nicht in offenen Läden thätig sind, der Gehilfen im Verkehrsgewerbe, der Gehilfen der Rechtsanwälte usw. Ebenso liegt auch das Material der Erhebungen über die Notwendigkeit des hygienischen Maximal-Arbeitstages in den einzelnen Gewerben noch nicht erschöpfend vor und würde der Kommission Anlaß zu genaueren Erhebungen geben. Es wäre jedenfalls wünschenswert, wenn die Kommission für Arbeiterstatistik nicht an Mangel an Arbeit zu Grunde ginge, sondern weiter gefördert würde.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**:

Auf Grund der im Jahre 1898 angestellten Erhebungen sind Vorschläge gemacht worden über die Beschäftigung von Kindern außerhalb der Fabriken in der Hausindustrie und fabrikähnlichen Anlagen. Diese Vorschläge werden jetzt einer weiteren Erörterung unterzogen werden, und ich hoffe, daß es zu einem positiven Resultat kommen wird. Was ferner die Kommission für Arbeiterstatistik betrifft, so liegen ihr noch vor die Erhebungen betreffend die Beschäftigung der Gehilfen im Gastwirtschaftsgewerbe, worüber der Bericht nächstens vorgelegt werden wird und ebenso sind noch anzustellen Erhebungen über die Beschäftigung der Arbeitskräfte in der Binnenschiffahrt. Ich zweifle nicht daran, daß die Kommission auch später ein dankbares Feld für ihre Thätigkeit finden wird.

Was den hygienischen Maximalarbeitstag betrifft, so sind bereits eine Reihe von Verordnungen in dieser Beziehung erlassen und ich denke, darin von Fall zu Fall weiter fortzufahren, das heißt einen Maximalarbeitstag in den Gewerben festzusetzen, wo die Beschäftigung mit besonderen Gefahren verbunden ist.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.):

Der Herr Staatssekretär hat in der Generaldiskussion mir gegenüber eine Reihe von Ausführungen gemacht, auf die ich erwidern muß. Da sich dies aber mehr auf die allgemeine Politik, für die der Herr Reichskanzler verantwortlich ist, beziehen, so behalte ich mir vor, bei dem Titel über das Gehalt des Herrn Reichskanzlers darauf zurückzukommen.

Abg. **Rösicke**-Dessau (wildlib.):

Ich möchte meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß auf Anregung des Herrn Staatssekretärs hier in Berlin der Anfang gemacht worden ist mit der Ausstellung von Wohlfahrtseinrichtungen für Arbeiter. Ich hoffe, daß diese Einrichtung recht viel benutzt werden wird. Der Herr Staatssekretär hat sich damit ein Denkmal gesetzt, wie er sich kein besseres setzen konnte, und ich hoffe, daß er sich auch weiter um ihre Fortentwicklung bemühen wird.

Abg. **Oertel**-Sachsen (k.):

Ich habe bereits im vorigen Jahr auf die großen Schädigungen durch die Bäckerei-Verordnung hingewiesen. Inzwischen hat im Frühjahr vorigen Jahres in Magdeburg der Centralverband der deutschen Bäcker-Innungen getagt und eine Resolution gefaßt, die in Gestalt einer Petition jetzt dem Reichstag vorliegt. Darin wird ausgeführt, daß nach wie vor das Bäckereigewerbe nicht in der Lage sei, diese Verordnung so durchzuführen, wie sie nach der Gesetzgebung durchgeführt werden müßte.

Leider hat der Abgeordnete Bebel, der Großvater der Bäckerei-Verordnung (Heiterkeit), einer Aufforderung, in Magdeburg zu erscheinen, nicht entsprochen. Es thut mir das um so mehr leid, als dort am ersten zu einer Verständigung Gelegenheit gewesen wäre. Die Bäckermeister treten für eine Mindestruhezeit von 8 Stunden ein oder aber von 10 Stunden, vorausgesetzt, daß dann 50 Ueberarbeitstage gestattet werden. Das klingt wenig. Man muß aber bedenken, daß innerhalb der Arbeitszeit längere Ruhepausen eintreten.

Aus den Berichten der Gewerbe-Aufsichtsbeamten ergiebt sich, daß die ganz großen Bäckereien mit der Verordnung, wenn auch schwierig, auskommen können, weil es ihnen möglich ist, Doppelschichten einzuführen, und daß auch die ganz kleinen Bäckereien, die keinen oder nur einen Gesellen beschäftigen, sich wohl oder übel damit abfinden. Aber gerade der Mittelstand kann nicht damit auskommen. Wenn es nun eine socialpolitische Aufgabe ist, für Betriebe, wo der Mittelstand erhalten werden kann, zu sorgen, so ist zu erwarten, daß die Regierung sich nun endlich entschließt, eine Aenderung der Bäckerei-Verordnung in Erwägung zu ziehen. Die dort festgestellte Zahl von 40 Ueberarbeitstagen genügt nicht. Es müßten mindestens 52 Wochentage für Ueberarbeit freigegeben werden. Die Bäckereiverordnung gehört durchaus zu den Verordnungen, die nahe an die Grenze treten, wo Vernunft zum Unsinn und Wohlthat zur Plage wird. (Bravo! rechts.)

Abg. **Möller**-Duisburg (natl.):

Ich schließe mich den Ausführungen des Abg. Rösicke über die Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt an, möchte aber, daß diese Ausstellung zu einem ständigen Museum ausgestaltet wird. Was die Kommission für Arbeiterstatistik betrifft, so sind wir für Errichtung eines ständigen Amtes für Arbeiterstatistik, in dem fortwährend über alles berichtet wird, was auf dem Gebiete der Arbeiterstatistik vorkommt. Im Anschluß an dieses Amt soll aber die Kommission für Arbeiterstatistik fortbestehen, vor allem zu dem Zweck der Aufnahme von Enqueten.

Abg. **Fischer** (Soc.):

Wir Socialdemokraten sind nicht in der angenehmen Lage, wie Herr Rösicke dem Reichsamt des Innern unsern Dank auszusprechen. Wir sind vielmehr gezwungen, zu klagen über den allgemeinen Bericht über die Thätigkeit der Gewerbe-Inspektoren. Sein Umfang ist allmählich von 722 Seiten auf jetzt nur 286 Seiten zurückgegangen. Der geringe Grad von socialpolitischer Einsicht, der in diesem Bericht zu Tage tritt, kann schließlich nicht Wunder nehmen, wenn man die Stellungnahme bedenkt, die der gegenwärtige Herr Staatssekretär den Streiks gegenüber einnimmt. Die Gewerkschaften sind nach ihm nichts anderes als Streikvereine und seine bisherigen Maßnahmen zeigen es deutlich, daß er wie Herr v. Puttkamer in jedem Streik die sociale Revolution sieht.

Da braucht man sich über die Stellungnahme der Direktoren und Räte im Reichsamt des Innern nicht zu wundern, die ja nur ein Amt und keine Meinung haben. Daraus erklärt es sich, daß aus den Berichten der Gewerbe-Inspektoren der einzelnen Länder gewissenhaft jedes Wort berichtet ist, das sich gegen die Arbeiterorganisationen richtet, ja sogar Aeußerungen der Inspektoren, die längst widerlegt sind. Auf der andern Seite muß man zugeben, daß einzelne Aeußerungen weggelassen sind, die in gar zu ungeschickter, einseitiger und voreingenommener Weise für die Unternehmer Partei nahmen. So sagt der Dresdener Gewerbe-Inspektor, daß die Entlassung eines Arbeiters wegen Unbrauchbarkeit häufig genügender Grund für die übrigen Arbeiter sei, sich mit ihm solidarisch zu erklären und die Arbeit niederzulegen, „ein Verhalten, das Den Uebermut der hier in Betracht kommenden Arbeiter kennzeichnet". Dieser letzte Satz ist in dem allgemeinen Bericht fortgefallen. (Ruf rechts: Na also!)

Gewiß, ich habe ja gesagt, daß einzelne Bemerkungen weggelassen sind, um nicht gar zu sehr den Eindruck der Gehässigkeit zu machen. Aber vielleicht sagt uns das Reichsamt des Innern, inwiefern diese Arbeiter unbrauchbar waren. Vielleicht machte sie nur ihre politische Ansicht für den Unternehmer unbrauchbar. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Da wird aber einfach die unbewiesene Behauptung des Unternehmers, daß der Arbeiter unbrauchbar war, in den Bericht übernommen.

Nun, nach den Thaten der sächsischen Polizei, der sächsischen Richter und der sächsischen Regierung sind wir ja daran gewöhnt, daß man als „sächsisch" alles bezeichnet, was man mit Rücksicht auf das Strafgesetzbuch nicht anders bezeichnen kann. Die „Kölnische Volkszeitung" hat im vorigen Jahre über die sächsische Fabrikinspektion das Urteil gefällt, daß von ihnen sogar die mecklenburdischen Berichte vorteilhaft abstechen durch ihre Unbefangenheit gegenüber den Arbeitern. Es heißt da: „Man gewinnt den Eindruck, daß im industriereichsten deutschen Bundesstaate die Gewerbe-Aufsichtsbeamten weit weniger von socialpolitischer Einsicht geleitet werden als in dem industrieärmsten. Dieser Kritik können wir uns durchaus anschließen. Uebrigens sind uns die Berichte so spät zugegangen, daß wir nicht mehr feststellen konnten, welche Aeußerungen in den Einzelberichten im allgemeinen Bericht fortgeblieben sind. Im vorigen Jahre waren wir in der Lage, eine ganze Reihe der markantesten Fälle in dieser Beziehung nachzuweisen, z. B. Aeußerungen, die bewiesen, daß die Berichte mit geradezu auffallender Milde über die Verfehlungen gegen die Gewerbe-Ordnung urteilten, und Aeußerungen über den vorteilhaften Einfluß, den die Arbeiterorganisationen in Bezug auf die Gestaltung der Arbeiterschutz-Bestimmungen ausüben. Wir müssen verlangen, daß künftig uns diese Berichte früher zugehen, damit wir eine Kontrolle ausüben können. Es zeugt von wenig Rücksichtnahme gegenüber dem Reichstag, daß uns die Berichte so spät zugehen, zumal sich die Regierung für ihre Beschlüsse stets Zeit genug läßt. Ich gebe zu, es können Gründe bestehen, die wir zur Zeit noch nicht kennen. So hat man gesagt, daß die Berichte so spät vorliegen, weil zum Zwecke der Begründung der Zuchthausvorlage eine ganz neue Sichtung des Materials hat vorgenommen werden müssen.

Weiter vermissen wir in dem Bericht jede einheitliche Stellungnahme der Reichsregierung zu den Fragen, die in den einzelnen Berichten ganz verschieden erortert werden. Man weiß nicht, ist es die gehässige Art und Weise der sächsischen und preußischen Gewerbe-Inspektoren oder die vorurteilslose und von großen socialpolitischen Gesichtspunkten getragene Stellungnahme der süddeutschen Inspektoren, die der Stellungnahme der Reichsregierung entspricht. Auch über die Frage z. B., welche Betriebe nun eigentlich der Gewerbe-Aufsicht unterstehen, spricht sich der Bericht nicht aus. Es ist aber durchaus notwendig, die ganze Gewerbegesetzgebung reichsgesetzlich zu regeln und den Gewerbe-Inspektoren eine selbständigere Stellung einzuräumen, als sie sie jetzt haben. Jetzt haben sie nichts anderes zu thun, als wie jeder Polizist, die gesetzlichen Bestimmungen zu überwachen und darüber Bericht zu erstatten. Das was die Gewerbe-Inspektoren bedeutungsvoll macht und ihnen allein Ansehen geben kann, die Unabhängigkeit von den jeweiligen Strömungen in der Regierung, das fehlt bei uns vollständig. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Man hat ihnen ja auch die Befugnis, selbständig Strafen für Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen festzusetzen, genommen. Dagegen mehren sich immer und immer wieder die Klagen, daß die Gerichte solche Uebertretungen der gesetzlichen Bestimmungen durch die Unternehmer ganz überaus milde beurteilen.

Von einer unparteiischen Stellungnahme gegenüber den Arbeitern und einer Anerkennung der Gleichberechtigung derselben mit den Unternehmern ist in den Berichten keine Rede, trotz der kaiserlichen Erlasse, die von „Gleichberechtigung der Arbeiter" und der „Schaffung gesetzlicher Kautelen" sprachen. Je nachdem der Wind oben umschlägt, ändert sich auch die Stellungnahme des Reichsamt des Innern. Ich habe mir eine Blütenlese von Aeußerungen zusammengestellt, die von völliger socialpolitischer Verständnislosigkeit zeugen. Nur ein paar der markantesten will ich anführen:

Der Kasseler Bericht spricht von den auswärtigen Ruhestörern. Nun ja „Ausländer, Fremde sind es ja meist, die unter uns gesät den Geist der Rebellion", wie Heine singt. — Ein anderer Bericht spricht von den „bezahlten Agitatoren", ohne daß natürlich — Leute wie Schweinburg erwähnt werden. Ein anderer wieder spricht vom „Ungehorsam der Arbeiter", von der fortwährenden Steigerung ihrer Lohnansprüche. Damit vergleiche man die Form, in der die Inspektoren von den Unternehmern sprechen. Sie müssen im allgemeinen konstatieren, daß die Zahl der Kontraktbrüche überall da zurückgegangen ist, wo starke Arbeiterorganisationen vorhanden sind. Nur dort treten Kontraktbrüche häufig auf, wo die Arbeitsbedingungen schlecht sind. Der Fabrikinspektor von Magdeburg aber spricht davon, daß „das Bewußtsein des Unrechts der Arbeiterklasse abhanden gekommen sei". Der Halberstädter Inspektor sieht die „Treulosigkeit" unter den Arbeitern wachsen.

Wie aber wird über die Arbeitgeber geurteilt? Der ostpreußische Bericht erklärt die Häufigkeit des Kontraktbruchs damit, daß die Arbeitgeber „in ihrer Notlage" bei der Annahme neuer Arbeitskräfte nicht besonders streng darauf achten, ob das alte Arbeitsverhältnis rechtmäßig gelöst ist." Hier also wird die Notlage als Entschuldigung angeführt, bei den Arbeitern aber spricht man vom Anwachsen der Treulosigkeit! (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Denselben Mangel an Objektivität finden wir in den Berichten, soweit sie sich auf die Stellung und das Recht zur Organisation beziehen. Wenn die Arbeiter vom Unternehmer zum Beispiel die Entlassung eines mißliebigen Poliers verlangen, so bezeichnet das der Inspektor Mindener Bezirks als „Zwang". Wenn dagegen die Arbeitgeber von den Arbeitern die Ausstellung eines Reverses verlangen, daß sie aus der Organisation ausgetreten sind, so wird nur von den „Forderungen" der Arbeitgeber gesprochen. Auch hier also einseitige und gehässigste Parteinahme zu Gunsten der Unternehmer: Entschuldigungsgründe, wenn Arbeitgeber in Frage kommen, heftigste Anklagen, wenn es sich um Arbeiter handelt! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Werden die Löhne reduziert, so sagt der elsaß-lothringische Fabrikinspektor, der Arbeitgeber habe es gethan, um durch die Herabsetzung der Accordsätze die Arbeiter „vom Blaumachen" zu kurieren! (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Auf derselben Höhe socialpolitischer Einsicht steht der schmalkaldische Inspektor, der hervorhebt, daß die Bergarbeiter seines Bezirks Gelegenheit zu reichem **Nebenverdienst** hätten, weil sie bei der dort herrschenden Baulust nach Beendigung ihrer Schicht als Bauarbeiter thätig sein könnten. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Das ist eine Auffassung, deren Mißbilligung ich selbst vom Regierungstisch erwarte. Man könnte diesem Fabrikinspektor nur raten, daß auch er zur Hebung seines Verdienstes nach Schluß der Bureaustunden als Maurer thätig ist. (Heiterkeit.) Bei solchem Tiefstand socialpolitischer Einsicht braucht sich dieser Fabrikinspektor nicht zu wundern, wenn die Arbeiter ihm kein Vertrauen entgegenbringen. Er ist unfähig zur Bekleidung eines solchen Amtes.

Ein anderer Fabrikinspektor spricht davon, daß in seinem Bezirk Wohlstand und Zufriedenheit trotz niedriger Löhne herrscht, und ein Posener Fabrikinspektor hebt hervor, daß die Industrie zur Zahlung besserer Löhne nicht kräftig sei. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn ein Gewerbe-Inspektor von Ostpreußen konstatiert — das wird die Herren Agrarier interessieren —, daß in seinem Bezirk Löhne von 15, 18 und 11 Pf. pro Stunde gezahlt würden. Auch über die Arbeiterausschüsse, dieses unglückliche Kind der Regierung, das nicht leben und nicht sterben kann, urteilen manche Fabrikinspektoren sehr merkwürdig. Einer Reihe von ihnen erscheinen diese Arbeiterausschüsse überflüssig, weil die Unternehmer an sich schon das Wohl der Arbeiter im Auge hätten. Einer spricht davon, daß die Arbeiterausschüsse überflüssig wären, weil sie sich viel mehr mit den Plänen des socialdemokratischen Zukunftsstaates als mit den direkten Angelegenheiten der Arbeiter beschäftigten. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Nun, alle diese Aeußerungen der Fabrikinspektoren sind erklärlich in einer Zeit, wo das Reichsamt des Innern seine Aufgabe darin erblickt, den Anregungen der Scharfmacher zu folgen und die Kämpfe der organisierten Arbeiter durch Zwangsgesetze unmöglich zu machen. Dabei konstatieren alle Berichte, daß dort, wo Lohnerhöhungen von Arbeitern durchgesetzt worden sind, dies allein zu danken sei ihrer gewerkschaftlichen Organisation.

Bei den Unternehmern aber sehen wir, daß in diesem Jahre, wo eine so günstige Konjunktur herrscht, die Zahl der Verfehlungen gegen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter sich bedeutend vermehrt hat. Wir brauchen nur einen Blick auf die Tabelle über Zuwiderhandlungen gegen die Gesetze über Nachtarbeit, Beschäftigung von Wöchnerinnen usw. zu werfen, um diese Zunahme zu konstatieren. Von einer Thätigkeit des Reichsamts des Innern gegen eine solche gewerbsmäßige Uebertretung seitens der Unternehmer sehen wir nichts. Wenn wir einen Blick werfen auf das Anwachsen der Frauen- und Kinderarbeit, so stellen wir fest, daß diese Zunahme sich nicht aus dem größeren Bedürfnis nach Arbeitskräften erklärt, sondern aus dem Wunsche, billige und willige Arbeitskräfte anzuwenden. Das geht aus den Berichten der Fabrikinspektoren hervor. Diese billigen und willigen Arbeitskräfte werden um 25 Proz. schlechter bezahlt, und ihre Vermehrung bedeutet für die Arbeiter ein Sinken des allgemeinen Lebensniveaus. Die Fabrikinspektoren sind darin einig, daß alle Bestrebungen zum Schutze der Frauen und Kinder illusorisch sind, so lange sie nicht auch Geltung haben für die Hausindustrie, so lange nicht die Familie unter der Kontrolle der Gewerbe-Aufsichtsbeamten steht. Gerade das Centrum müßte sich fragen, ob gegenüber diesen ständigen Klagen über die Wirkungslosigkeit der Bestimmungen zum Schutze der Frauen und Kinder sein Grundsatz nicht aufzugeben ist, daß vor der Familie der Fabrikinspektor Halt zu machen hat. Gerade in der Hausindustrie finden wir die größte Ausbeutung, die längste Arbeitszeit. Und wann soll die Gewerbe-Inspektion auf die Hausindustrie ausgedehnt werden, wenn nicht jetzt, wo die größte Blüte herrscht? Soll die Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung erst später erfolgen, dann wird man uns wieder mit dem Einwande kommen, daß die Lage der Industrie eine weitere Belastung der Unternehmer mit Rücksicht auf die Konkurrenz des Auslandes nicht zulasse. Das Wort, das Gladstone in einer Budgetrede gebraucht hat: „Diese berauschende Vermehrung von Reichtum und Macht ist ausschließlich beschränkt auf die besitzenden Klassen", gilt in vollstem Maße für die heutigen Zustände in Deutschland. Der beispiellose Aufschwung der Industrie macht sich für die Arbeiter bemerklich in der Erhöhung der Unfälle, in der Vermehrung der Verwendung ungeübter Arbeiter. Der Fabrikinspektor von Plauen in Sachsen teilt mit, daß ein Fabrikbesitzer, um seine eigene Verantwortung loszuwerden, einen 18jährigen Kommis zum Fabrikleiter bestimmt hat. 7416 Todesfälle und 84 110 Verwundungen auf dem Schlachtfelde der Industrie, (hört! hört! links), das ist der Anteil der Arbeiterklasse an dem Aufschwunge der Industrie. (Beifall links.) Daß die Lebenslage der Arbeiter sich nicht gebessert hat, beweisen die Berichte der Gewerbe-Inspektoren über die allgemeine Lage der Arbeiterklasse. Mit Ausnahme einiger Bezirke wie Magdeburg und Minden, wo eine Erhöhung der Löhne konstatiert wird, finden wir die Erklärung, daß die Löhne gleich geblieben seien, oder daß die Erhöhung der Lebensmittelpreise, die Wohnungsmieten usw. die Lohnerhöhung wettgemacht hätten. Aus Lothringen wird mitgeteilt, daß der Lohn der jugendlichen Arbeiter und Tagelöhner geringer geworden sei. Ein ähnlicher Bericht kommt aus der Textilindustrie im Kreise Frankfurt a. O. Das sind unbestreitbare Thatsachen und der glänzendste Beweis dafür, daß, wenn die Lebenslage der Arbeiter sich hier und da gehoben hat, dies nur möglich war auf dem Wege der Organisation der Arbeiter. Deshalb verlangen wir, daß im Reichsamt des Innern den Kämpfen der Arbeiter um Hebung ihrer Lebenshaltung mehr Objektivität entgegengebracht wird, und daß die Fabrikinspektoren veranlaßt werden, objektiv die socialen Verhältnisse zu betrachten. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf **v. Posadowsky**:

Wenn wir uns auch noch so sehr bemühen, objektiv zu sein, von Ihnen (zu den Socialdemokraten) werden wir immer den Vorwurf der Subjektivität zu hören bekommen. Es hat mich gefreut, dies neulich einmal in einem socialdemokratischen Blatt anerkannt gefunden zu haben. Verpflichtet sind wir übrigens nicht zu diesen Zusammenstellungen. Ich habe persönlich den Wunsch, daß die Beamten die Thatsachen möglichst genau und objektiv feststellen. Dies objektive Anführen von reinen Thatsachen erscheint mir viel wichtiger, wie lange socialpolitische Raisonnements. Meine Beamten haben den strikten Auftrag, streng objektiv sine ira et studio zu berichten. Die Berichte sind später erschienen, weil erst im August sämtliche Berichte zusammen eingereicht waren. Wir hatten also nur vom August bis zum Dezember Zeit und in dieser kurzen Zeit war eine sehr mühsame Arbeit zu bewältigen. Nachdem jetzt an der Zusammenstellung der Berichte wieder so harte Kritik geübt worden ist, werde ich es mir sehr ernstlich überlegen, ob es nicht besser ist, im nächsten Jahre alle die einzelnen Berichte von Reichswegen drucken zu lassen und den Mitgliedern des Hauses zugänglich zu machen. (Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Es genügte dann ein alphabetisch geordneter Index, der jedem, der nachschlagen will, das Gewünschte sofort anzeigt. (Zustimmung bei

den Socialdemokraten.) Der Vorredner hat die Kürze der Zusammenstellung beklagt, von anderer Seite ist sonst immer die Länge der Berichte getadelt worden, die es unmöglich mache, sich darin zurecht zu finden. Wie es viel leichter ist, eine lange Rede zu halten als eine kurze, so ist es auch viel leichter, einen langen Auszug zu machen als einen kurzen. In der Tabellenberechnung soll in Zukunft eine Besserung eintreten, das Zahlenmaterial soll übersichtlicher geordnet werden. Ich habe auf die Berichte der Gewerbe-Inspektoren keinen Einfluß. Wir müssen mit dem zufrieden sein, was sie berichten. Die Berichte von 1897 und 1898 enthalten die Bestrafungen der Arbeitgeber. Der Herr Vorredner hat das wohl übersehen. Ich bin für strenge Bestrafungen, wenn Unternehmer in gewinnsüchtiger Absicht die Arbeiterschutz-Bestimmungen übertreten. Ich habe die Regierungen ersucht, da, wo milde Bestrafungen erfolgt sind, die Polizeianwälte wie die Staatsanwälte anzuweisen, in die zweite Instanz zu gehen. Was die vom Vorredner angeführten sächsischen Fälle anlangt, so sind sie mir von der sächsischen Regierung als thatsächlich bestätigt worden. Wegen des preußischen Falles habe ich bei dem Herrn Handelsminister angefragt. Dieser hat die Untersuchung eingeleitet und wird darüber demnächst ein kommissarischer Bericht erstattet werden. In dem Falle der Friedrichsgrube hat der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Die Sache schwebt also noch. Der Herr Vorredner hat dann die Frage der Lebenshaltung der Arbeiter berührt. Ich gebe zu, aus den Löhnen allein kann man nicht ersehen, ob sich die Lebenshaltung der Arbeiter auch wirklich gehoben hat. Erst aus der sorgfältigen Vergleichung von Einnahmen und Ausgaben ist ein sicherer Schluß darauf zu ziehen. Es wird auch auf die Höhe der Lebensmittelpreise ankommen. Aber mit gutem Gewissen kann man wohl heute schon sagen, daß sich in den letzten Jahren die Lebenshaltung der Arbeiter objektiv gebessert hat. Dafür ist ein Beweis der Abfluß der Arbeiter vom Lande nach den größeren Städten. Auf dem Lande haben die Arbeiter weder Wohnungs- noch Nahrungssorgen. Wenn sie trotzdem das Landleben geringer schätzen, wie die Arbeit in der Industrie, so beweist mir das, daß sie selbst die erhöhten Lebensansprüche in den Industrie-Orten gern in den Kauf nehmen. Dem Abg. Oertel erwidere ich, daß in den meisten kleinen Bäckereien die Arbeitszeit schon geringer war, als in der Bäckereiverordnung. Daß im übrigen die Bäckereiverordnung viel Mißstimmung hervorgerufen hat, weiß ich. Es schweben Verhandlungen, um diese Mißstimmung zu heben. Es sollen auch Schutzmaßregeln für das Publikum erwogen werden in Bezug auf die Reinlichkeitsfrage. Wir hoffen einen befriedigenden Auslauf der Angelegenheit. Es ist von einer zehnstündigen Minimalruhezeit die Rede gewesen. Das ließe sich schon hören. Erst müßte aber das Bäckereigewerbe sich darüber äußern. Wir hoffen bis zur nächsten Session zu einer befriedigenden Lösung zu kommen.

Abg. **Beckh**-Koburg (frs. Vp.)

regt die Regelung der Frage des Vogelschutzes an. In Anbetracht der internationalen Verhandlungen, die schweben, wolle er aber nur ein baldiges Zustandekommen einer internationalen Vereinbarung wünschen.

Abg. **Schrader** (frs. Vg.):

Wenn die Fabrikinspektoren günstig wirken sollen, muß ein besseres Verhältnis zwischen ihnen und den organisierten Arbeitern Platz greifen. Dazu muß die Regierung ihre Beamten mehr anhalten. Ich habe mich zum Worte gemeldet, um zu fragen, wie die Reichsregierung sich zu dem in einer Resolution ausgedrückten Wunsche des Reichstages zur Frage einer Reichs-Wohnungsreform stellt. Vielleicht giebt der Herr Staatssekretär darüber Auskunft. (Die Ausführungen des Redners, der vom Platze aus spricht, bleiben auf der Tribüne fast unverständlich.) Von der Kommission für Arbeiterstatistik ist ein reiches Material über die schlechten Wohnungsverhältnisse beigebracht worden.

Abg. Dr. **Müller** (Meiningen, frs. Vp.)

fragt an, wie weit die Verhandlungen gediehen sind über den internationalen Patent- und Diplomschutz. Die Frage hat Wichtigkeit für die Ausstellung in Paris, aber auch sonst. Z. B. Japan gegenüber ist Deutschland sehr schlecht gestellt. Auch in China ist der Schutz sehr problematisch. Er ist in Japan gleich Null, in China gleich Null-Null. (Große Heiterkeit.)

Redner richtet die Anfrage an die Regierung, wie es mit den Verordnungen auf Grund des § 5 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb — Qualitätsverschleierung — steht? Der „Reichs-Anzeiger" hat im August vorigen Jahres nur den Entwurf einer solchen Verfügung veröffentlicht, die nicht in allen Punkten glücklich ist. Alle Handelskammern haben sich übereinstimmend für den Erlaß einer solchen Verfügung ausgesprochen, um die Qualitätsverschleierungen zu verhüten. Dem unlauteren Konkurrenten muß energisch auf die Finger geklopft werden. (Bravo! links.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**:

Die Verhandlungen über den internationalen Vogelschutz nähern sich ihrem Abschluß. Die Ratifikation der Verträge wird erfolgen, sobald Oestreich seinen Beitritt erklärt hat. — Die Regelung der Wohnungsfrage ist sehr schwer, da sie tief in die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung einschneidet. Gegenwärtig schweben Verhandlungen mit der preußischen Regierung. Da ich die Stellung der verbündeten Regierungen zu der Frage noch nicht kenne, glaube ich nicht verpflichtet zu sein, meine persönliche Ansicht über diese Frage hier auszusprechen. — Demnächst soll eine Konferenz über den internationalen Patent- und Diplomschutz in Brüssel stattfinden. — Was die Verordnungen über die Verhütung der Qualitätsverschleierungen anlangt, so wären sie längst erlassen, wenn in den Kreisen der Interessenten wirklich jene Einmütigkeit herrschte, von der der Herr Vorredner gesprochen hat. Die Verhandlungen schweben noch. Nur eine Verordnung über den Garnverkauf ist abgeschlossen und liegt dem Bundesrat vor, der hoffentlich seine Zustimmung erteilen wird.

Abg. **Wurm** (Soc.):

Die Beschwerden, die wir seit Jahrzehnten über die Gewerbe-Inspektionsberichte vorgetragen haben, sind von dem Herrn Staatssekretär als richtig anerkannt worden und er hat Abhilfe versprochen. Er hat anerkannt, daß der Auszug aus den Fabrikinspektoren-Berichten, wie er gegenwärtig vorliegt, mangelhaft ist, er hat dafür zu sorgen versprochen, daß die ausführlichen Landesberichte mit einem Register versehen veröffentlicht werden, er hat mit anerkannt, daß der Grundsatz richtig ist, daß eine Einheitlichkeit in das Fabrikinspektoratswesen gebracht werden muß. Noch ist ja der Umfang der Gewerbe-Aufsicht in den Einzelstaaten verschieden geordnet. In Preußen gelten als gewerbliche Anlagen, die dieser Inspektion unterliegen, solche, die 5 Personen beschäftigen, in Sachsen ist die Beschäftigung von zehn, in Reuß ältere Linie von 20 Personen erforderlich. In Meiningen wird zum Teil die Hausindustrie, in Bayern das Handwerk in die Gewerbe-Inspektion einbezogen, während man in Preußen nicht daran denkt, das Handwerk hineinzubeziehen. — Und doch habe ich den Herrn Staatssekretär noch auf einige Punkte hinzuweisen, die der Verbesserung bedürftig sind. Die Verquickung der Dampfkesselrevision mit der Fabrikinspektion ist ja zum Teil gefallen. Die 11 000 landwirtschaftlichen Kessel sind der Fabrikinspektion entzogen und die 27 000 anderen Dampfkesselanlagen sollen ihr durch eine Vorlage, die an das Abgeordnetenhaus gehen soll, entzogen werden. Nach wie vor aber gelangen nur ein Drittel sämtlicher Betriebe zur Revision. Allerdings ist es richtig, daß in diesen Betrieben 87 Proz. aller Arbeiter beschäftigt sind.

In den übrigen 2/3 aller Betriebe werden allerdings nur 13 Proz. aller Arbeiter beschäftigt, aber es handelt sich doch grade hier um die Kleinbetriebe, die in allererster Linie der Aufsicht bedürfen. Eine Vermehrung der Gewerbe-Aufsichtbeamten ist daher dringend geboten.

Die Reichsregierung trägt die Verantwortung für die gesamte Gewerbe-Aufsicht. Ich weise sie deshalb hin auf jenen Geheimerlaß des früheren preußischen Handelsministers Herrn von Berlepsch aus dem Jahre 1896, den ein socialdemokratisches Blatt jüngst publiziert hat. Es ist ein Geheimerlaß desselben Herrn von Berlepsch, der sich in neuerer Zeit beliebt als Socialreformer aufzuspielen. Dieser Erlaß vertritt die reaktionärste und rückläufigste Ansicht über die Arbeiterbewegung, die man sich nur denken kann. Er verbietet den Fabrikinspektoren mit den Organisationen der Arbeiter in Verbindung zu treten. Jahr für Jahr haben die Berichte der Fabrikinspektoren aus allen Bundesstaaten bewiesen, daß die Beamten gar nicht in der Lage sind, persönlich mit dem Arbeiter in Verbindung zu treten, der Mißstände aus seinem Betriebe mitzuteilen hat. Ein Arbeiter, der es wagt, in direkten Verkehr mit dem Fabrikinspektor zu treten, wird entlassen. Ja, es ist vorgekommen, daß Spitzel von den Unternehmern vor die Wohnung der Gewerbe-Aufsichtsbeamten gestellt worden sind, um zu beobachten, ob Arbeiter hingehen, um sich zu beschweren. Bei solchen Uebelständen sind die Arbeiter-Organisationen dazu gekommen, Beschwerde-Ausschüsse zu schaffen, die die Beschwerden von dem einzelnen Arbeiter entgegennehmen, sie untersuchen und dann den Beamten Mitteilung davon machen. Dadurch wird verhütet, daß der Name des Beschwerdeführers überhaupt bekannt wird, und das nur zu natürliche Mißtrauen des Arbeiters wird beseitigt, der, wenn er entlassen wird, leicht zu der Annahme neigt, seine Entlassung sei erfolgt, weil er sich bei dem Fabrikinspektor beschwert hat. Diese Thätigkeit der Arbeiter-Organisationen ist, sagen wir einmal staatserhaltend, denn derjenige, der die Gesetze zur Durchführung zu bringen sucht, wirkt staatserhaltend. Wir finden denn auch in den Berichten der Fabrikinspektoren aus Berlin, Frankfurt a. M. und Düsseldorf in den Jahren 1892 und 1893 zuerst Mitteilungen über einen solchen Verkehr der Aufsichtsbeamten mit den Arbeiter-Organisationen. Die konservative „Schlesische Zeitung" wies die Regierung darauf hin, daß dieser Verkehr gefährlich wäre, weil dadurch die Socialdemokratie amtlich legalisiert würde. Bald darauf verstummten denn auch die Herren Aufsichtsbeamten. (Sehr gut! links.) Wir finden in den preußischen Fabrikinspektions-Berichten keine Mitteilung mehr über einen solchen Verkehr. In Süddeutschland blieben dagegen die Fabrik-Aufsichtsbeamten ungeniert in Verbindung mit den Arbeiterorganisationen. Herr Dr. Wörishoffer ging in dieser Beziehung voran. Die Aufsichtsbeamten von Bayern und Hessen folgten ihm. Auch erklärten verschiedene Regierungen mitteldeutscher und süddeutscher Staaten auf socialdemokratische Interpellationen hin, sie seien zur Förderung dieses Verkehrs bereit. Eine solche Erklärung erfolgte überall dort, wo meine Parteigenossen in den Landtagen vertreten sind. Wo aber, wie in Preußen, die Arbeiterklassen von der Vertretung im Landtage ausgeschlossen sind, da herrscht ein Geist, der in dem Geheim-Erlaß vom 22. Januar 1896 seinen Ausdruck gefunden hat, nachdem vorher noch Herr Schweinburg auf die Gefahr eines solchen amtlichen Verkehrs hingewiesen hatte. — Redner verliest sodann den Erlaß des Hrn. v. Berlepsch, in dem es heißt, daß die socialdemokratischen Beschwerdekommissionen nicht im Interesse des Arbeiterschutzes und der Gewerbe-Aufsicht, sondern im Partei-Interesse handelten, um die Arbeiter zu verhetzen und in weiten Kreisen Mißstimmung zu erregen. Wo ist das jemals der Fall gewesen? Der beste Beweis des Gegenteils ist aus den Berichten der süddeutschen Fabrikinspektoren zu führen. Die süddeutschen Beamten sprechen sich überall günstig über diese Zwischenglieder aus. Der Fabrikinspektor braucht auch solche Bindeglieder. Denn nur der Arbeiter weiß genau Bescheid in der Fabrik und kann den durchmarschierenden Inspektor auf dies und das aufmerksam machen. Selbst Beamte, denen die Arbeiterorganisationen nicht sympathisch sind, müssen zugeben, daß die Mitteilungen von diesen Organisationen richtig sind. Man sieht also, wie einseitig das Urteil des Herrn v. Berlepsch in seinem Geheimerlaß war, und ich hoffe, die Regierung wird ihn nun umgehend dem Papierkorb überantworten. In Württemberg herrscht zwischen den Aufsichtsbeamten und den Organisationen der Arbeiter gutes Einvernehmen. Dort vereinigen sich die Vertrauensleute der Organisationen mit den Beamten zu gemeinsamen Beratungen. Was in Süddeutschland möglich ist, sollte auch in Preußen möglich sein. Oder hat man hier zu große Angst, daß ein paar Beamte mit Socialdemokraten in Berührung kommen könnten? Wir haben jedenfalls keine Furcht, mit den Beamten zusammenzukommen. (Heiterkeit.) In einzelnen Staaten sind schon weibliche Assistenten eingeführt, aber nur da, wo die Socialdemokratie in den Einzellandtagen vertreten ist. In Preußen, wo das nicht der Fall ist, hinkt man auch nach dieser Richtung hin nach.

Anerkennung will ich dem Staatssekretär dafür zollen, daß nun endlich das Museum für Unfallverhütung errichtet wird. Eine gute Anregung giebt der Hamsversche Fabrikinspektor. Er macht darauf aufmerksam, daß die Unfallverhütungs-Vorrichtungen oft wenig von den Arbeitern benutzt werden. Er macht aber dafür nicht die Arbeiter verantwortlich, sondern die ungeschickte Anbringung der Vorrichtungen, die den Arbeiter an der Arbeit hindert, so daß er lieber Leben und Gesundheit riskiert, als weniger verdient. Es wäre zu wünschen, daß ähnlich wie in Amerika die Maschinenfabriken angewiesen würden, diese Vorrichtungen gleich in die Maschinen hineinzukonstruieren, so daß sie den Arbeitern nicht hindern. — Noch ein Wort zu den gerichtlichen Bestrafungen von Unternehmern. Ich meine, die ganze Gewerbe-Inspektion wird durch die Milde dieser Urteile desavouiert. Die Urteile sind so milde, daß der Beamte, der die Anzeige macht, eigentlich immer blamiert ist. In manchen Urteilen wird dem Inspektor geradezu eine minderwertige Rolle zugewiesen, indem es heißt: Die Anzeige ist ja nur von dem Gewerbe-Inspektor erstattet worden oder ähnlich. Bei einer Maximalstrafe von 2000 M. werden Strafen von 3 und 5, wenn es hochkommt von 10 M. verhängt. In Breslau geschah es, daß ein Unternehmer und Betriebsleiter wegen Ueberbeschäftigung jugendlicher Arbeiter zu 10 und 15 M. verurteilt wurden. Im nächsten Jahre kamen dieselben Leute wegen desselben Vergehens vor Gericht und erhielten nun 10 und 25 M. Geldstrafe. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Der Arnsberger Beamte sagt auch ausdrücklich, die Gerichte ließen sich meist von einer dem Unternehmer sehr günstigen Auffassung leiten und nähmen die Vorschriften der Gewerbe-Ordnung nicht so ernst. Im Elsaß hatte ein Schöffengericht einmal eine Strafe von 500 M. ausgesprochen. Der Unternehmer legte Berufung ein und erhielt die Strafe auf 50 M. ermäßigt. Es handelte sich um einen Betrieb mit 450 Arbeitern. Ich frage Sie, was sind für einen solchen Fabrikherrn 50 M. Strafe? In solcher Milde liegt geradezu eine Gefahr für die Arbeiterwohlfahrt. Wir erheben deshalb hier öffentlich Anklage gegen diese milden Richter den Unternehmern gegenüber, gegen dieselben Richter, die gegen Arbeiter so harte Urteile fällen, daß in Arbeiterkreisen ein Aufschrei der Entrüstung ihnen folgt. In dem Fall der Friedrichsgrube sind direkt Bücher gefälscht worden, um die Arbeiter mehr ausbeuten zu können. Trotzdem sind nur Strafen von 100, 200 und 300 M. verhängt worden. Wie sollen unter solchen Umständen die Arbeiter Vertrauen zur socialen Gesetzgebung bekommen, die eigentlich nur auf dem Papiere steht. Sie können es mir glauben, nicht wir sind es, die Unzufriedenheit säen. (Lebhaftes Bravo bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf **v. Posadowsky**:

Ich habe vorhin schon anerkannt, daß die Strafen für Arbeitgeber oft zu milde sind. Vielleicht wäre es besser, wenn die Strafkammer in erster Instanz über solche Dinge abzuurteilen hätte, nicht die Schöffengerichte. Wo Listen gefälscht worden sind, erfolgt eine Bestrafung wegen Urkundenfälschung. Das wird wohl auch noch in dem Fall der Friedrichsgrube geschehen. Für die Anregung in Bezug auf die Anbringung der Unfallverhütungsvorschriften bin ich dem Vorredner dankbar. — Was den Berlepschschen Erlaß betrifft, so liegt die Sache doch anders. Anlaß zu dem Erlaß hat die Thatsache gegeben, daß eine Arbeiterorganisation einen Gewerbe-Aufsichtsbeamten vor ihre Schranken gefordert hatte. Der Beamte war unvorsichtigerweise dieser Aufforderung gefolgt und mußte sich nun dort über seine Dienstführung verantworten und Belehrungen über die Grenzen seiner Befugnis entgegennehmen. Daß in dieser Weise eine Organisation zwischen Staatsbeamte und Arbeiter, zu deren Schutz diese Beamten da sind, tritt, kann die Regierung nicht zugeben. Nun wurde von dem Herrn Vorredner behauptet, daß von den Unternehmern Spitzel besoldet werden, um herauszubekommen, welche Arbeiter sich bei den Beamten beschweren. Ich will nur darauf verweisen, daß gerade umgekehrt, der Berlepsch'sche Erlaß durch einen Spitzel der socialdemokratischen Presse bekannt geworden ist. (Oho! bei den Socialdemokraten.)

Die socialdemokratische Presse hat sich einen Spitzel bestellt, der bei einem Gewerbe-Aufsichtsbeamten als Schreiber beschäftigt war und sich in dessen Abwesenheit die Erlasse aus den Akten abschrieb. (Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Ich will ihnen den Namen dieses Mannes nicht nennen, das Blatt, dem er den Erlaß mitteilte, war die „Niederrh. Volkstribüne" und er hat offenbar Spitzeldienste geleistet. Uebrigens war dieser Mann 1874 wegen Beleidigung, 1876 wegen Diebstahls, Mißhandlung und Unterschlagung, 1880 wegen Betrugs und Diebstahls, 1882 wegen versuchter Erpressung bestraft. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten. Abg. Bebel: Und solche Leute stellen Sie an!) Gewiß hat der Gewerbe-Aufsichtsbeamte, der den Mann anstellte, ohne sich über sein Vorleben zu orientieren, sehr unvorsichtig gehandelt, aber wenn Sie behaupten, daß die Unternehmer Spitzel anstellen, so dürfen Sie sich doch nicht Erlasse auf solchem Wege verschaffen. Von einem solchen Manne sich Material zu verschaffen, muß jede politische Partei von der Hand weisen.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Rechnungssachen. Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß der Sitzung 5½ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

2 Sitzung vom 10. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. v. Miquel, Schönstedt.

Präs. **v. Kröcher** teilt mit, daß das Präsidium an der Neujahrscour teilgenommen, der Kaiser habe die dargebrachten Glückwünsche freundlichst entgegengenommen und erwidert. — Sodann erbittet und erhält der Präsident die Ermächtigung, dem Kaiser aus Anlaß der Geburt des neuen Prinzen die Glückwünsche des Hauses darzubringen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Präsidenten, der beiden Vicepräsidenten und der Schriftführer.

Abg. Stengel (frk.) beantragt, zur Abkürzung des Wahlgeschäfts die Wahl durch Zuruf zu vollziehen und zum Präsidenten den Abg. v. Köller (Große Heiterkeit) — den Abg. v. Kröcher (k.), zu Vicepräsidenten die Abgg. Frhr. v. Heereman (C.) und Dr. Krause (natl.) wiederzuwählen.

Ein Widerspruch gegen diesen Vorschlag wird nicht erhoben, demselben gemäß werden somit die Wahlen vollzogen. — Die Gewählten nehmen die Wahl mit Dank an.

Nachdem auch die Schriftführer aus der vorigen Session durch Zuruf wiedergewählt worden, erklärt Präsident **v. Kröcher**, er werde dem Könige Meldung von der Konstituierung des Hauses machen.

Sodann erhält das Wort zur Einbringung von Regierungs-Vorlagen:

Vicepräsident des Staatsministeriums, Finanzminister **v. Miquel**: Ich habe die Ehre, dem Landtage den Etat für 1900 mit seinen Anlagen vorzulegen. Derselbe paßt sich im wesentlichen den früheren Etats an und balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 2472 365 000 Mark. Er bietet im wesentlichen ein erfreuliches Bild, wenn auch damit gerechnet werden muß, daß Ueberschüsse aus der Betriebsverwaltung in der bisherigen Höhe sich wohl schwerlich ergeben dürften. Bevor ich indessen auf den neuen Etat eingehe, will ich Sie auf die Ergebnisse des Jahres 1898 hinweisen. Es ist bereits bekannt geworden, daß der Ueberschuß aus diesem Jahre sich auf 84 Millionen beziffert. Für das laufende Etatsjahr läßt sich das Ergebnis nur schätzen, da ja noch fast drei Monate vor uns liegen; wir dürfen aber annehmen, daß das Ergebnis ein gleich günstiges sein wird; es können einige Millionen mehr, es können auch einige Millionen weniger werden. Wir haben aber den Ueberschuß mit großer Vorsicht einstellen müssen, da speciell die Zunahme der Einnahmen aus der Eisenbahnverwaltung kaum in bisherigem Maße weiter steigen dürfte, und da andererseits vom Domänen-Etat ein weiterer Rückgang in den Einnahmen zu verzeichnen gewesen ist. — Redner geht nun speciell auf den Domänen-Etat ein, die von ihm angeführten Einzelheiten bleiben aber auf der Journalistentribüne im Zusammenhange unverständlich, zumal sich der Minister fast beständig nach der rechten Seite hinwendet. — In den Erträgen der Einkommensteuer und der Ergänzungssteuer hat sich in den beiden letzten Jahren eine Steigerung um 2 281 000 M. ergeben; das kapitalisiert, ergiebt einen Vermögenszuwachs für die Bevölkerung Preußens in Höhe von etwa 4½ Milliarde. Im Etat der indirekten Steuern finden Sie eine Mehrforderung in Höhe von 2 Millionen zur Beschaffung von Dienstwohnungen für die Zollbeamten an der Grenze, vor allem im Osten. Es soll dahin gestrebt werden, daß nach und nach möglichst alle Unterbeamten dieser Verwaltung in Dienstwohnungen untergebracht werden. Bei der Eisenbahnverwaltung stehen wir wieder vor einer erheblichen Steigerung des Extra-Ordinariums. Diese mahnt immer von neuem zu einer Verstärkung des Betriebsfonds der Staatsverwaltung. Unser bisheriges Bemühen, eine solche durchzusetzen, ist bekanntlich an dem Widerstande des Hauses gescheitert. Aber jedes größere Unternehmen muß so geleitet werden, daß nicht in den guten Jahren die ganzen Ueberschüsse verteilt werden, sondern daß man Vorsorge trifft für etwaige ungünstige Jahre. Viel mehr ist das noch beim Staate notwendig, da sich vielfach außerordentliche Ausgaben in dauernde Ausgaben umwandeln, für die dann keine Deckung vorhanden wäre. Auch bei der Eisenbahnverwaltung müssen wir, wie bei der Zoll- und Polizeiverwaltung bestrebt sein, Dienstwohnungen für die kleinen Beamten zu schaffen. In dem Etat der öffentlichen Schuld ist in den letzten Jahren eine günstige Entwicklung zu verzeichnen gewesen, aber wir müssen dahin streben, daß wir wirklich 1 Proz. mit den zuwachsenden Zinsen dauernd jährlich zu tilgen im stande sind. Wenn unsere Finanzen in der bisherigen vorsichtigen Behandlung bleiben, so ist auch zu hoffen, daß wir dahin gelangen. Ich glaube daher, wir können auch rücksichtlich der Entwicklung unserer Schuldverhältnisse in das neue Jahrhundert mit Vertrauen blicken. — Die Ausführungen des Ministers werden immer leiser und leiser, auch für die Abgeordneten scheinen dieselben schwer verständlich zu sein, denn die Mehrzahl derselben hat bereits den Saal verlassen; ein Teil der noch anwesenden drängt sich vor der Rednertribüne dicht zusammen, andere stehen in Gruppen im Saal umher und unterhalten sich. — Der Minister schließt: Am Schlusse eines Jahrhunderts dürfte es möglich sein, einen Rückblick auf den Anfang desselben zu werfen. Damals lag der Staat zertrümmert, die Provinzen und Städte waren ausgesogen. Jahrzehntelang waren die Provinzen und Städte, waren auch die Beamten verschuldet, und der Staat hatte lange, lange daran zu thun, um seine Finanzen zu reorganisieren. Aber es ist gelungen, die Verwaltung auf feste Grundlagen zu bringen und sie nach festen Grundsätzen fortzuführen. Den damaligen leitenden Männern ist Preußen zu großem Dank verpflichtet, aber auch ganz Deutschland, denn dem großen Werke der Einigung haben ja jene Männer vorgearbeitet. Zu weiterem Danke aber sind wir verpflichtet dem ersten großen Kanzler. (Beifall.) Wir wollen diesen Dank dadurch abtragen, daß wir die bewährten Grundsätze unserer Finanzpolitik mit in das neue Jahrhundert hinübernehmen. In dieser Hoffnung übergebe ich Ihnen den Etat zu einer gründlichen, aber wie ich hoffe, auch wohlwollenden Prüfung. (Beifall.)

Abg. **v. Eynern** (natl. — Zur Geschäftsordnung.): Der Finanzminister hat sich redlich bemüht, mit lauter Stimme zu sprechen, trotzdem ist es hier im Saale nur möglich gewesen, abgebrochene Worte zu verstehen. Die Akustik ist also genau so schlecht geblieben, wie sie vorher gewesen ist, und es scheint danach fast unmöglich, auf die Dauer in einem Saale mit so mangelhafter Akustik parlamentarische Verhandlungen zu führen. (Lebhafte Zustimmung links und im Centrum.)

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr (Interpellation Arendt und Genossen (kons.), betreffend die Maßregelung beamteter Abgeordneter nach ihrer Abstimmung gegen die Kanalvorlage).

Schluß 1 Uhr.

Marktpreise von Berlin am 9. Januar 1900

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*)Weizen	1 Ctr.	14,90	13,90	Schweinefleisch	1 kg	1,60	1,10
*)Roggen	„	14,40	13,60	Kalbfleisch	„	1,70	1,—
Futter-Gerste	„	13,80	13,—	Hammelfleisch	„	1,60	1,—
Hafer gut	„	15,20	14,40	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,30	13,60	Eier	60 Stück	6,—	3,—
„ gering	„	13,50	12,80	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
Richtstroh	„	4,32	3,82	Aale	„	2,80	1,40
Heu	„	7,—	4,—	Zander	„	2,50	1,10
†)Erbsen	„	40,—	25,—	Hechte	„	2,—	1,—
†)Speisebohnen	„	45,—	25,—	Barsche	„	1,60	0,80
†)Linsen	„	70,—	30,—	Schleie	„	2,80	1,40
Kartoffeln, neue	„	7,—	3,—	Bleie	„	1,40	0,80
Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20	Krebse	per Schock	12,—	3,—
do. Bauch	„	1,20	1,—				

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralbörse der Preuß. Landwirtschaftskammer — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppelcentner.

†) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 10. Januar. Heute war Getreide bei stillem Verkehr fest, angeblich auf erneute Weizenhausse in Nordamerika, wo politische Beunruhigungen stimulierten und die Abgeber zur Reserve mahnten. Da ferner die amerikanischen, wie auch die russischen Offerten noch immer außer Rendiment sind, so bewilligten die festigen Käufer einen Preisaufschlag von 0,50 bis 1 M. für Weizen und Roggen. Die erzielten Preise wurden uns angegeben wie folgt: Weizen per Mai 149½ M., Juli 151¼ M. Roggen per Mai 139½ M., Juli 137½ M. Hafer war fast ohne Geschäft, Rüböl bei geringem Saatenangebot 0,20 M. höher bezahlt.

Am Spiritusmarkt wurde loco 70er mit 47,40 M. (unverändert) gehandelt.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 10. Januar 1900. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 321 Rinder, 1714 Kälber, 901 Schafe, 9289 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (bezeichnungsweise für 1 Pfund in Pf.): Für Rinder: Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 00—00, b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 00—00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00—00; d) gering genährte jeden Alters 00—00. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 00—00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00—00; c) gering genährte 48—52. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts 00—00, b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 00—00; c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 00—00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 50—52; e) gering genährte Kühe und Färsen 46—48. — Kälber: a) feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 77—80, b) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 66—72, c) geringe Saugkälber 55—60, d) ältere, gering genährte Fresser 40—44. — Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 60—63, b) ältere Masthammel 53—58, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 48—52, d) Holsteiner Niederungsschafe (Lebendgewicht) 00—00. — Schweine. Man zahlte für 100 Pfund lebend (oder 50 Kilogramm mit 20 Proz. Tara-Abzug): a) vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 49—00, b) fette 00—00, c) fleischige 47—48, d) gering entwickelte 44—46, e) Sauen 42—44.

Tendenz und Verlauf des Marktes. Vom Rinderauftrieb blieben noch ungefähr 45 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen fand der Auftrieb Absatz. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wurde geräumt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6—8 Uhr abends statt.

C. H. Sie können das Gesetz durch unsere Buchhandlung beziehen. Die einfache Textausgabe kostet 30 Pf., eine solche mit Kommentar 2,25 M.

Spremberg. Eine Berufung wäre leider aussichtslos. — **Kl.** Nein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 11. Januar.

Opernhaus. Die Grille. Die Puppenfee. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Otto Langmann Witwe. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Jugendfreunde. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Als ich wiederkam . . . Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Das deutsche Jahrhundert. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. In Behandlung. Anfang 8 Uhr.
Neues. Hofgunst. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Rigoletto. Anf. 7½ Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Arme Reiche. Anf. 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Carl Weiß. Kinder der Hölle. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die Venus von der Markthalle. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Im weißen Rößl oder: Als ich wiederkam . . . Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Gastspiel des Schlierseer Bauern-Theaters. Der Amerikaschpl. Anf. 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Leute von heute. Specialitäten-Vorstellung. Anf. 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Transvaal. Vorher: Der dunkle Erdteil. Im Hörsaal. Dr. Spieß: Der elektrische Spannungszustand.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Donnerstag, abends 8 Uhr: **In Behandlung.** Komödie in 3 Akten von Max Dreyer.
Freitag, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: **Freudvoll und leidvoll.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Freudvoll und leidvoll.**

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.

Nur noch 9 Vorstellungen!

Die Geisha.

Anfang 7½ Uhr.

Morgen und folgende Tage: **Die Geisha.** — Sonntag, nachm. 3 Uhr, zu halben Preisen: Zur Gedenkfeier Millöckers: **Der Bettelstudent.** Sonnabend, den 20. Januar, zum erstenmal: **Die kleine Excellenz,** Operette in 3 Akt. von Rich. Heuberger.

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440. Dresdenerstr. 72/73.

Täglich:

Noch nie dagewesener Possen-Lacherfolg!

Im Himmelhof.

Thomas, Thielscher, Heimerding, Junkermann, Paulmüller, Margarete Arnsen, Ada Milani, Valerie Schäffer. Anfang 7½ Uhr.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstraße 132.

Kinder der Hölle.

Ausstattungsposse mit Gesang. Anfang 8 Uhr. Vorzugsbillets haben Gültigkeit. — Morgen: Dieselbe Vorst. Sonnabend, nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung zu kleinen Preisen.

Palast-Theater

früher **Feen-Palast,** Burgstr. 22.

Das große neue wunderbare

Januar-Programm.

30 Künstler. U. a.:
Niagara-Trio, The Osadasan, Felicitas-Truppe, Bendix, Prevosti-Compagnie, Wardinis, William Latouré, Massoni.
Um 8½ Uhr: Dir. Wilh. Fröbel in dem unvergleichlichen Volksstück

Leute von heute.

Anfang 7½ Uhr. Sonntag: Konzert 6 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverk. 11—1. Jeden Sonnabend nach der Vorstell.: **Gesellschaftsabend und Tanz.** Besucher der Vorstellung: **Frei-Tanz.**

Urania

Taubenstrasse 48/49.

Im Theater abends 8 Uhr:

Transvaal.

Vorher: **Der dunkle Erdteil.**

Hörsaal:

Dr. Spies: „Der elektrische Spannungszustand."

Invalidenstr. 57/62:

Tägl. Sternwarte.

Nachmittags 5—10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Der amerikanische Haar-Athlet

Sascha

hebt mit den Haaren bis 300 Kilo

Theâtre variété

7—10½ Uhr.

Anatomisches Museum

Dienstags für Damen.

CASTANS PANOPTICUM

Neu! Neu! Neu!

Cecil Rhodes
Chamberlain
Ohm Krüger
General Joubert
Boerensoldaten.
Cinderella.
Drei Märchengruppen.

American-Theater.

Dresdenerstr. 96. Dir.: Emil Schwabl.

Großer Erfolg!

Berliner Roulotte

oder: **Direktor Striese auf Reisen.**

Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr. Sonnabend, den 13. Januar:

1. gr. Original-Maskenball.

Apollo-Theater.

Im Reiche des Indra.

Thompsons Elefanten

usw.

Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Cirkus Busch.

Heute Donnerstag, 11. Januar, abends 7½ Uhr: **Die Camorra.** Das größte u. imposanteste Sensations-Schaustück des Jahrhunderts. Außerdem: Die **3 Tiger-Grazien** vom Stamme der Mangbattu aus dem Innern von **Central-Afrika.** Die **Ritter-Turniere** des Mittelalters in voller Rüstung, ger. mit **26** Schulpferden. Frl. Martha Mohnke, Schulreiterin. Die **4** besten Springpferde des Marstalles. Sprung des Vollblutes **„Chips"** über einen **8** Fuß hohen **Elefanten.** Morgen Freitag: Humor. Abend und Die Camorra.

Achtung! MAURER. Achtung!

Freitag, den 12. Januar, abends 8 Uhr, bei Cohn, Beuthstraße 20—21:

Mitglieder-Versammlung des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

(Filiale Berlin II).

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Theodor Metzner** über: „Gleiches Recht für Alle". 2. Diskussion und Gewerkschaftliches. 136/3

Die Verbandsleitung. J. A.: **Karl Panser.**

Reichshallen.

Täglich:

Stettiner Sänger.

Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Grossartig. Programm.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.

Heute Donnerstag:

Hoffmanns **Norddeutsche Sänger**

Anfang 8 Uhr. Zum Schluß **Ein Ball ohne Damen.**

Nach der Satire: **Tanzkränzchen.**

Freitag und Sonnabend: **Geschlossen.**

Cirkus

Alb. Schumann.

Heute Donnerstag, 11. Januar, abends präcise 7½ Uhr:

Elite-Abend.

Gala-Programm.

Jeden Abend: Stürmischer Beifall! **Aus dem Reiche des Mikado!**

12 Akimotos 12

Zum erstenmal in Europa.

Japan in Berlin.

Die Araber.

Die neuesten **anerkannt unerreicht dastehenden** Original-Schul- u. Freiheitsdressuren des Dir. **Alb. Schumann,** der Schöpfer und Erfinder aller neuen Dressuren. Zum Schluß: Zum 54. Male: **Der erste Schlager der Saison!** Das glänzendste Ritterschaustück

Schwarz und Weiß

mit sämtlichen Einlagen.

Maehrs Theater

Oranienstrasse 24.

Täglich:

Nord und Süd.

Operette in 1 Akt von Linderer.

Anna und Bruno Bührer, Original-Verwandlungsduett.

The two Brackfoords, Akrobaten.

Anfang 9 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.

Achtung! Achtung!

Holzarbeiter.

Donnerstag, den 11. Januar, abends 8¼ Uhr, im Lokal des Herrn Louis Keller, Koppenstraße 29:

Gr. öffentliche Holzarbeiter-Versammlung

Tages-Ordnung:

Welche Nachteile haben alle in der Orts-Krankenkasse der Tischler und Pianoforte-Arbeiter Versicherten infolge des Inkrafttretens der Zwangsinnung zu befürchten? Referent Kollege **R. Ahrens.**

76/7 **Der Einberufer.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Branche Korbmacher.)

Donnerstag, 11. Januar, abends 8 Uhr, bei Wilke, Andreasstr. 26:

Versammlung

Tages-Ordnung:

Berichterstattung über die Verhandlung mit den Meistern und weitere Beschlußfassung. 76/9

Verband der Sattler und Tapezierer

(Filiale I).

Am Sonnabend, den 13. Januar, abends 8½ Uhr, im Lokal „Englischer Hof", Neue Roßstraße 3:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Abrechnung vom 4. Quartal. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 4. Verschiedenes. [156/1

Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Vorstand.** J. V.: **Lewin.**

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 14. Januar, abends 7 Uhr, im Lokal des Herrn Herzberg, Alte Jakobstr. 75:

Vortrag des Genossen Dr. Weyl über: „Die Bekämpfung der Trunksucht und die moderne Arbeiterbewegung".

Nach dem Vortrag: **Gemütliches Beisammensein u. Tanz.**

Eintritt 10 Pfg. Garderobe 10 Pfg. 4/4*

In dieser Versammlung sind Billets zum Stiftungsfest am Sonnabend, den 20. Januar a 50 Pf. zu haben.

Achtung! Wedding!

Großer Frauen-Vortrag

im „Köslliner Hof", Berlin N., Köslinerstrasse 8.

Am Freitag, den 12. Januar 1900,

abends 8½ Uhr, spricht

Fräul. M. Kube, Naturheilkundige

über

Aerztliche Untersuchungen

und Scham- und Sittlichkeitsgefühl des weiblichen Geschlechts.

Können arme Frauen und Mädchen in Kliniken gesund werden? Nur für Frauen und Mädchen reiferen Alters.

Entree 15 Pf. Um zahlreichen Besuch bittet 17328

Die Einberuferin.

Männer-Vortrag

morgen, Freitag, den 12. Januar, abends 8½ Uhr, im Lokal von Graumann, Naunynstraße 27, über:

Syphilis vom prakt. Naturheilkundigen **Grundmann.**

Der Vortrag wird an Lichtbildern erklärt und ist für jeden Mann sehr wichtig. Für 20 Pf. Eintritt 1 Broschüre. — Unsere Geschäftsstelle und Sprechstunden sind jetzt nur in der **neuen Naturheilanstalt Köpenickerstraße 72** (Nähe Brückenstraße) von 11—2, 6—8, Sonntags von 11—12.

Berliner Verein für Naturheilverfahren.

Max Kliems Fest-Säle, Hasenheide 13, 14, 15.

Im neuen Festsaal, Eingang Hasenheide 13, **jeden Sonntag: Gr. Instrumental-Konzert.** Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf., Vorverkauf 25 Pf. — Nach dem Konzert **Tanzkränzchen!** — In den Nr. 14 und 15 belegenen Sälen jeden Sonntag: **Grosser Ball!** Anfang 4 Uhr, Ende 2 Uhr. — Empfehle meine gesamten Säle Vereinen und Gesellschaften zu Versammlungen und Festlichkeiten. — Die Osterfeiertage sind noch zu Matinees zu vergeben. [34498* **Max Kliem.**

W. Noacks Theater,

Brunnenstraße 16.

Neu! Täglich: Neu!

Der Burenkrieg

oder: **Eine deutsche Familie in Transvaal.**

Volksschauspiel m. Gesang u. Melodram in 3 Abteilungen von A. Friedrich. Musik von L. Hartmann.

Jeden **Sonntag, Dienstag** und **Donnerstag** nach der Vorstellung:

Tanzkränzchen.

Nachweislich sichere

Existenz

durch Kauf eines größeren

Restaurants

mit solider Damenbedienung, beste Lage, geschmackvoll eingerichtet, stadtbekannt als sehr gut gehend; Preis M. 3400, bei Wunsch Brauerei-Unterstützung; Geschäft auch passend für einzelne Dame; Familienverhältnisse halber baldige Uebernahme erwünscht. Offerten unter „Existenz" Hauptpostlagernd Berlin erbeten. 120/12

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 2¾ Uhr: **4. Abteilung im Carl Weiss-Theater: Das Vermächtnis.**

Es ist Pflicht der Mitglieder, pünktlich zu erscheinen.

228/3 **Der Vorstand.** I. A.: O. Winkler.

Metropol-Theater.

Behrenstraße 55—57.

Neue Debüts!! Neue Debüts!!

Liane de Vries. Pauline d'Argent.

Littke Carlsen. Rapoli.

Carmen Rosario. The Clives.

Mary Wolf,

sowie das vollständig neue Januar-Programm.

Um 9³⁰ Uhr:

Die Sensations-Novität

„Die verkehrte Welt"

mit der feenhaften Truppen-Revue.

Anfang: An Wochentagen um 8 Uhr, an Sonn- und Festtagen um 7½ Uhr abends.

Wir gratulieren Genossen **P. Jagdmann** und seiner Tochter zu ihrem heutigen Wiegenfeste.

3529?] **Familie R. u. Z.**

Todes-Anzeige.

Allen Kollegen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 7. d. M., unser langjähriges Mitglied, der Kupferschmied 1733b

August Selge

an Blinddarmentzündung verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. d. M., nachm. 3 Uhr, vom Augusta-Hospital in der Scharnhorststraße aus nach dem Neuen Nazareth-Kirchhofe an der Tegeler Chaussee statt.

Der Vorstand d. Filiale Berlin des Unterstützungsvereins der Kupferschmiede Deutschlands.

Nachruf.

Heute, am 11. Januar, ist ein Jahr verflossen, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Metallschleifer **Gustav Patsch,** entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Wwe. A. Patsch u. Kinder.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).

Nachruf!

Am 26. November v. J. verstarb unser Mitglied, der Gürtler

Adolf Weber.

Ehre seinem Andenken!

110/2 **Die Ortsverwaltung.**

Dank!

Allen Freunden, Kollegen und Genossen, insbesondere dem Gesangverein „Nord", für die rege Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Malers

Johann Küssow.

Die trauernde Witwe Ernestine Küssow nebst Angehörigen.

Allgemeine Familien-Sterbe-Kasse zu Berlin.

Sonntag, den 21. Januar cr., vorm. 9½ Uhr, vorm. im Lokale des Herrn **Dieke,** Ackerstraße 128:

Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Halbjähriger Kassenbericht.
2. Verschiedenes. [1720b

Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung des Quittungsbuches gestattet. Um pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

J. A.: **Aug. Acke,** Vorsitzender, Neue Hochstr. 41, IV.

Nichts

Gedichte von **Sigmar Mehring.**

Preis cart. 2,— Mark.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie von S. Rosenbaums Verlag, Berlin W. 57. *

Zähne 2 M. an,

auch Teilzahlung. **Reelle** Garantie. Reparaturen in 2 Stunden. **Plombieren 1 M. an.** [2/9 **Zahnziehen wirklich schmerzlos.** Ein Versuch befriedigt **sicher.** Sprechst. 8—8 abds., auch **Sonntags.**

R. Lange, **Blumenstraße 25.** Ecke Markusstr.

Möbelstoffe!!

auch Reste! alle Qual. **selten billig!** **Gelegenheitskauf:**

Moquett-Plüsche 5,35 M.

per Meter (130 cm breit). [35340* **Muster b. näherer Angabe franco.**

Emil Lefèvre, **Berlin S., Oranienstr. 158.**

Natur-Heilverfahren.

Haut-, Harn- u. Blasenleiden, Frauen-Krankheit, heilt sicher ohne Berufsstörung. [34449*

R. Wagner, Waldstraße 23. 9-2,5-9, St. 9-2

Uhren u. Goldwaren spottbillig.

Georg Wagner,

Skalitzerstr. 126 [* — (nahe dem Kottbuser Thor). —

MAGGI

für 5 Pfg. eine ausgezeichnete frühstücks Suppe.
für 10 Pfg. 2 Portionen vorzüglicher Suppe.
für 12 Pfg. 2 Portionen kräftiger Fleischbrühe.
für 16 Pfg. 2 Portionen feinster Kraftbrühe.
für 25 Pfg. ein Fläschchen zum Würzen.

DIE GUTE SPARSAME KÜCHE

Zu haben in allen Delikatess- u. Kolonialwaren-Geschäften und Droguerien.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M. **Zahnarzt Wolf,** Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

van Houtens Cacao

½ Kilo genügt für 100 Tassen

Ein Versuch überzeugt, dass Van Houtens Cacao für den täglichen Gebrauch allen anderen Getränken vorzuziehen ist. Er ist nahrhaft, nervenstärkend, wohlschmeckend, leicht verdaulich und stets schnell bereitet. Van Houtens Cacao wird nur in den bekannten Blechbüchsen, niemals lose verkauft, da bei lose ausgewogenem Cacao nichts für die gute Qualität bürgt.

Wein zum Ausschank sehr geeignet! 3519L*

süss, rot, wie **Portwein,** ausgezeichnet im **Geschmack,** garantiert rein, **10** Ltr. M. **7,–, 100** Ltr. **65,–,** Oxhoft M. **120,–.**

Eugen Neumann & Co., Berlin SW., Hollmannstr. 16. Amt IV. 9676.

Falbe,

44, Elsasserstr. 44.

Behandlung aller Haut- u. **Harnleiden** ohne Berufsstörung. Sprechst. 9 morg. bis 9 abends, Sonntag u. Donnerstag 9–3. Bei Vorzeigung der Verbandskarten 10 Proz. 3454*

Schnellpresse

für Zeitungsdruck, gebraucht, aber noch in **gutem Zustande,** baldigst zu kaufen gesucht. Offerten mit Angabe des Preises, **Druckfläche** etc unter **E. 1** an die Exp. d. „Vorw.".

2. Ziehung d. 1. Klasse 202. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 10. Januar 1900, vormittags.
Nur die Gewinne über **60** Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

323 83 [150] 455 [100] 90 632 33 814 31 908 **1055** 164 210 16 354 529 51 690 2235 43 368 435 618 718 3103 42 300 59 91 406 24 509 57 611 4028 62 547 770 837 82 87 5011 54 219 90 [100] 416 536 799 **6026** 05 122 40 244 57 393 420 49 509 611 987 7020 198 206 52 480 553 [150] 723 310 8086 164 397 654 **9011** 26 39 174 256 71 74 369 413 516 765 871 964

10020 21 94 167 82 321 593 670 72 [100] 703 46 60 **11027** 158 282 412 812 916 31 **12038** 72 246 572 **13141** 54 360 513 **14026** 217 47 75 348 522 639 59 67 773 **15050** 402 9 14 618 58 730 814 56 965 **16134** 351 55 84 [100] 444 98 502 60 63 69 653 764 856 942 88 **17166** 409 88-578 628 729 823 31 32 44 67 **18054** 80 189 225 310 458 579 726 **19195** 242 57 374 473 97 519 709 56 912 20 52

20023 282 419 531 50 657 66 [100] 765 835 58 **21236** 301 69 75 478 660 [100] 734 857 **22098** 172 252 54 464 547 [150] 57 59 75 757 804 97 **23005** 96 161 418 632 59 956 63 87 **24041** 67 113 23 [100] 33 208 464 [100] 69 713 830 37 **25002** 255 357 736 [100] 92 822 955 **26387** 403 66 538 76 635 938 60 **27114** 404 510 65 736 833 67 **28020** [200] 173 78 299 708 32 **29103** 27 645 702 83 97 932

30164 532 710 69 **31109** [150] 469 739 900 **32079** 187 247 61 87 313 485 542 703 810 960 **33290** 426 573 697 99 725 851 960 **34011** 77 638 728 81 815 936 **35001** 120 244 66 614 94 716 880 **36881** [1000] 750 76 98 [100] 807 13 946 **37076** 307 89 **38124** 293 442 61 572 80 683 806 29 50 63 903 25 61 **39463** 82 668 867 947

40033 81 125 80 329 49 59 97 421 819 92 [150] **41079** 248 341 594 613 **42042** 86 196 647 948 **43414** 36 574 91 664 83 90 700 31 824 **44064** 179 219 345 61 629 698 782 876 **45226** 58 372 575 627 712 70 827 49 971 **46126** 507 675 786 942 **47049** 205 351 595 851 915 **48010** 101 19 38 74 [100] 427 700 75 835 73 76 77 **49314** 57 687 96 729 887 [100] 991

50007 160 279 94 323 53 59 79 482 585 773 833 [200] 76 900 5 63 84 **51173** [100] 204 93 346 427 590 667 700 807 36 **52080** 105 7 [100] 31 297 377 967 **53003** 496 645 [100] 91 900 42 53 92 **54014** 313 14 61 425 70 470 645 720 26 963 74 91 **55000** 359 538 79 709 834 37 **56024** 326 64 552 73 825 911 56 74 **57076** 187 437 632 892 995 **58101** 23 97 333 443 60 519 86 678 701 888 96 **59076** 209 391 759 99

60319 52 427 69 545 78 81 608 788 823 **61082** 141 88 218 626 771 82 **62025** 121 309 490 859 801 42 91 **63020** 277 [150] 97 347 538 50 608 705 29 876 **64070** 90 307 22 70 401 34 45 755 [100] 880 974 **65146** 79 221 93 548 54 61 804 54 **66196** 599 600 714 820 941 **67286** 320 421 53 595 944 [100] **68194** 394 579 699 919 **69002** 66 79 190 267 477 591 780 87 862 86

70088 186 99 221 323 761 65 810 962 **71181** 358 [100] 96 566 713 16 30 **72429** 798 808 983 **73015** 476 554 **74076** 181 287 [150] 464 79 537 58 629 730 74 [150] 983 **75032**-272 325 500 21 623 53 929 **76008** 68 127 217 30 [150] 61 331 865 **77018** 67 [100] 99 [200] 103 72 202 401 57 520 82 697 [100] 851 **78038** 103 315 577 79 620 **79007** 139 223 60 [100] 428 36 570 81 612 17 913 59

80021 37 66 88 162 71 246 476 667 81 717 50 95 97 **81215** 368 404 500 93 827 31 [500] **82068** 86 108 377 794 825 918 25 **83014** 42 54 [200] 250 73 326 400 89 519 656 700 826 89 924 69 **84028** 123 206 46 68 71 328 58 [100] 486 **[5000]** 553 640 884 905 **85019** 22 80 [200] 89 402 98 571 [150] 556 806 55 **86065** 84 104 98 518 **87005** 59 248 346 569 70 95 829 [100] 40 47 944 **88311** 88 459 88 539 617 31 961 77 **89038** 304 411 44 513 30 711 12 861 74 936 82

90051 58 165 220 306 30 455 636 80 787 925 29 [100] 953 56 98 **91131** 44 51 257 70 536 41 62 650 **92010** 64 78 112 34 217 79 349 486 757 910 30 78 93 **93018** 238 45 501 64 719 842 57 **94002** 63 199 289 342 411 [150] 87 772 822 53 **95113** 54 451 508 51 842 908 18 **96040** 48 396 764 864 902 47 **97008** 218 345 69 704 813 67 **98046** 116 221 25 401 25 95 848 915 33 **99179** 287 597 615 896

100073 137 46 48 228 76 484 526 95 855 96 925 **101096** 217 583 664 743 **102090** 265 721 68 883 918 62 **103166** 318 734 836 956 **104580** 678 [150] 88 774 **105234** 444 664 853 952 **106092** 218 527 913 **107063** 72 188 [150] 98 258 79 366 81 98 479 691 768 69 832 [100] 87 [100] 935 **108079** 229 56 365 98 531 97 629 711 91 830 998 **109182** 85 260 369 88 435 92 764 70 841 [150] **110119** [100] 79 264 466 94 544 619 743 45 50 899 [100] **111171** 81 94 459 559 652 788 804 28 **112168** 310 449 578 662 816 918 **113**[illegible] 268 433 504 961 **114061** 123 43 242 306 413 635 957 **115098** 236 395 650 **116015** 282 368 95 98 479 [100] 549 [100] 605 732 962 **117048** 210 19 382 537 681 763 833 **118086** 190 221 46 345 480 773 902 **119177** 384 647 720 874 **120039** 40 57 104 [100] 79 307 96 431 40 [300] 60 575 94 656 719 994 **121081** 249 415 [100] 91 631 35 722 827 [200] 84 942 [200] 59 80 **122175** 94 404 692 745 857 **123291** 345 477 88 731 81 858 924 62 87 **124026** 71 137 47 316 19 462 506 57 670 749 881 911 **125212** 597 681 **126162** 217 37 344 91 475 [100] 524 43 45 86 667 708 961 **127046** 141 57 308 25 30 323 405 535 606 62 740 829 915 **128059** 244 [100] 305 90 99 445 501 56 77 692 794 853 935 **129067** [150] 76 78 127 485 622 85 93 709 55 [100] 77 817 73

130284 507 8 9 13 71 716 37 802 [300] 90 **131127** 78 95 215 72 319 454 692 862 919 22 **132016** 58 75 80 89 142 237 473 83 91 522 49 602 829 901 **133107** 379 73 568 706 858 94 926 58 **134**[illegible] 553 775 **135073** 930 70 **136219** 64 469 [300] 776 838 49 72 920 45 **137005** 225 529 78 93 709 86 851 70 959 [100] **138173** 301 536 80 864 [500] 96 961 72 **139105** 213 75 77 589 665 85 834 997

140027 44 181 76 343 61 **141022** 202 560 69 736 865 931 38 **142085** 287 99 395 606 9 58 **143126** 261 391 41 45 90 408 584 624 885 **144074** 387 87 432 59 67 515 795 804 47 949 **145140** [200] 480 595 616 768 887 96 936 **146051** 157 83 809 483 648 867 904 **147**[illegible] 34 458 68 577 82 616 741 67 934 **148028** 122 279 345 55 77 671 [100] 735 66 75 89 **149185** 235 [100] 351 404 [100] 563 [100] 992

150038 71 135 375 449 [100] 632 844 76 **151372** 423 502 707 [200] **152**888 401 521 38 56 73 651 800 42 977 **153**163 [100] 204 310 [100] 39 449 519 647 **154**132 38 231 310 456 75 519 613 20 [100] 844 **155**223 34 52 65 373 656 798 838 **156**057 632 720 **157**011 60 74 102 445 563 92 616 63 719 70 851 78 999 **158**046 **[10000]** 174 311 494 616 740 55 62 **159**054 252 409 743

160523 607 820 81 913 **161**202 340-551 687 902 **162**016 43 98 111 41 50 96 236 64 508 896 911 **163**278 357 62 75 422 796 943 **164**156 79 225 292 [150] 93 476 [100] 573 77 656 717 947 **165**030 142 201 65 310 65 581 660 65 977 **166**009 297 395 436 68 75 508 758 883 947 94 **167**007 24 63 [100] 122 226 440 71 895 **168**040 133 373 407 606 **169**067 [200] 166 274 99 312 35 56 412 28 525 66 86 663 751 828 56

170054 232 93 320 23 40 517 681 758 859 76 **171**061 99 108 237 93 341 673 75 488 600 719 827 **172**058 106 362 450 96 551 54 59 948 **173**039 167 304 66 619 41 847 988 **174**020 212 399 452 83 582 [100] 744 59 [100] 982 **175**041 50 51 75 184 344 94 417 24 809 70 **176**168 570 609 939 **177**012 59 215 326 34 699 738 74 898 945 87 **178**078 222 25 81 492 98 519 98 827 923 29 **179**203 339 444 583 790 814 902 91

180093 125 223 386 **181**201 30 58 427 714 **182**023 49 115 78 231 90 757 77 90 **183**145 211 428 652 [100] 66 72 945 57 **184**218 89 347 923 **185**114 30 257 418 **186**020 94 130 54 79 221 462 80 512 31 838 **187**026 41 246 605 24 711 [100] 84 887 961 **188**158 291 314 455 67 514 944 80 **189**107 263 810 [150] 94 902

190077 95 104 47 349 74 410 919 37 **191**099 236 327 484 501 762 979 **192**209 113 281 93 355 83 484 678 972 **193**143 610 72 85 757 816 **194**101 561 610 45 705 42 56 821 74 **195**114 359 68 90 428 581 [1000] 617 56 748 76 **196**815 77 953 66 76 [100] **197**120 49 212 311 51 60 90 588 908 65 **198**010 15 40 60 161 408 503 725 810 27 28 937 45 54 **199**015 [150] 272 95 353 400 15 79 520 23 636 716 65 66 862 941 86

200019 128 432 538 98 600 90 732 93 [100] 974 81 **201**144 399 431 56 516 70 745 89 807 [100] **202**049 134 60 225 63 72 92 310 440 546 658 [100] **203**120 406 508 26 83 779 94 888 **204**075 196 201 413 507 616 17 23 76 [200] 761 855 63 902 **205**011 129 91 200 93 547 608 729 [200] 94 818 910 82 **206**025 32 71 287 460 82 539 54 79 622 48 842 914 40 **207**069 122 201 545 554 899 907 **208**021 97 217 48 365 478 513 94 723 857 **209**116 80 380 615 36 827 28 992 98

210003 114 24 80 268 328 38 43 79 586 710 912 54 **211**134 227 [100] 73 354 411 [100] 98 510 54 615 887 908 72 **212**108 221 468 746 50 89 802 957 98 **213**003 [100] 84 101 238 80 91 367 410 635 842 **214**141 44 53 569 608 31 78 721 61 98 [150] 816 951 **215**119 272 888 987 **216**069 188 215 314 42 585 611 25 827 913 53 61 **217**075 234 392 404 63 532 601 750 884 80 **218**123 94 96 321 [100] 76 89 94 418 651 717 25 874 969 **219**019 123 97 261 475 659 736 69 880 49 992

220006 32 66 507 628 44 76 [100] 850 974 **221**231 305 96 413 514 21 68 604 730 905 80 85 **222**102 37 77 92 286 381 726 892 913 **223**024 38 537 710 12 821 **224**049 88 108 27 59 345 [100] 413 57 501 [100] 8 25 32 658 72 861 84 **225**052 120 217 336 66

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn zu 30000 Mk., 1 zu 15000 Mk., 2 zu 3000 Mk., 1 zu 1000 Mk., 2 zu 500 Mk.

Berichtigung. In der Liste vom 9. Januar nachmittags Heft 199328 40 statt 199 328 60.

2. Ziehung d. 1. Klasse 202. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 10. Januar 1900, nachmittags.
Nur die Gewinne über **60** Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

17 191 243 370 439 634 922 34 72 **1010** 284 359 414 [100] 79 624 772 854 906 89 **2195** 395 763 800 **3248** 49 99 388 623 72 91 95 716 993 **4006** 80 182 93 256 414 64 577 651 744 845 80 921 **5314** 35 [100] 38 43 447 517 40 600 24-34 69 96 837 **6008** 79 93 291 463 640 [200] 746 60 868 [100] **7200** 364 481 596 691 877 **8020** 156 77 498 545 640 776 79 [100] 85 **9226** 443 707 980

10175 345 619 [100] 922 34 **11076** 77 297 316 439 624 797 826 **12014** 106 443 770 81 843 [200] **13088** 170 333 50 465 518 78 95 **14158** 330 549 828 [100] 81 927 **15180** 331 73 623 728 91 867 69 86 992 **16006** 32 [150] 129 215 571 779 83 **17065** 72 190 394 504 10 631 57 98 704 814 57 61 **18159** 89 323 404 6 594 695 **19045** 158 93 209 370 570 658 61 72 852

20002 223 508 88 627 75 710 44 **21018** 27 106 25 269 360 528 662 **22010** 325 498 572 698 802 53 **23036** 323 469 647 72 744 53 [200] 92 829 37 68 912 **24011** 52 174 95 294 584 866 **25012** 105 75 380 579 711 26 981 49 **26080** 244 449 591 645 78 786 803 916 **27070** 27 247 80 455 [100] 515 796 816 34 62 85 **28126** 367 96 457 546 766 **29110** 408 631 94 [150] 701 835 924

30018 227 54 438 542 59 79 **31215** 18 339 438 528 652 717 23 61 73 858 933 44 [200] **32022** 282 83 315 16 514 15 620 [100] 77 98 700 93 901 **33136** 82 [150] **34060** 125 307 46 512 773 805 32 946 **35033** [150] 271 369 480 585 704 [150] 902 **36182** 308 32 91 529 826 99 942 **37**[illegible] 74 209 29 424 76 547 [100] 78 633 38 818 59 931 **38188** 433 53 750 85 882 95 969 80 **39234** 55 303 85 684 773 989

40167 [150] 302 34 35 427 31 537 97 616 46 [100] 783 **41080** 81 [100] 161 89 280 323 587 730 804 62 [100] 72 976 96 **42108** 335 99 526 34 [100] 723 98 860 82 **43000** 83 423 613 805 944 **44033** 140 69 [100] 266 401 662 81 640 [150] 740 852 98 957 **45039** 115 [100] 85 373 427 34 512 [100] 80 910 **46033** 48 [100] 60 116 627 98 [100] 40 712 835 51 908 **47150** 238 80 341 422 54 [100] 71 547 76 613 945 47 **48**087 97 159 95 212 325 413 639 67 797 907 51 69 88 **49045** 50 78 209 304 13 36 405 [1000] 609 11 60 83 986

50063 91-[illegible] 171 304 444 89 517 [100] 688 790 830 **51**422 532 **52184** 656 61 769 **53**032 147 351 576 697 902 **54001** 133 289 465 92 581 835 50 83 [100] **55**039 90 107 377 477 520 768 958 **56**029 82 86 99 244 464 93 508 22 633 872 **57**092 271 341 [100] 70 516 635 975 78 **58**000 147 54 648 715 41 55 806 13-44 951 80 **59**031 223 46 307 16 66 761 89 93 865 975

60220 [100] 35 308 97 **61**312 657 78 768 92 887 97 911 60 **62**055 108 64 215 54 592 886 **63**100 224 37 363 635 841 51 918 **64**801 29 420 37 561 63 666 743 968 83 **65**084 154 71 268 366 507 775 82 84 825 **66**092 118 96 528 409 619 67 764 86 943 80 **67**026 260 **68**027 235 668 708 840 68 996 **69**149 262 344 564 610

70108 11 42 79 85 237 577 647 91 768 77 **71**000 295 407 79 547 80 81 88 794 848 49 958 **72**041 294 67 543 53 61 625 **73**002 60 65 175 84 98 387 457 90 92 677 [150] 733 895 925 70 **74**138 40 88 313 23 79 [100] 939 **75**148 264 76 332 471 503 6 687 79 711 17 **76**040 145 99 214 31 90 [100] 451 548 50 667 713 14 889 907 **77**286 434 558 683 88 949 **78**050 125 71 207 360 726 810 901 28 **79**010 156 95 471 516 644 877 975

80048 64 98 113 **[15000]** 374 414 15 637 864 87 90 95 913 **81**235 [100] 474 94 558 701 819 76 77 925 31 **82**149 88 97 549 655 58 797 932 84 **83**049 228 81 308 33 36 [100] 96 475 681 [150] 707 37 98 [100] 806 11 **84**236 309 78 451 626 [100] 54 706 47 **85**013 218 311 78 435 551 89 873 979 **86**016 204 320 604 705 988 **87**073 168 215 38 382 415 82 573 697 882 92 935 **88**020 [150] 59 131 208 344 562 632 812 945 56 73 **89**032 162 213 [3000] 470 507 10 612 95 755

90079 190 322 401 562 669 815 57 86 **91**071 100 213 346 482 737 58 861 **92**040 254 77 809 30 32 35 407 621 696 939 **93**127 215 504 643 779 882 92 **94**203 354 477 80 551 985 **95**252 395 474 [150] 644 852 912 49 **96**090 127 202 99 529 74 715 [300] 18 77 85 890 968 86 **97**026 111 16 [100] 246 511 614 762 800 **98**255 385 494 512 676 742 [100] 613 **99**029 170 264 66 330 422 678 812 87

100060 138 [100] 382 461 531 98 608 88 843 920 **101**082 189 [100] 408 542 883 937 83 **102**247 77 740 65 825 701 **103**035 [1000] 481 807 843 **104**004 337 48 51 959 93 **105**018 60 127 68 490 699 706 803 98 949 65 **106**098 468 [150] 71 78 658 [150] 999 **107**028 179 281 392 512 96 98 659 68 94 709 915 55 **108**000 245 334 73 489 970 **109**010 91 229 340 606 84 829

110063 357 90 640 **111**157 98 539 752 809 932 97 **112**316 541 84 646 899 924 51 57 84 **113**172 [100] 343 505 715 23 627 54 **114**123 45 67 487 [3000] 95 504 839 985 **115**019 72 237 71 313 62 500 719 898 51 **116**031 78 84 98 881 404 746 850 932 76 **117**116 235 87 443 [150] 569 636 50 793 815 30 967 73 96 **118**039 160 402 22 93 98 509 747 75 [100] 841 **119**023 27 33 222 73 97 534 443 501 641 736 54 936 [100]

120088 230 661 405 613 737 38 84 **121**158 289 464 506 615 975 **122**089 [200] 121 239 419 65 670 831 94 908 11 **123**[illegible] 75 223 74 348 449 514 52 606 738 857 59 **124**073 126 67 472 694 700 860 926 **125**030 153 356 77 637 856 959 **126**049 304 90 455 599 868 **127**040 209 [100] 313 512 800 70 **128**079 152 502 796 833 54 82 **129**110 253 [100] 70 495 658 775 802 6 61 990 94

130016 21 77 153 56 [150] 249 322 927 **131**033 68 [100] 209 424 579 672 855 991 **132**054 623 59 93 712 **133**020 44 134 [150] 327 478 500 626 717 30 42 880 [100] 903 **134**240 363 519 89 757 86 870 88 910 87 **135**218 58 359 586 624 50 757 80 869 922 58 **136**077 158 [100] 292 94 547 [100] 764 **137**073 117 56 75 353 81 402 58 528 88 736 75 **138**192 484 679 89 97 824 29 **139**078 202 629 [100] 34 713 64 977

140039 253 61 305 42 557 662 909 [100] 71 [200] **141**025 45 79 586 628 24 43 62 74 **[142**026 70 82 237 44 48 419 34 53 508 73 864 **143**366 570 680 709 61 82 96 863 925 57 [100] 84 **144**516 42 94 760 872 **145**198 88 211 64 381 431 771 819 917 **146**158 73 429 34 66 546 672 777 **147**191 41 672 713 813 37 73 974 81 **148**070 328 82 495 40 615 85 926 61 **149**203 23 92 475 506 803

150158 302 475 731 810 **151**042 120 37 295 563 706 855 958 **152**162 418 24 520 65 801 917 **153**002 5 185 350 509 711 [150] 897 979 [100] **154**076 156 374 591 661 [100] 882 [300] 900 67 **155**191 249 322 44 480 594 613 69 976 **156**038 76 214 26 92 355 78 737 67 805 6 **157**047 92 220 70 [100] 389 512 35 88 697 930 40 **158**208 34 60 354 477 735 58 77 85 920 67 **159**019 187 294 353 412 47 534 806

160009 31 90 107 13 16 31 53 292 350 84 404 63 682 739 994 [100] **161**007 224 364 421 40 98 637 88 890 908 9 **162**101 326 516 717 53 853 82 99 962 **163**110 61 232 406 624 62 903 5 **164**163 450 522 69 611 14 899 958 **165**021 58 546 649 929 73 84 **166**021 48 [200] 122 221 76 [100] 984 **167**039 101 5 52 310 637 42 788 837 903 85 **168**075 121 79 515 35 52 97 677 801 95 **169**032 540 [100] 902 17 728 850

170048 93 472 93 529 **171**023 28 154 487 541 849 **172**085 158 218 401 552 **173**158 64 207 22 422 512 684 877 941 **174**184 445 526 97 695 700 [100] 42 952 **175**076 267 474 569 79 716 24 37 **176**087 113 255 325 51 530 47 97 714 52 841 **177**096 [150] 625 904 12 **178**095 124 542 803 925 [100] 70 **179**512 16 542 675 [100] 739 919 28 64

180254 68 333 408 58 71 551 667 98 701 [200] 18 30 979 **181**000 38 91 217 82 412 47 574 749 **182**006 48 295 390 433 57 827 871 998 **183**142 361 70 551 86 676 94 842 **184**080 376 495 569 [100] 650 971 **185**017 98 334 61 [100] 474 529 59 618 54 89 95 728 945 **186**009 40 93 116 73 80 93 291 304 23 70 426 73 646 851 82 **187**040 240 57 346 93 498 736 869 919 **188**048 58 74 98 160 25 56 242 579 619 37 813 70 986 **189**026 592 94 656 715 78 816 924 56

190056 82 126 264 609 13 40 88 707 35 **191**214 61 78 386 66 697 98 855 95 97 944 **192**019 180 225 355 460 725 88 918 **193**029 45 553 697 720 883 **194**042 99 [200] 167 289 [100] 325 [150] 85 90 97 877 951 **195**050 140 64 288 34 308 80 56 463 612 86 841 969 **196**017 93 153 415 705 20 49 940 92 **197**051 57 223 710 22 947 **198**005 79 320 45 415 781 832 **199**020 [150] 192 247 537 616 918

200042 51 55 118 [150] 472 83 590 861 966 72 **201**152 347 62 414 85 572 78 666 718 26 387 **202**058 245 340 55 76 530 51 84 [100] 668 751 941 **203**105 [100] 287 710 13 32 970 **204**199 212 75 329 66 439 848 **205**000 20 89 179 202 19 445 614 54 61 825 [200] **206**435 587 80 602 5 54 97 900 **207**108 90 502 61 645 989 [100] 84 **208**002 64 66 84 147 320 64 409 627 36 701 801 944 **209**079 338 756 872

210012 70 77 152 61 293 637 70 809 71 [100] **211**101 95 221 94 349 30 439 527 **212**048 202 28 41 66 78 [100] 321 82 410 521 96 879 965 [200] **213**111 31 41 227 417 87 576 636 91 901 **214**055 85 124 98 492 561 [150] 709 44 [150] 96 **215**053 178 84 204 351 62 517 59 86 616 [100] 28 728 [100] 834 **216**076 116 202 86 310 455 521 811 99 909 **217**067 71 108 82 295 443 577 647 934 **218**129 77 314 411 528 34 46 610 715 858 59 924 **219**009 499 515 644 47 759 [150] 947

220088 [200] 214 92 387 503 82 [100] 648 956 69 93 97 **221**034 29 257 82 88 353 410 71 541 634 **222**[illegible] 358 [100] 481 528 630 781 876 78 90 944 72 **223**097 179 582 822 24 504 27 635 89 90 704 926 **224**058 509 20 41 84 686 89 889 913 43 **225**093 141 69 289 305 408 52 61

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn zu 30000 Mk., 1 zu 300 Mk.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: **5** Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 18 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Destillation, für Parteigenossen passend, sofort zu verkaufen. Näheres bei Gottfried Schulz, Admiralstraße 40a, Cigarrenladen. 109*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 11009

Kanarienhähne, edler Stamm, verkauft Wilhoff, Cuvrystraße 30, vorn II. [16766

Twinnaklis Möbelspeicher, Andreasstraße 57 (Markthallen-Eingang), 50 komplette Wirtschaften, darunter Plüschpaneelsofas 75,–, Plüschtaschensofas 66,–, Stoffsofas, eigene reelle Werkstätten, Säulenspinden, Säulentrumeaux 48,–, Muschelspinden 28,–, Patentausziehtische 30,–, Bettstellen, Matratzen 22,–, viele Küchenmöbel.

Kanarienhähne und Weibchen billig zu verkaufen bei Jensch, Lausitzerstraße 39, vorn 4 Treppen. [†141

Goldwaren-Ausverkauf, spottbillig Stallschreiberstraße 126 parterre. 128*

Margarine- und Kolonialwaren-Handlung krankheitshalber sofort zu verkaufen bei Hildebrandt, Elisabethstraße 41. [16490

Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9–12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Kanarienroller, feinste Sänger, verkauft Schulz, Bahnstraße 35, Restauration. [†142*

Grünkramgeschäft, viel Kundenumsatz, sofort verkäuflich. Miete 45 Mark. Grunowerstraße 6. [†116

Uhrenausverkauf spottbillig, Stalizerstraße 126 parterre.

Möbel, bar und Teilzahlung, billigst. Frankfurter Allee 110, I. Ecke Königsbergerstraße. 2878*

Nußbaummöbel, moderne, elegante, Stube, Küche 225 bis 500 Mark, auch einzelne spottbillig. (Kein Laden) Gartenstraße 52A I, links. [†76*

Bettstellen mit Muschelaufsatz 18, einfache 8, Schlafsofa, gut erhalten, sowie aufgearbeitet mit neuen Bezügen, Möbelgeschäft Auklamerstr. 20. [48

Vorjährige elegante Herrenpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25–40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Betten, Teppiche, Steppdecken, Gardinen spottbillig Pfandleihe Neanderstraße 6.

Winterpaletots. Anzüge, Remontoiruhren, Regulatoren spottbillig Pfandleihe Neanderstraße 6. 140/15

Fahrräder, Gestelle, gespannte Räder, kolossal billig, coulante Teilzahlung, Fabrik, Oranienstraße 33, II.

Nähmaschinen. Adler-Singerringschiff, Schnellnäher Bobin, ohne Anzahlung, fünfjährige Garantie. Postkarte. Manthey, Wiesenstraße 40. [†62*

Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Fahrräder. Teilzahlung, mäßige Anzahlung. Lager, vierhundert Fahrräder, Garantie, liefern direkt Privaten. Imperial-Fahrradwerke, Dieffenbachstraße 33. [22 K*

Fahrrad, hocheleganter, Prachtmaschine, sehenswert, sofort dringend spottbillig. Cigarrengeschäft, Königsbergerstraße 7. 120/11

Milch- und Kolonialwaren-Geschäft sofort preiswert verkäuflich. Auskunft Reichenbergerstraße 158, Milchgeschäft.

Möbel auf Teilzahlung Teichmann, Prinzenstraße 62. [1167b*

Möbelverkauf. Oranienstraße 73, zwischen Moritzplatz und Alexandrinenstraße, in meinem vier Etagen hoher Fabrikgebäude, großes Möbel-Specialgeschäft für Wohnungs-Einrichtungen. Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein kolossales Lager vor Einkauf zu besichtigen. Verlangen Sie mein größtes Musterbuch gratis und franco. Durch größere Massenverkäufe und Ersparung der teuren Ladenmiete bin ich im stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungseinrichtungen schon für 150, 200, 300, 400 Mark, hocheleganteste von 500 bis 10 000 Mark zu liefern. Fertige Musterzimmer zur Ansicht. Wohnungseinrichtungen auf Teilzahlung unter den coulantesten Bedingungen. Brautleute ohne Anzahlung. Eigene Tapezier- und Dekorateurwerkstatt. Brautleute erhalten hübsches Luxus-Möbelstück als Zugabe. Kleiderspind 20, Waschtoilette, Küchenspind 18, Kommode 15, Spiegel 7, Muschel, Kleiderspind 35, Sofa 30, Bettstelle mit Matratze 18 Mark, Nußbaum und Mahagoni furnierte Kleiderspinden, Vertikow 32 Mark, Muschelbettstelle mit Sprungfederboden 40, elegante Trumeaux 45 Mark, Salon-Garnitur 60, 75 und 105 Mark, Paneelsofas mit Sattellaschen 75, Herrenschreibtisch 45, reichgeschnitzte Büffets 100 Mark. Zu ganz billigen Preisen werden die großen Vorräte verliehen gewesener, zum Teil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Täglicher Eingang gebrauchter, einfacher und feiner Möbel. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne in die Wohnung gebracht und aufgestellt, auch außerhalb.

Teppich, prachtvoller, Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9. [†110*

Vermischte Anzeigen.

Augustabad, Königstraße 60 Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 3088*

Meyerlexikons, Brockhaus, Brehm und andere wissenschaftliche Bücher kauft und beleiht Antiquariat Kochstraße 50 I. 257R*

Platin, Gold, Silber, Rehgold, Tressen, kauft zu hohen Preisen die Schmelze, Zimmerstraße 32. 13565*

Vereinszimmer empfiehlt Lier, Alte Jakobstraße 119. [288K*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Tüchtiger Federhalter-Vorarbeiter, der die Fabrikation gründlich versteht und bereits viele Jahre ähnlichen Posten ausgefüllt hat, in jeder Beziehung verläßlich ist, energisch, nüchtern, und eine Fabrik selbständig leiten kann, wird nach Ungarn gesucht. Offerten unter **F. 1** an die Expedition. 17309

Rammer wird sofort verlangt Schönleinstraße 17, Quergebäude I.

Tischlergesellen auf Spinden und Vertikows verlangt Strüming, Weißenseer, Gustav Adolfstraße 102a. [17345

Tüchtige Schwarzdruck-Graveure finden dauernd lohnende Beschäftigung bei R. Auerbach, SO., Grünauerstr. 17.

1 tüchtigen Einbalsamierer verlangt A. Werkmeister, Schmidstraße 8a.

50 Knabenanzug-Arbeiterinnen, gute, verlangt Pose, Oranienstraße 207, 2 Treppen. [†104*

Wäschenähterin, Lehrmädchen verlangt Danzmann, Landsberger Allee Nr. 130. [†116

Knabenanzug-Arbeiterinnen, Façon 5–8, Dijabab, Fliederstraße 4.

Geübte Blusenfertigerin in und außer dem Hause verlangt Heyne, Blumenstraße 37a, Hof 3 Treppen.

Frauen oder 2 Jungen über 14 Jahre zum Frühstück-Austragen verlangt Krüger, Müllerstraße 163a.

Waschanzüge. Geübte Arbeiterinnen auf 1–5 (Matrosen) verlangt Mustervorlage verlangt sofort Julius Fromberg, Alexanderstraße 27B. 17039

Blusen. Tüchtige Arbeiterinnen auf bessere konfektionierte Blusen, die bei sauberster Ausführung Posten liefern können, finden sofort dauernde Beschäftigung zu guten Arbeitslöhnen. Meldungen unter Vorlage von Probe-Arbeit bei Orgler u. Fidelmann, Kurstraße 47/48 III. 16475*

Jackett-Arbeiterinnen verlangt Riewe, Raumerstraße 21, und Müllerstraße 7a III bei Kramer. 16979*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Porzellanbrenner,

mit Herstellung von Parix, Weichporzellanmasse genau bekannt, wird verlangt. Adr. sub **T. R. 3980** bei **Rudolf Mosse, Berlin SW.** 2/10*

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".

Osten:
Robert Wengels, Fruchtstr. 30, 9
L. Vogel Wwe., Koppenstr. 83.
Chr. Schultz, Blumenstr. 14.

Nordosten:
J. Reul, Barnimstr. 42.

Norden:
W. Gaßmann, Grünthalerstr. 65.
Karl Marx, Kastanien-Allee 95/96
Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 14
L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
H. Vogel, Demminerstr. 32.
A. Tietz, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.

Südwesten:
F. Ohnesorge, Bergmannstr. 23, 9 II.
H. Schröder, Kreuzbergstr. 15.

Süden:
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8

Südosten:
Fritz Thiel, Skalitzerstr. 35.
W. Gesche, Wrangelstr. 58.
Martin Meicha, Adalbertstr. 24.

Centrum:
P. Hersch, Gipsstr. 27.
A. Tietz, Breitestr. 21.

Charlottenburg:
Gust. Scharnberg, Schillerstr. 94 I

Friedenau:
H. Berusee, Kirchstr. 15.

Friedrichsberg:
Karl

Die Gewerbegerichts-Wahlen in Charlottenburg

werden am 15. Januar vollzogen; die Wahlhandlung für Arbeitnehmer ist auf die Stunden von 10—1 Uhr vormittags und 5—8 Uhr abends festgesetzt. Jeder Wähler hat sich mit einer Legitimation zu versehen, die entweder von der Polizei oder vom Arbeitgeber auszustellen ist. Zur Aufklärung werden am Freitagabend 7½ Uhr für die verschiedenen Gruppen von folgenden Lokalen aus Flugblätter verteilt: I. Bezirk: Metallarbeiter, bei Pasche, Potsdamerstr. 41; II. Bezirk: Maurer, bei Leder, Bismarckstr. 74; III. Bezirk: Zimmerer, bei Dörre, Wallstr. 92; Buchdrucker und Gasanstaltarbeiter, bei Gimpel, Osnabrückerstraße; IV. Bezirk: Holzarbeiter (Verband), bei Kant, Pestalozzistr. 65; V. Bezirk: Bauarbeiter und Tapezierer, bei Wernicke, Bismarckstr. 34; VI. Bezirk: Fabrikarbeiter, Textilarbeiter, Schuhmacher, bei Prill, Grollmannstraße, Ecke Goethestraße; VII. Bezirk: Maler, Porzellanarbeiter u. a., bei Bredlow, Ansbacherstraße.

Parteigenossen, welche am Tage der Wahl thätig sein wollen, werden ersucht, sich bis Freitag beim Genossen Bleek zu melden. Das Wahlbureau ist bei Leder, Bismarckstr. 74. Sonntagnachmittag 2 Uhr findet eine öffentliche Versammlung in der Gambrinusbrauerei statt. Da auch der christliche Verein Kandidaten aufgestellt hat, ist rege Agitation erforderlich; kein socialdemokratischer Wähler darf seine Pflicht versäumen.

Der Vertrauensmann der Gewerkschaften.

Kommunales.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Schuldeputation sind, nachdem das Provinzial-Schulkollegium seine Zustimmung gegeben hat, die Sommerferien der Gemeindeschulen unter Verkürzung ihrer Osterferien mit denen der höheren Lehranstalten endgültig gleich gelegt worden. Eine kleine Aenderung ist mit Rücksicht darauf, daß die zur Entlassung gelangenden Schüler und Schülerinnen zum 1. April eine Lebensstellung sich zu suchen haben, und mit Rücksicht auf die Neueinschulung, dahin erfolgt, daß der Schulschluß des Winterfensters der Gemeindeschulen am 31. März und der Schulanfang am 4. April stattfindet. Die Osterferien sind dann auf den 10.—19. April verlegt. — Auf Anfrage des Handelsministers wegen Gewährung einer Beihilfe zu den durch die Abhaltung von Unterrichtskursen zur Ausbildung von Lehrern an kaufmännischen Fortbildungsschulen entstehenden Kosten hat die Deputation mit Rücksicht darauf, daß die Stadtgemeinde schon anderweitig die Lehrer bei ihren Kursen unterstützt, beschlossen, die Gewährung eines Betrages zu dem oben beregten Zweck abzulehnen. — Die Deputation hat beschlossen, die Zulassung von Hospitantinnen in den hiesigen Gemeindeschulen auf solche Lehrerinnen zu beschränken, welche in Berlin wohnen. Lehrerinnen aus den Vororten sollen nur in sehr seltenen Ausnahmen und nur mit Zustimmung der Schuldeputation als Hospitantinnen zugelassen werden.

Lokales.

Titelblatt und Inhaltsverzeichnis zur vorjährigen Unterhaltungs-Beilage des „Vorwärts" wie zur Neuen Welt 1899 sind erschienen und werden an unsere Abonnenten sowohl von den Spediteuren als auch in der Expedition unseres Blattes gratis abgegeben. Ferner ist von der Buchhandlung des „Vorwärts" eine Einbanddecke zum letzten Jahrgang der Neuen Welt hergestellt worden, die gleichfalls von der Expedition wie von den Spediteuren zum Preise von 1 M. bezogen werden kann.

Die Freie Volksbühne. Sonntagnachmittag 2¾ Uhr findet Vorstellung statt: für die vierte Abteilung im Ostend-Theater: „Vermächtnis" von A. Schnitzler. Die Mitglieder werden dringend gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand. J. A.: G. Winkler.

Wie drückt sich der Unternehmer vor dem Gewerbegericht?

Die paar socialpolitischen Neuerungen, die wenigstens das schreiendste Unrecht unserer socialen Zustände beseitigen sollen, sind gewissen Unternehmern bekanntlich in hohem Grade unbequem. Vor allem treibt die Anmaßung, in allen Dingen, die das Wohl und Wehe des Arbeiters angehen, „Herr im Hause" sein zu wollen, eine gewisse Sorte von Unternehmern, über die Institution des Gewerbegerichts Zeter und Mordio zu schreien.

Das Gewerbegericht, dessen vornehmste Eigenschaft es ist, daß vermöge seiner Zusammensetzung auch die Arbeiter ihm durchweg Vertrauen schenken können, ist aus diesem Grunde den Scharfmachern ein Dorn im Auge, und die schwere, der Lösung kaum zugängliche Frage war seit Jahren, wie dieser verhaßten Institution beizukommen sei.

Die Frage ist jetzt gelöst. Mit einer Leichtigkeit, die an die Leistungen eines Bosko erinnert, hat ein einfacher, mit keinerlei juristischem Plunder beladener Unternehmerpatriot den Stein der Weisen dadurch gefunden, daß er das Gewerbegericht wegeskamotierte und sich an dessen Stelle setzte. Und was noch mehr besagen will, diese übermenschliche Leistung ist auf den ersten Hieb gelungen.

Der Fall liegt folgendermaßen: Der Weber R. hatte den Fabrikanten Elsbach wegen eines Lohnanspruches beim Gewerbegericht verklagt. Herr Elsbach legte dem Gerichtshof ein vom Kläger unterzeichnetes Schriftstück vor, worin R. sich verpflichtet, bei allen Streitigkeiten mit Elsbach, die aus dem Arbeitsverhältnis hervorgehen, nicht das Gewerbegericht anzurufen, sondern sich dem Schiedsspruch des Werkmeisters Kluge zu unterwerfen. Herr Kluge ist der technische Leiter des Elsbachschen Betriebes. Der Beklagte bestritt wegen jener Verpflichtung des Klägers die Zuständigkeit des Gewerbegerichts und betonte, daß einen solchen Revers in Zukunft jeder seiner Arbeiter unterschreiben solle. Er wolle nicht so oft auf dem Gewerbegericht liegen.

Sonderbarerweise erklärte sich das Gericht aus dem vom Unternehmer geltend gemachten Grunde für unzuständig. Es nahm an, daß der Revers den Kläger binde und daß sich R. an den „Schiedsrichter" Kluge wenden müsse, damit dieser über den Anspruch an den eigenen Prinzipal entscheide.

Die Entscheidung des Gerichts erscheint uns durchaus verfehlt. Der angeführte „Vertrag", auf den der Kläger sicherlich nur unter dem Drucke seiner mißlichen Lage eingegangen ist, schafft einen Zustand, der dem heutigen Rechtsgefühl Hohn spricht. Der Werkmeister, der technische Leiter, der Angestellte des Beklagten, dessen Maßnahmen, da Elsbach nicht Fachmann ist, ohne Zweifel erst den Streit veranlaßt haben oder der ihn doch zum mindesten hätte verhindern können und möglicherweise hätte verhindern müssen, derselbe Mann soll den Schiedsrichter spielen in einer Sache, wo sein „Brotgeber" der Beklagte ist. Ein Abkommen, welches so etwas ermöglicht, widerspricht den guten Sitten und ist schon deshalb ungültig. Dann aber ist auch ein Privatvertrag überhaupt nicht im stande, die durch öffentliches Recht geschaffene Zuständigkeit des Gewerbegerichts aufzuheben. R. will den Werkmeister des Beklagten für befangen erklären und so versuchen, seine Sache doch noch vor das Gewerbegericht zu bringen.

Das Verfahren des Herrn Elsbach ist außerordentlich bezeichnend. Dieser Unternehmer ist so wohlwollend seinen Arbeiter gegenüber, daß sie ihn häufig nach dem Gewerbegericht citieren müssen; das wird ihm unbequem und als „Herr im Hause" setzt er es durch, daß sich seine Arbeiter einer Art moderner Leibeigenschaft ausliefern. Er entscheidet in eigener Sache, denn sein Werkmeister ist sein Bevollmächtigter. Die Zustände in der Fabrik werden dadurch gekennzeichnet, daß an dem Tage, wo die Sache R. wider E. verhandelt wurde, nicht weniger als drei Termine gegen Elsbach anstanden.

Unbedingt verdient dieser Unternehmer für seine geniale Erfindung ein Ehrendiplom des Verbandes deutscher Scharfmacher.

Das Centralkomitee zur Errichtung von Lungenheilstätten hielt gestern im Reichskanzlerpalais seine Generalversammlung ab. Aus dem vom Oberstabsarzt Dr. Pannwitz erstatteten Geschäftsbericht geht hervor, daß zur Zeit zur Aufnahme von Lungenkranken aus der minder- und unbemittelten Bevölkerung 38 Volksheilstätten bereit stehen. Zur speciellen Behandlung Lungenkranker sind außerdem noch 16 Privatanstalten in Deutschland vorhanden. Im laufenden Jahr 1900 werden voraussichtlich 11 weitere Heilstätten eröffnet werden, darunter die Heilstätte der Landes-Versicherungsanstalt Brandenburg bei Kottbus für lungenkranke Frauen, und für das Jahr 1901 ist die Eröffnung von ferneren 14 Heilstätten zu erwarten. Endlich sind noch 13 Heilstätten geplant, außerdem sind Ansätze zu neuen Vereinsbildungen aus 4 Städten gemeldet worden. Nach einer angestellten Umfrage stehen z. B. ca. 3000 Betten für Lungenkranke bereit. Diese Zahl wird sich bis zum Schlusse des Jahres 1901 auf ca. 5500 erhöhen. Die bisherigen Erfolge der Heilstättenfürsorge sind recht befriedigende gewesen. Von 2259 entlassenen Kranken konnten 72,2 Proz. nach den Ermittelungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes als vollständig erwerbsfähig entlassen werden. Der Landesrat Dr. Liebrecht aus Hannover meinte in der Schlußrede, daß, wenn es auch kein Universalmittel gegen die Tuberkulose gebe, doch auf Grund der socialpolitischen Gesetzgebung vieles gegen die mörderische Krankheit geschehen könne. Dann muß die socialpolitische Gesetzgebung allerdings noch ganz bedeutend ausgebaut werden, und zwar durch andere Mittel als das vorjährige Zuchthausgesetz.

Im Staatshaushaltsetat tritt Berlin durch die Mehrforderung von 8000 M. für die Verwaltung des Tiergartens hervor. Die gesamte Forderung zur Unterhaltung des Parkes stellt sich auf 152 490 M. — Ferner werden gefordert zur Erwerbung des sogenannten Akademieviertels in Berlin als Bauplatz zu einem Neubau für die königliche Bibliothek und die Akademien der Wissenschaften und der Künste 7 300 000 M. Seit mehr als 25 Jahren ist das Gebäude der königlichen Bibliothek am Opernplatze in Berlin unzulänglich und das Bedürfnis eines Neubaues vorhanden. Nur an einem Bauplatze hat es bisher gefehlt. Das sogenannte Akademieviertel, das heißt die von den Linden, der Charlotten-, Dorotheen- und Universitätsstraße umgrenzte, durchweg mit abbruchreifen Gebäuden besetzte, 184 Ar große Fläche, die als Bauplatz am geeignetsten erschien, konnte bisher nicht verfügbar gemacht werden. Nur das einen Teilabschnitt des Akademieviertels bildende, an der Lindenseite gelegene, 39¾ Ar große, den Akademien der Wissenschaften und der Künste gehörige Grundstück stand der Staatsregierung zur Verfügung; die übrigen Gebäude, die mit einer Fläche von 144¼ Ar der Krone gehören, dienten verschiedenen Verwaltungszwecken, für welche erst anderweit Ersatz geschafft sein mußte, ehe an ihre Erwerbung für den Fiskus gedacht werden konnte. Gegenwärtig ist dies der Fall. Geschätzt sind die der Krone gehörigen Flächen auf rund 11 254 000 M. Für ihre eigentümliche Ueberlassung sollen der Krone, womit diese sich einverstanden erklärt hat, die in der Behrenstraße 41 und 42 gelegenen, an das ehemalige Palais Kaiser Wilhelms des Großen nach hinten angrenzenden, zur Zeit für Bibliothekzwecke benutzten und demnächst verfügbar werdenden beiden Grundstücke sowie der zum sogenannten Krollschen Etablissement gehörige, 109 Ar große Sommergarten tauschweise zu Eigentum übertragen und 7 800 000 M. bar gezahlt werden.

Die Delegierten-Wahlen zur Ortskrankenkasse der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker, haben gestern unter lebhaftem Kampfe stattgefunden. Es stand die Liste der centralisierten Handels- und Transportarbeiter und der Handlungsgehilfen der Liste der vereinigten lokalorganisierten Handels-Hilfsarbeiter, Bretterträger und Adressenschreiber gegenüber. Die Liste der Centralisten siegte mit großer Mehrheit. Von den 56 000 Mitgliedern, welche die Kasse zählt, stimmten 3137 für die Liste der Centralorganisierten, während für die Liste der Lokalorganisierten usw. 1576 Stimmen abgegeben wurden.

Preissteigerungen in der Hutindustrie. Kein Tag vergeht, wo nicht irgend eine Gruppe Industrieller Preissteigerungen ankündigt. Jetzt zeigen die Hutfabriken, die bisher jeden Versuch ihrer Arbeiter um Aufbesserung der Lage mit brutaler Gewalt bekämpft haben, in den Zeitungen an, „daß infolge der enormen Preissteigerungen, welchen sämtliche zur Hutfabrikation benötigten Roh- und Hilfsmaterialien zur Zeit bereits unterliegen, und in Erwägung dessen, daß weitere Preissteigerungen derselben keineswegs ausgeschlossen sind, alle Hutfabrikanten und Hutgroßisten bereits mit ihren Preisen erheblich in die Höhe gehen mußten und demnach jetzt auch die Hutdetaillisten in die zwingende Notwendigkeit versetzt sind, die Hutpreise im Einzelverkauf angemessen zu erhöhen."

Zur Krankenhaus-Verteuerung. Im Institut für Schutzimpfungen gegen Tollwut in Berlin ist mit dem 1. Januar 1900 eine Erhöhung der Gebühren in Kraft getreten. Danach kostet die Behandlung eines Patienten unter 12 Jahren fortan 2 M. (bisher 1,50 M.) und eines Erwachsenen 2,50 M. (bisher 2 M.) täglich. Der Kurkostenvorschuß ist dementsprechend von 45 auf 60 M. bezw. von 60 auf 75 M. pro Person erhöht worden.

Das Glück, das Zeitalter der Socialreform erlebt zu haben, ist auch einer hundertjährigen Greisin zu teil geworden, über die die Blätter folgendes berichten: Ihren hundertjährigen Geburtstag kann am 15. Januar d. J. die Almosenempfängerin unverehelichte Ernstine Franke, wohnhaft NO., Pallisadenstr. 22, Quergebäude im Keller, begehen. Dieselbe ist geistig noch ziemlich frisch, steht aber allein da und ist ganz auf die Mildthätigkeit ihrer Mitbürger angewiesen. Gaben für die alte Frau nehmen an der Armenvorsteher-Stellvertreter Alb. Geßler, NO., Pallisadenstr. 21, und der Vorsteher Laß, Pallisadenstr. 7, sowie Voß, Pallisadenstr. 20.

Der Vorstand des Verbandes der Heilgehilfen macht uns darauf aufmerksam, daß die in den Blättern veröffentlichte Mitteilung unrichtig sei, wonach das Tagebuch, das die Heilgehilfen, Masseure 2c. zu führen haben, von einer bestimmten Verlagsbuchhandlung bezogen werden müsse. Die in Betracht kommende Verfügung des Polizeipräsidiums vom 25. Juli 1899 spreche nur davon, daß ein Tagebuch geführt werden solle und lasse die Frage des Bezugs dieses Buches nach jeder Richtung hin offen.

Der Extrablattschwindel ist seit Ausbruch des Krieges in Südafrika wieder lebhaft in Blüte gekommen. Gestern vormittag wurde in den Straßen wieder ein Extrablatt ausgeschrien, das den Fall von Ladysmith und die Gefangennahme des Generals White mit 1000 Mann verkündete. Als Verleger zeichnete ein Zeitungshändler Namens Oskar Hebel aus der Liebenwalderstraße. Ein großer Teil des Publikums fiel wieder auf den Schwindel hinein, und die Händler heimsten für die falsche Nachricht ungezählte Nickel ein.

Durch den Vertrauensmißbrauch eines städtischen Beamten ist die Kommune Berlin abermals, wie schon kurz gemeldet, um eine erhebliche Summe geschädigt worden. Der Unterschlagung verdächtig ist, wie erwähnt, der Magistratsbeamte B. Was die Höhe der defraudierten Summe anbetrifft, so sind die Befürchtungen der für die Kassenführung in der Abtheilung III der Steuerdeputation verantwortlichen Persönlichkeiten noch übertroffen worden: auf mehr als 24 000 Mark beläuft sich das Manko, soweit es bis jetzt festgestellt ist. Aehnlich wie im Falle Apitz scheinen auch diesmal ungenügende Kontrolle bezw. mangelnde Kontrollvorschriften das Vergehen erleichtert zu haben. Wenigstens ist in dieser Beziehung der in Betracht kommenden Abteilung eine scharfe Rüge zugegangen. B., während dessen durch Krankheit verursachter Abwesenheit vom Dienst die erwähnten Unregelmäßigkeiten entdeckt worden sind, behauptet nach wie vor, daß eine ihm unbekannte Persönlichkeit sich die Summe angeeignet haben müsse. Eine Möglichkeit in dieser Richtung liegt allerdings insofern vor, als B. die Gewohnheit hatte, große, durch seine Hände gehende Beträge unverschlossen auf seinem Schreibtisch liegen zu lassen, wenn er auf längere oder kürzere Zeit abberufen wurde.

Beim Baumbeschneiden ist Mittwochnachmittag der 19 Jahre alte Hausdiener Karl Walther aus der Barninstraße tödlich verunglückt, der in der Tapisseriemanufaktur von Lindhorst in der Ritterstr. 45 beschäftigt war. Der junge Mann war gestern nachmittag mit einem anderen im Garten des Lindhorstschen Landhauses in der Parkstr. 24 zu Südende mit dem Beschneiden der Bäume beschäftigt. Beim Abhauen eines Astes glitt er aus und stürzte kopfüber auf den hartgefrorenen Erdboden herab. Mit Brüchen des Schädels, des Nasenbeins und des rechten Armes wurde er durch die Rettungsgesellschaft mit einem Glinzelschen Wagen nach Berlin in die königliche Klinik gebracht. Geheimrat v. Bergmann nahm sich sofort seiner an, um ihm durch eine Operation das Leben zu retten. Dies erwies sich aber leider als unmöglich. Der Verunglückte starb bald nach der Aufnahme.

Der Hochstapler, der als angeblicher Dragonerlieutenant unter Mißbrauch der Namen v. Bülow und v. Heimburg hier großartige Schwindeleien verübt hat, ist hier gestern abend verhaftet worden. Es ist der ehemalige Landwirt Max Bergmann, 29 Jahre alt und aus Danzig gebürtig. Er wird des Betrugs und der Urkundenfälschung bezichtigt.

Flüchtig geworden ist der Vertreter und Inspektor U. einer hiesigen großen Brauerei nach Unterschlagung von über 14 000 M. In die Untersuchung sind noch andere Personen verwickelt.

Einmal kein Duell? Die Duellmeldung, die das „Berliner Tageblatt" dieser Tage aus Potsdam brachte, ist, der „Post" zufolge, falsch. Wie diesem Blatt von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, haben Anfragen bei sämtlichen in Berlin und Potsdam kommandierten Offizieren des Regiments sowie bei der Kommandantur und dem königlichen Polizeipräsidium zu Potsdam ergeben, daß das fragliche Gerücht jeglicher Grundlage entbehrt.

Der Cirkusdirektor Busch ist von der Verwaltung der Pariser Weltausstellung ersucht worden, zur Zeit der Ausstellung mit seinem Institut eine Reihe von Vorstellungen in Paris geben zu wollen. Die Bedingungen sind so ungemein günstige, daß Direktor Busch sich wohl entschließen dürfte, seinem für 1900 festgesetzten Spielplan einen Gastspiel-Cyklus für Paris einzufügen.

Feuerbericht. Montagabend 11½ Uhr hatte Große Präsidentenstraße 7 der Fußboden und die Ballenlage Feuer gefangen. Moßstraße 92 und Heimstraße 14 waren kleine Zimmerbrände und Kastanien Allee 43 ein Schaufensterbrand abzulöschen. Zwei Alarmierungen am Dienstag nach Elisabethstraße 11 und Meyerbeerstraße 5 waren auf blinden Lärm zurückzuführen.

Aus den Nachbarorten.

Der Volksbildungsverein von Britz hält Freitag bei Dorn seine Generalversammlung ab. Es steht Bericht und Neuwahl des Vorstandes auf der Tagesordnung.

Spandau. Sonntagnachmittag 4 Uhr findet im Weheschen Lokale hierselbst, Pichelsdorferstr. 39, die ordentliche Generalversammlung des Socialdemokratischen Arbeitervereins statt. Parteigenossen, agitiert rege für einen guten Besuch der Versammlung.

Ober-Schöneweide. Sonnabend findet bei Töpfer die Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt.

Baumschulenweg. Zu einer am Freitag stattfindenden Flugblatt-Verbreitung mögen sich die Genossen recht zahlreich abends ½8 Uhr bei Staffelt einfinden. Der Vertrauensmann.

Charlottenburg. Stadtverordneten-Versammlung. Die Einführung von 8 Stadträten und 28 Stadtverordneten beschäftigte gestern abend die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung. Der Erste Bürgermeister Schustehrus begrüßte namens des Magistrats die neu- und wiedergewählten Stadträte Tobelmann, Steudel, v. Berendt, Dr. Jastrow, Jebens, Moll, Schmitt und Dr. Waldschmidt und verpflichtete sie auf ihr neues Amt durch Handschlag. Namens der Stadtverordneten begrüßte sie der bisherige Vorsteher Dr. Jaffé. Hierauf führte der Erste Bürgermeister die 28 neuen Stadtverordneten in die Versammlung ein. Dr. Jaffé begrüßte die neuen Kollegen in einer längeren Ansprache. Er hob hervor, daß das neue Jahrhundert das gemeinsame deutsche Recht gebracht habe. Eins aber habe das neue Gesetzbuch unangetastet gelassen, die Selbstverwaltung der Gemeinden. Die Pflicht eines jeden Stadtverordneten wäre, diese zu wahren gegen jede Anfechtung. Bei der Wahl des Vorstandes wurden der bisherige Vorsteher Dr. Jaffé und dessen Stellvertreter Direktor Ströhler wiedergewählt. Zu Beisitzern wurden neu gewählt die Stadtverordneten Heise (ampol.) und Otto (lib.). Es erfolgte hierauf die Wahl der Mitglieder einer Reihe von Ausschüssen und die Festsetzung der Sitzungstage für die erste Hälfte des Jahres.

Schöneberg. Erhängt hat sich der in der Fregestr. 11 mit seiner Frau und einer 18jährigen Tochter wohnende Handelsmann Hoffmann. H., ein schon 60jähriger Mann, benutzte die kurze Abwesenheit seiner Angehörigen zur Ausübung der That. Die Ursachen des Selbstmordes sind auf einen Anfall von Schwermut zurückzuführen.

Eine Gasexplosion in Schöneberg verursachte Dienstagnachmittag einen Alarm der Berliner Feuerwehr nach der Grunewaldstr. 119. Hier war ein Gasarbeiter in dem Milchgeschäft von W. Schünemann damit beschäftigt, den in einem halbdunkeln Raume stehenden Gasometer mit Wasser zu versehen. Dabei hatte sich angeblich eine Schraube gelöst und das aus dem nicht abgestellten Gasometer ausströmende Gas entzündete sich an der bei der Arbeit benutzten Laterne. Unter starker Detonation explodierte der Gasometer, der Mann wurde zur Seite geschleudert und eine starke Flamme erfaßte die in dem Raume befindlichen Kleidungsstücke und Möbel. Alle Versuche, die Flammen zu ersticken, scheiterten, weil man verabsäumte, den Hauptgashahn im Keller abzustellen. Dadurch war aber auch die Gefahr

einer abermaligen Explosion gegeben. Die alarmierte Feuerwehr sorgte denn auch in erster Linie für Schließung des Haupthahnes und löschte dann den Brand ab.

Wegen Brandstiftung wurde gestern von der Schöneberger Kriminalpolizei ein Fräulein B. in Haft genommen, welche bisher in der Hohenstaufenstr. 83 zu Schöneberg eine Kneipe mit Damenbedienung betrieben hatte. Sie hatte in der Nacht zum 8. d. M. in ihrer Schankwirtschaft Feuer angelegt, nachdem sie die Einrichtungsgegenstände, um den Flammen mehr Nahrung zu geben, vorher mit Spiritus übergossen hatte. Die Verhaftete soll geistig nicht normal sein und ist daher zur Beobachtung ihres Geisteszustandes nach der Maison de santé gebracht worden.

Den Schöneberger Schlächtermeistern und Fleischwarenhändlern ist jetzt von der dortigen Polizeidirektion ein sich gegen die Verwendung von Präservesalz zur Schabefleischbereitung wendender Erlaß zugegangen. Es heißt darin, daß bei einem großen Teile derjenigen Personen, welche in Schöneberg Schabefleisch oder Gehacktes feilhalten, noch die irrtümliche Auffassung bestehe, daß die Beimengung eines Zusatzes von weniger als 0.2 Proz. Präservesalzes keine gerichtliche Bestrafung nach sich ziehe, und daß eine strafrechtliche Verfolgung ausgeschlossen sei, wenn ein solcher Zusatz von Präservesalz durch Anschlag öffentlich zur Kenntnis gebracht werde. Nachdem inzwischen aber nachgewiesen sei, daß jeder Zusatz von Präservesalz als gesundheitsschädlich anzusehen, würden alle ansässigen oder die Schöneberger Wochenmärkte besuchenden Schlächter 2c. darauf aufmerksam gemacht, daß das Feilhalten von Schabefleisch oder Gehacktem mit jedem Zusatz von Präservesalz ein Strafverfahren wegen fahrlässigen oder wissentlichen Herstellens und Verkaufs gesundheitsschädlicher Nahrungsmittel nach sich ziehen könne.

Die Polizei-Organe der Gemeinde Wilmersdorf sollen vom 1. April ab von 15 auf 22 erhöht werden. Das bedeutet für die Gemeinde eine Mehrbelastung von 11 000 M.

Wilmersdorf. Ein Lehrerinnen-Seminar soll hier an der höheren Mädchenschule errichtet werden. Die Genehmigung der kgl. Regierung ist bereits erfolgt.

Die Gemeindevertretung in Friedrichshagen beschloß in ihrer am Dienstag abgehaltenen Sitzung die Einführung des Turnunterrichts in der Gemeinde-Mädchenschule zum 1. Oktober d. J. Der Unterricht soll in den Mittel- und Oberklassen erteilt werden. Die anzustellende technische Lehrerin muß gleichzeitig die Qualifikation als Turnlehrerin nachweisen. — Zur Errichtung eines Progymnasiums teilte der Vorsteher mit, daß durch den Wechsel im Ministerium, im Oberpräsidium, sowie durch den voraussichtlichen Abgang des Regierungspräsidenten die Genehmigung der Schule zum 1. April d. J. verzögert sei. Das Provinzial-Schulkollegium stellt die Eröffnung der Anstalt erst zum 1. April 1901 in Aussicht. Die Vertretung beauftragte den Vorsteher, nochmals bei der Regierung alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, damit die Schule schon im Frühjahr dieses Jahres eröffnet werden kann. — Die von der Regierung vorgenommene Abänderung verschiedener Paragraphen der Dienstordnung für die Schulärzte fand die einstimmige Zustimmung der Vertretung.

Ueber die ganz unglaubliche That einer Mutter wird berichtet: Am Markt Nr. 9 zu Lichtenberg wohnte seit einiger Zeit eine 42 Jahre alte Cigarrenarbeiterin Antonie Eckard mit einem unehelichen Kinde, einem jetzt 4 Jahre alten, äußerst netten und aufgeweckten Mädchen. Antonie Eckard war früher Schauspielerin, kam aber nach und nach herunter und ergab sich immer mehr dem Alkohol. Seit geraumer Zeit unterhielt sie ein Liebesverhältnis mit einem ebenfalls heruntergekommenen Menschen, den sie von Zeit zu Zeit auch bei sich aufnahm. Das Kind mußte für die Mutter betteln gehen, wenn der Arbeitsverdienst in Schnaps durchgebracht war, oder die Nächte hindurch mit Streichhölzern handeln. Während es sonst bei der Mutter schlief, erhielt es seinen Platz auf dem Fußboden, sobald der „Onkel" kam. Ob nun das Kind der Mutter oder dem Geliebten lästig wurde oder was sonst die Veranlassung zu ihrem Vorgehen war, steht noch nicht fest. Am 30. v. M. nahm die Mutter das Kind an der Hand mit sich aus der Wohnung und ging mit ihm nach dem Wege, der von Lichtenberg nach der Irrenanstalt Herzberge führt. Hinter einem Bretterzaune suchte sie ein Loch, legte das Kind, nachdem sie ihm die Beine zusammengeschnürt hatte, hinein, würgte es an der Kehle und bedeckte es dann mit Sand und Schnee. In dem Glauben, daß das Kind unter der Decke bald erstarren und sterben werde, ging dann die Mutter nach Hause zurück. Ein Schmied der Pferdebahngesellschaft jedoch, der auf dem Bahnhof in Lichtenberg beschäftigt ist, kam zufällig bald darauf an der Strecke vorbei, hörte ein Wimmern unter dem Schnee, fand unter der Decke das Mädchen und nahm es mit nach Hause. Das Kind war bereits halb erstickt, kam aber bald wieder zu sich. Die Ortsbehörde, der der Schmied Anzeige machte, leitete sofort Nachforschungen ein. Mehrere Pferdebahnschaffner und Kutscher hatten nun die Mutter mit dem Kinde gehen sehen. Ihre Mitteilungen führten zur Ermittelung der Eckard, die dann verhaftet, der Berliner Kriminalpolizei überwiesen und von dieser dann dem Untersuchungsrichter am Landgericht II zugeführt wurde. Die Festgenommene bestreitet zunächst, daß das Mädchen ihr eigenes Kind sei und behauptet, es von einer unbekannten Frau angenommen zu haben. Erst wollte sie es gar nicht kennen, das Mädchen lief aber sofort auf sie zu und nannte sie Mutter. Daß sie das Kind habe töten wollen, stellt die Rabenmutter ebenfalls in Abrede. Sie habe es nur hingesetzt, um unterdessen „die anderen Kleider der Kleinen zu trocknen". Nach der Ortsbesichtigung, zu der auch das Kind gebracht wurde, führte man die Mutter in Untersuchungshaft zurück. Das Kind ist in Lichtenberg in Pflege.

Der Mörder Hermann Köberle, der in Werder Frau und Kind erdrosselt hat, ist dem Untersuchungsrichter in Potsdam vorgeführt worden. K. sucht die That so darzustellen, als ob er sie in einem Anfall von religiösem Wahnsinn begangen hätte. Die fortschreitende Untersuchung hingegen macht es wahrscheinlich, daß K. den Mord planmäßig verübt hat, um sich der ihm lästigen und ungeliebten Frau zu entledigen, die er seiner Zeit nur der Mitgift wegen geheiratet hat. Die Ermordete hat nämlich ca. 30 000 M. mit in die Ehe gebracht. Seit seiner Verheiratung hat Köberle nicht mehr gearbeitet, vielmehr von dem Vermögen der Getöteten gelebt, welches jetzt völlig verzehrt war. Er verkaufte sodann in Schweidnitz seine Wirtschaft und kam mit dem Erlöse nach Werder.

Gerichts-Zeitung.

Kriegerverein auf dem Kriegsfuße gegen die Socialdemokratie. Am 3. Februar 1899 war der Aichmeister Seyffert in Kottbus zum Stadtverordneten gewählt worden. Der Stadtverordnete Häcke focht die Gültigkeit der Wahl an und machte geltend, daß Seyffert nicht wählbar sei, weil er als Aichmeister zu den Kommunalbeamten gehöre. Ferner hätten aber auch die Kriegervereine eine gesetzwidrige Wahlbeeinflussung betrieben. Ihr Vorstand sei in einem an die Mitglieder gerichteten Cirkular für Seyffert eingetreten und habe darin zum Kampfe gegen die Socialdemokratie aufgefordert, indem er unter anderem ausgeführt habe:

„Wir bemerken, daß sowohl bei der Polizei wie beim Bezirkskommando die Verzeichnisse der Mitglieder der Kriegervereine liegen, vermöge deren darüber Kontrolle geführt werden kann, wer sein Wahlrecht ausgeübt hat und wer nicht. Aus einer Nichtbeteiligung kann sehr wohl gefolgert werden, daß die der Wahl fernbleibenden Kameraden nicht auf dem Boden der Kriegervereins-Satzungen stehen und nicht zu uns gehören."

Der Bezirksausschuß erkannte zu Ungunsten des Klägers. Zur Begründung wurde ausgeführt, daß Wahlbeeinflussungen nur dann die Ungültigkeit einer Wahl zur Folge hätten, wenn das Wahlergebnis nicht mehr als klar erkennbarer Ausdruck des freien Willens der Majorität der Wähler erscheine. Das sei hier nicht der Fall. Das Cirkular enthalte zwar eine Mahnung, aber keine Drohung. Eine Vergewaltigung des freien Willens der Mitglieder der Kriegervereine sei nicht beabsichtigt gewesen. Der Inhalt des Schriftstückes unterscheide sich nicht von den vielen bei Wahlen erlassenen Aufrufen.

Auf die Berufung Häckes wurde jedoch die Wahl Seyfferts für ungültig erklärt. Das Ober-Verwaltungsgericht nahm an, daß Seyffert als Aichmeister thatsächlich ein Gemeindebeamter sei und deshalb nicht zum Stadtverordneten gewählt werden könne. Die Wahl wäre aber auch sonst ungültig, denn der Wahlbezirk sei in vier Abstimmungsbezirke geteilt gewesen, was nach dem Wortlaut der Städteordnung nicht zulässig sei.

Bezeichnend ist immerhin, daß das Attentat, welches der Vorstand des Kriegervereins gegen die freie Willensäußerung seiner Mitglieder verübt hat, vom Ober-Verwaltungsgericht keiner Beachtung wert gehalten worden ist.

Vom polizistischen Versittlichungsstreben. Mit der Verlesung einer Novelle Guy de Maupassants war gestern die dritte Strafkammer des Landgerichts längere Zeit beschäftigt. Es handelte sich um die in der Kollektion Tiffenbach mit anderen Arbeiten unter dem Gesamttitel „Erkaufte Liebe" erschienene Novelle „Im Séparée". Die Novelle war von dort in die Blätter „High Life", „Adels- und Salonblatt" und „Deutsches Salonblatt" übernommen worden und die Redacteure bezw. Verleger dieser Zeitungen hatten sich nun wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften zu verantworten. Da der Staatsanwalt die Novelle in der hier dargebotenen Form für unzüchtig hielt, beantragte er den Ausschluß der Oeffentlichkeit während der Verlesung. — Rechtsanwalt Leonh. Friedmann erklärte zwar seinerseits die Novelle für ein durchaus sittliches Kunstwerk, hatte aber gegen den Ausschluß der Oeffentlichkeit nichts einzuwenden, da sich unter dem Publikum vielleicht solche Leute befinden könnten, die auch in der kapitolinischen Venus nichts weiter zu erblicken vermögen, als ein nacktes Weib. — Der Staatsanwalt beantragte je 200 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof erachtete die Novelle objektiv für unzüchtig; wenn dies auch in der Buchausgabe, wo die Skizze mitten in einer Reihe anderer Studien erschienen sei, nicht der Fall sei, so müsse doch erwogen werden, daß sie hier, losgelöst von den übrigen, in einem allgemein zugänglichen Blatte abgedruckt sei. In subjektiver Beziehung vermeinte aber der Gerichtshof bei den Angeklagten das Bewußtsein von der Strafbarkeit ihres Handelns und erkannte auf Freisprechung.

Die Folgen einer Ohrfeige. Das Schwurgericht des Landgerichts I verhandelte gestern gegen den Rollkutscher Bernhard Wichert, welcher der Körperverletzung mit tödlichem Ausgange beschuldigt war. Dem Angeklagten, der in den Diensten des Berliner Spediteur-Vereins stand, war der Arbeiter Rabenhorst als Mitfahrer beigegeben worden, der den Wagen zu bewachen hatte, während Wichert sich in den Häusern der Adressaten befand. Am Abend des 7. Oktober verließ Rabenhorst eigenmächtig und vorzeitig seinen Posten. Am folgenden Morgen traf Wichert wieder mit Rabenhorst zusammen, als dieser auf der Rampe des Güterschuppens des Görlitzer Bahnhofes stand. Wichert fragte ihn, weshalb er seinen Posten verlassen habe, und als Rabenhorst erwiderte, es habe zu stark geregnet, versetzte Wichert ihm eine Ohrfeige. Der Geschlagene verlor dadurch das Gleichgewicht und fiel von der 1½ Meter vom Erdboden entfernten Rampe herunter, wobei er mit dem Kopfe auf das Pflaster aufschlug. Rabenhorst stand gleich wieder auf, erwiderte dem Angeklagten nur: „So grob brauchtest Du auch nicht gleich zu sein!" und nahm seine Beschäftigung beim Verladen der Güter wieder auf. Nach einer Stunde mußte er aber seine Arbeit aufgeben und nach Hause gehen, der Kopf schmerzte ihm zu sehr. Sein Leiden verschlimmerte sich, nach zwei Tagen war er tot. Die Gerichtsärzte begutachteten, daß die Todesursache auf einen starken Bluterguß ins Gehirn und dieser wieder auf einen heftigen Schlag gegen den Kopf zurückzuführen sei. Da die Ohrfeige nach den Behundungen der Zeugen nicht sehr stark gewesen war, so mußte der Verstorbene durch das Aufschlagen des Kopfes auf die Steine Schaden genommen haben. Der Staatsanwalt verkannte nicht, daß dem Angeklagten, dem das Zeugnis eines fleißigen und nüchternen Arbeiters gegeben wurde, mildernde Umstände zur Seite ständen, aber immerhin sei der Tod des Verstorbenen eine mittelbare Folge der Ohrfeige gewesen und der Angeschuldigte müsse im Sinne des Anklagebeschlusses bestraft werden. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Brückmann, führte dagegen aus, daß nur ein unglückliches Zusammentreffen von allerlei unvorhergesehenen Umständen vorliege und der Angeklagte schlimmstenfalls nur wegen Fahrlässigkeit zu bestrafen sei.

Die Geschworenen gaben ihren Wahrspruch dahin ab, daß der Angeklagte nur der Körperverletzung schuldig sei. Da hierfür ein Strafantrag nicht vorlag, mußte der Staatsanwalt die Einstellung des Verfahrens beantragen und der Gerichtshof demgemäß erkennen.

Ein betrübendes Sittenbild aus Steglitz wurde am Dienstag vor dem Schwurgericht des Landgerichts II in einer bis zum späten Abend dauernden Verhandlung entrollt. Zehn junge Burschen standen unter der Anklage der Notzucht bezw. des Sittlichkeitsvergehens, der Körperverletzung 2c. Sie wurden beschuldigt, sich an einem und demselben Mädchen vergangen zu haben, welches an einer gewissen Geistesschwäche leidet. Der Gendarm Hoffmann hatte seiner Zeit festgestellt, daß im ganzen 17 junge Burschen in sträflicher Weise ihren Unfug mit dem Mädchen getrieben haben, doch konnten sieben von ihnen strafrechtlich nicht verfolgt werden, weil sie das strafmündige Alter noch nicht erreicht hatten. Als Rädelsführer wurde der Arbeiter Karl Schulz zur Verantwortung gezogen, dessen sogenannte Braut das in moralischer Beziehung systematisch mißhandelte Mädchen war. Er wurde wegen Beihilfe zur Notzucht usw. in sechs Fällen zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die übrigen Angeklagten erlitten Strafen, die von 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis bis zu 5 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft hinabgingen. Der jüngste der Angeklagten wurde einer Besserungs-Anstalt zugewiesen.

Unlauterer Wettbewerb. Eine Frau E. John betreibt in Potsdam einen Teppichhandel. Zwei Arbeiter, die sie beschäftigt, weben sogenannte Läufer. Teppiche werden in dem kleinen Betriebe nicht angefertigt. Trotzdem nannten Frau John und ihr Sohn das Unternehmen in Zeitungsannoncen „Neuendorfer Teppichmanufaktur E. John". Ihre Handlung wurde unter anderem mit den Worten empfohlen: „Verkaufe direkt zu Fabrikpreisen." Wegen dieser Anpreisungen wurden Frau John und ihr Sohn, der die Annoncen unstreitig verfaßt hat, des Vergehens gegen den § 4 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb beschuldigt. Das Landgericht verurteilte die Angeklagten zu Geldstrafen von 200 und 100 M. Es führte begründend aus: Jene Annoncen seien lediglich erlassen, um dem Publikum vorzuspiegeln, daß Frau John die ausgebotenen Teppiche in einer eigenen Fabrik herstellen lasse und daß sie deshalb in der Lage sei, die Teppiche zu Fabrikpreisen zu verkaufen. Die Angabe in den Annoncen, Teppiche würden nach Zeichnungen angefertigt, verstärke noch den Eindruck, daß das Publikum irre geführt werden sollte. Unter „Teppichmanufaktur" verstehe man einen Betrieb, worin Teppiche hergestellt werden. Die Angeklagten hätten aber zweifellos die Teppiche aus anderen Fabriken bezogen und hätten sie somit nicht zu Fabrikpreisen, sondern nur mit einem Aufschlag von 10 bis 12 Proz. verkaufen können. Es liege thatsächlich nur ein Zwischenhandel vor, während nach der Fassung der Annonce jeder hätte annehmen müssen, daß es sich um eine Teppichfabrik handle. Die Irreführung des Publikums sei nach alledem zweifellos beabsichtigt worden. Die Angeklagten legten Revision ein. Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf indessen die Revision als unbegründet. Der § 4 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb sei ohne Rechtsirrtum angewendet worden.

Wegen Verbreitung einer unzüchtigen Schrift bezw. eines unsittlichen Bildes wurde gestern der Redacteur der Wochenschrift „Satyr" Dr. Alexis Schleimer vor der 8. Strafkammer zur Verantwortung gezogen. Es handelte sich um ein in Nr. 2 abgedrucktes Sittenbild aus der Bretagne unter dem Titel „Die Buße" und um ein in Nr. 3 dargestelltes Bild. Der Gerichtshof trat aber den Ausführungen des Rechtsanwalts Ahlemann dahin bei, daß die Veröffentlichungen nicht strafbar seien, und erkannte auf Freisprechung. Der Staatsanwalt hatte 50 M. Geldstrafe beantragt.

Versammlungen.

Die Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter hielten am Dienstag im „Englischen Garten" eine sehr gut besuchte Versammlung ab, um über die Differenzen bei der Firma C. R. Meyer, Küstriner Platz 9, zu verhandeln. Wie ausgeführt wurde, sind in diesem Betriebe verschiedenartige Mißstände vorhanden, für deren Beseitigung die Maschinenarbeiter schon seit längerer Zeit wirken, ohne aber einen wesentlichen Erfolg erzielt zu haben. Allerdings ist die Arbeitszeit auf das fortwährende Drängen der Arbeiter hin um zwei Stunden pro Woche verkürzt worden; immerhin ist die Arbeitszeit aber noch länger als in fast allen anderen ähnlichen Betrieben. Die angebliche Lohnerhöhung, die mit der Verkürzung der Arbeitszeit verbunden werden sollte, ist in der That nur eine scheinbare. Hinzu kommt, daß die Lohnauszahlung des Sonnabends statt nach Beendigung der Arbeitszeit um 5 Uhr erst um 5½ Uhr beginnt, so daß ein Teil der Arbeiter sogar erst um 6 Uhr ihren verdienten Wochenlohn erhielten. Neben verschiedenen anderen Uebelständen, unter denen die Arbeiter zu leiden haben, sind auch die sanitären Verhältnisse durchaus nicht einwandsfrei. Statt nun den berechtigten Wünschen der Arbeiter zu entsprechen, wurden diejenigen, die für ihre Kollegen eintraten, als Hetzer und Aufwiegler, wie sie der Geschäftsführer Herr Thie zu bezeichnen beliebte, einfach entlassen. Die Vertreter der Organisation wurden darauf hin vorstellig und ist ihnen das Versprechen gegeben worden, daß weitere Maßregelungen nicht stattfinden sollen. Dieses Versprechen wurde aber nicht gehalten, vielmehr weitere Maßregelungen vorgenommen. Um nun diesem Vorgehen ein Ziel zu setzen, haben die bei der Firma C. R. Meyer beschäftigten Arbeiter in einer Versammlung am Sonntag die Organisation beauftragt, für die endliche Regelung der Differenzen Sorge zu tragen. Die Folge hiervon war, daß diejenigen, die hierfür gestimmt haben, von einem Abgesandten der Firma denunziert und am nächsten Tage ebenfalls entlassen wurden. Bis Montag waren insgesamt 24 Maschinenarbeiter und 2 Platzarbeiter entlassen. Mehreren Arbeitern wurde die Zurücknahme der Entlassung in Aussicht gestellt, wenn sie sich verpflichten würden, aus der Organisation auszutreten. Der Vorstand der Organisation, der wie immer bestrebt war, einen gütlichen Ausgleich zu schaffen, wurde ohne weiteres sowohl von Herrn Meyer als auch vom Geschäftsführer Thie abgewiesen, trotzdem der letztere bei einer früheren Gelegenheit erklärt hat, jederzeit mit der Kommission verhandeln zu wollen. Auch die Vermittlung der Freien Vereinigung der Holzindustriellen, die auf Wunsch der Arbeiter hierzu bereit war, wurde von Herrn Meyer strikte abgelehnt.

In der Diskussion wurde von mehreren Rednern auf die verschiedenen Vorkommnisse zur Charakterisierung der Zustände in dieser Fabrik hingewiesen und das Verhalten des Herrn Meyer getadelt insbesondere aber das Verhalten des Herrn Thie den Arbeitern gegenüber einer herben Kritik unterzogen. Der anwesende Vertreter der Firma beteiligte sich, trotz der Aufforderung, nicht an der Diskussion. Folgende Resolution wurde einstimmig beschlossen: Die Versammlung erklärt sich mit den bei der Firma C. R. Meyer im Ausstande befindlichen Kollegen solidarisch, sie erkennt an, daß sämtliche Kollegen gemaßregelt sind und sichert ihnen infolgedessen die moralische und finanzielle Unterstützung zu. Die Versammlung verurteilt die Handlungsweise der Firma C. R. Meyer auf das schärfste und stellt nun an dieselbe folgende Forderungen: 1. Wiedereinstellung sämtlicher gemaßregelten und entlassenen Arbeiter. 2. Einführung der 52stündigen Arbeitszeit pro Woche, bei Beibehaltung des Lohnes, den die Arbeiter jetzt pro Woche erhalten. 3. Für Ueberstundenarbeit 10 Pf. Aufschlag pro Stunde. 5. Anerkennung der Organisation. Alle weiteren Verhandlungen in dieser Angelegenheit werden dem Vorstande des Verbandes der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter übertragen.

Die Fräsereibesitzer sind gewillt, für die Firma C. R. Meyer während der Dauer des Ausstandes keine Arbeit auszuführen. Ebenso werden auch die Tischler, die in dieser Fabrik arbeiten lassen, geeignete Maßnahmen treffen. Die anwesenden Fräsereibesitzer gaben im weiteren die Erklärung ab, daß sie und ihre Kollegen dem Bestreben der Arbeiter, die wöchentlich 52stündige Arbeitszeit auch bei den Firmen einzuführen, wo noch länger gearbeitet wird, wohlwollend gegenüberstehen und daß auch sie bestrebt sind, einheitliche Löhne und gleiche Arbeitszeit in allen Betrieben zu schaffen.

Verband deutscher Barbiere, Friseure und Perrückenmacher (Zweigverein Berlin). Donnerstag, den 11. d. M., abends 10½ Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstr. 57: Ordentliche General-Versammlung. Jahresbericht und Vorstandswahl.

Zitherklub Menzenhauer, gem. Chor. Donnerstagabend 8½ Uhr: General-Versammlung Neue Königstr. 20.

Vermischtes.

Ein schweres Grubenunglück hat sich auf der Braunkohlengrube „Amalie" bei Teupitz (Lausitz) ereignet. Vermutlich war durch Selbstentzündung von Gasen ein starkes Feuer ausgebrochen, worauf der Obersteiger Berschmann mit zwei Bergarbeitern in den Förderschacht stieg, um den Steigschacht zu schließen. Hierdurch sollte bezweckt werden, den Rauch gewaltsam nach dem Wetterturme zu führen, was aber nicht gelang. Alle drei fielen infolge des starken Qualms und der Rauchentwicklung zu Boden. Der Obersteiger Berschmann und der Bergarbeiter Gleger wurden tot aus dem Schacht gezogen. Weitere Anstalten wurden gemacht, durch die Schließung der Steige- und Förderschächte den Brand zu ersticken und den immer weiter aufsteigenden Qualm zum Wetterturm zu leiten, um dann an den Herd des Feuers zu kommen und das Feuer zu dämpfen.

Eine Bluthat in Augsburg. In Augsburg wurde Dienstagvormittag die in der Alpenstr. 21 wohnende Privatierswitwe Härpfer ermordet in ihrer Wohnung aufgefunden. Die Leiche lag auf dem Gang, mit Bettdecken zugedeckt. Der Mörder, der 35jährige Maler Heinrich Falkenstein, tötete sein Opfer mittels eines Dolchstiches in das Ohr. Nach dem Morde erbrach der Mörder den Kassenschrank, aus dem er 300 M. entnahm. Jetzt wurden Schritte hörbar und der Mörder wollte sich ins Freie flüchten, weshalb er den Weg über die Veranda nahm. Dieses gelang ihm nicht und er eilte daher in den Abort, den er von Innen verschloß. Da er einsah, daß er sich nicht mehr retten konnte, brachte er sich mit einem Rasiermesser am Halse eine Schnittwunde bei, auch öffnete er sich die Pulsadern. Schutzleute, die noch das Schreien der Ermordeten vernommen hatten, aber letztere nicht mehr retten konnten, nahmen den Mörder fest. Seine Verletzungen sind nicht tödlich.

Mordanfall aus Konkurrenzneid. Der Pferdeschlächter Peitschmann in Barmen machte auf seine Stieftochter einen Mordanfall und verwundete sie durch einen Schuß in den Rücken schwer. Der Grund ist darin zu suchen, daß das Mädchen einen Gesellen Peitschmanns heiraten und damit ein Geschäft gründen wollte. Peitschmann befürchtete, dadurch Kunden zu verlieren.

Von Neu-Guinea. Einer Depesche des Amsterdamer „Handelsblad" aus Batavia zufolge sind fünf Offiziere des Dampfers „General Pel" an der Südküste von Neu-Guinea ans Land gegangen. Zwei derselben, von denen einer verwundet wurde, sind von den Papuas gefangen genommen worden.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 11. Januar 1900.
Ein wenig kälter, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und frischen nordwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redacteur: Paul John in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.